

Oskar Weggel

Wo steht China heute?

Die Rückkehr der Tradition und die Zukunft des Reformwerks: Techniken der Macht

Teil IX: Der Staat, sein organisatorischer Aufbau und seine Kybernetik (Forts.)

Gliederung:

- 5.2 Im neuen China**
- 5.2.1 Der Staat im modernen China**
- 5.2.1.1 Abschaffen oder stärken?
- 5.2.1.2 Was ist von den Tianxia-Vorstellungen übriggeblieben?
- 5.2.1.2.1 Die Weltstaats-Idee
- 5.2.1.2.2 "Impansionismus"
- 5.2.1.2.3 Die "Völkerfamilie"
- 5.2.1.2.4 Modellhaftigkeit
- 5.2.1.3 Der Staatszweck: Modernisierung, Kampf gegen den Pluralismus und Einparteienherrschaft Zentralismus
- 5.2.1.4
- 5.2.2 Machtorgane**
- 5.2.3 Die Funktionsweise des Führungssystems der VRCh**
- 5.2.3.1 Informationswesen
- 5.2.3.1.1 Gegentraditionen von Yan'an
- 5.2.3.1.2 Informationspolitik im Zeitalter der Reformen
- 5.2.3.1.2.1 Die Kommunikation zwischen Bürokratie und Bevölkerung
- 5.2.3.1.2.2 Duale Kommunikation auch innerhalb der Bürokratie
- 5.2.3.2 Beschlußfassung
- 5.2.3.3 Ausführungskontrolle
- 5.2.4 Das tripolare Spannungsgefüge**
- 5.2.4.1 Reste von Tianxia-Traditionen?
- 5.2.4.1.1 Die "Macht" - nach wie vor geheimnisvoll entrückt
- 5.2.4.1.2 Das Nachleben der Zeremonien: Der schöne Schein von Krisenimmunität
- 5.2.4.1.3 Die "Nachfolge"
- 5.2.4.2 "Obrigkeit": Intraelitäre Konflikte und Kooperationsformen
- 5.2.4.2.1 "Festungsdanken"
- 5.2.4.2.2 Personalismus
- 5.2.4.2.3 Filzokratie
- 5.2.4.2.4 Ressortexpansionismus
- 5.2.4.2.4.5 Formen der innerbürokratischen Auseinandersetzung
- 5.2.4.3 Bürokratie - Bevölkerung

5.2 Im neuen China

5.2.1 Der Staat im modernen China

5.2.1.1

Abschaffen oder stärken?

Im 20. Jh. hat der Stellenwert des Staates im politischen Gestaltungsprozeß gegenüber der kaiserlichen Zeit eher noch zugenommen, obwohl die Staatsgewalt in den 37 Jahren der "Republik China" durch innere Unruhen sowie durch Angriffe von außen geschwächt und die staatliche Substanz der "Volksrepublik" nach 1949 durch maoistische Experimente immer wieder ausgezehrt wurde - man denke an die "rätedemokratischen" Experimente der Jahre 1958 ff. (Volkskommunen!) und 1967 ff. (Revolutionskomitees).

Wie solide sich der Staat aber gleichwohl immer wieder in Szene setzen kann, sobald er nicht mehr durch Rebellionen geschwächt oder durch "Revolutionen" in Frage gestellt wird, zeigen der auf Taiwan fortlebende Reststaat der Republik China sowie das volksrepublikanische China der Reformzeit.

- Auf Taiwan hat der Staat dreieinhalb Jahrzehnte lang Ordnungsfunktionen übernommen, die, weil sie zunächst weitgehend "antikommunistisch"-polizeilicher Art waren, dem Land einen wenig schmeichelhaften Ruf eingetragen, gleichzeitig aber auch einen Zustand der "Stabilität" (wending) [54] geschaffen haben, der mit zu den Hauptvoraussetzungen des späten Wirtschaftswunders wurde.

Wie gut diese Ordnungstat der Entwicklung Taiwans trotz polizeilicher Entgleisungen bekommen ist, wird deutlich, wenn man das ruhige Gedeihen der Insel mit dem fast synchron verlaufenden Chaos auf dem chinesischen Festland vergleicht, dessen Bevölkerung nicht weniger als drei Jahrzehnte lang, d.h. von 1949 bis 1978, durch fast 30 Großkampagnen gejagt und dabei in seinen Grundfesten erschüttert wurde. Ganz im Gegensatz dazu hatte Taibei schon seit Beginn der 50er Jahre einen Kurs gesteuert, der sich am "wending"-Konzept orientierte und unter der Parole stand: "Auf der Grundlage der Stabilität Entwicklung anstreben und mit Hilfe der Entwicklung den Fortschritt ankurbeln" (zai wending zhong jiu fazhan, zai fazhan zhong jiu jinbu) [55].⁵⁴

Mit "Stabilität" meinte die Führung nicht nur äußere Ruhe und Ordnung, sondern gleichzeitig auch die Entschärfung innerer politischer und sozialer Konflikte, die vor allem dadurch zuwege gebracht wurde, daß der Staat bei den Strukturreformen und beim Aufbau der Wirtschaft kräftige Hebammenarbeit leistete: In den 50er Jahren sorgte er z.B. für die Durchführung der Bodenreform, für die Aufstellung von Vierjahresplänen und für die Verwirklichung einer arbeitsintensiven Importsubstitutionsstrategie. In den 60er Jahren organisierte er die Rahmenbedingungen für ein verbessertes Investitionsklima und für erhöhtes Sparen, förderte den Aufbau exportorientierter Industrien sowie die Einrichtung von Wirtschaftszonen und unterstützte die Entwicklung neuer Wirtschaftszweige sowie die Ausfuhr von Landwirtschaftsgütern. In den 70er Jahren subventionierte er den Ausbau infrastruktureller Großprojekte und half die Grundlagen für die Entwicklung einer Schwerindustrie legen. In den 80er Jahren kümmerte er sich um die Modernisierung (Automatisierung) von Industrieunternehmen, sorgte für die so häufig beschworene "Technologie- und Kapitalintensivierung", gab für Wissenschaft und Forschung Milliardenbeträge aus und nestelte an jener Überlebenspolitik weiter, die durch die nationalen Existenzkrisen von 1971/72 (Reise des US-Präsidenten Nixon nach Beijing, Ausschluß Taiwans aus der UNO) und 1979 (Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Washington und Beijing) ausgelöst worden war, und die sich auf die Dreierformel "außenwirtschaftliche Liberali-

sierung - technologische Innovation - Infrastrukturausbau" bringen ließ. Nicht zuletzt aber verstand es die staatliche Führung, im Zeichen zunehmender diplomatischer Isolierung Außenpolitik durch Außenwirtschaftspolitik zu ersetzen und dadurch dem Rahmenwerk für staatliches Handeln festen Halt zu geben.

Neben all diesen Leistungsaufgaben übernahm der Staat auch noch eine Fülle von Betreuungsaufgaben erzieherischer und sozialer Art.

Je effizienter der Staat auf Taiwan freilich seine Ziele - Wachstum, Wohlhabenheit, soziale Gerechtigkeit etc. - durchsetzen konnte, um so mehr machte er sich als prometheische Institution überflüssig, und um so mehr hatte die "Revolution von oben" einer wachsenden Mitbestimmung von unten zu weichen - ein veritabler Bumerang, wie so manches konservative GMD-Mitglied meinte - und überdies eine Ironie der Geschichte!

Und die Volksrepublik? Dort war das Staatswesen in den Anfangsjahren, vor allem im Zeichen der Übernahme des Sowjetmodells, zunächst gekräftigt - und nach gutem altem Brauch auch gleich wieder bis zum Extrem durchbürokratisiert worden.

Es war die Gruppe um Mao Zedong, die von Anfang an als eine Art Unruh im Uhrwerk des Staatswesens wirkte, die diese Rebürokratisierung nicht einfach hinnehmen wollte, sondern forderte, daß die in den Yan'an-Jahren gesammelten Erfahrungen - mit der "Massenlinie" als Herzstück - in das neue Staatswesen einzubringen seien, und der es in der Tat ja dann auch gelang, den Anlauf zur "Massenlinisierung" gleich zweimal in Szene zu setzen, nämlich 1958 und 1966 ff.:

- 1958 wurden im Zeichen der "Drei Roten Banner"-Kampagne die Volkskommunen eingeführt, die als Speerspitze für den schnellen Durchbruch zum Kommunismus dienen sollten und damit letztlich auch zur Aufhebung des Staats, der dann ja - im Zeichen der Klassenlosigkeit - überflüssig geworden wäre, da er nicht mehr zur Unterdrückung einer Klasse durch die andere benötigt würde. Diese dem damaligen Denken zur zweiten Natur gewordene Reduzierung des Staats auf bloße Unterdrückungsfunktionen hatte zur

Folge, daß die KPCh-Führung versuchte, mit der Entstaatlichung nicht länger zu warten, sondern gleich schon einmal anzufangen und z.B. die alten Gemeindeverwaltungen (sc. der Xiang-Einheiten) über Nacht in den neugegründeten Volkskommunen aufgehen zu lassen. Die Volkskommunen sollten ja nicht nur Landwirtschaft betreiben, sondern "Mädchen für alles" sein und in dieser Eigenschaft Industrie, Handel, Erziehung, Miliz, Sozialpolitik, Gesundheitsvorsorge und Administration miteinander zu einem neuen Ganzen verschmelzen und die Verfügung darüber in *eine* Hand legen. Mit dieser Integration sollte zugleich auch der traditionelle Unterschied zwischen Stadt und Dorf, zwischen Arbeitern und Bauern sowie zwischen Bürokratie und Massen aufgehoben werden - gemäß dem Grundsatz "Verdörflichung der Städte - Verstädterung der Dörfer und Massenlinisierung der Verwaltung". Die Kampagne der Drei Roten Banner war also der Versuch, die nostalgisch verklärten Erfahrungen der Yan'an-Zeit neu zu beleben und die Anfang der 50er Jahre aufgebauten bürokratischen Schranken endgültig niederzureißen. Alle typisch "maoistischen" Elemente kamen damals auf einen Schlag wieder zum Durchbruch, sei es nun der "Vorrang der Politik" (d.h. der Entwicklung des Menschen statt einer bloßen Entwicklung der Technik), die Simultaneität des Wirtschaftens ("gehen auf zwei Beinen"), die Dezentralisierung, der Kampf gegen Technokratie, Spezialisierung und sektorale Aufgliederung, die weitgehende Autarkie von Produktionseinheiten ("auf eigenen Beinen gehen!") und die Beschwörung des "Volkskriegsdenkens" ("einen Volkskrieg gegen die Natur führen").⁵⁵

Für die Beobachter in Moskau disqualifizierte sich Mao damals bereits als "gefährlicher Voluntarist", der die uralte Sünde begehe, den Vorrang der Ökonomie durch den Primat der Ideologie und der Politik sowie pragmatisches Verhalten durch Wunschenken ersetzen zu wollen.

In der Tat endete der "Große Sprung" in einer wirtschaftlichen - und letztlich auch politischen - Katastrophe und mußte abgebrochen werden.

- Schon acht Jahre später begann aber - im Zeichen der Kulturrevolution - eine Neuauflage des Versuchs, den Geist

von Yan'an wiederzubeleben und einen Kurzweg zum Kommunismus einzuschlagen. Diesmal richtete sich der Angriff gegen die "Machthaber an der Parteispitze, die den kapitalistischen Weg gehen".⁵⁶ Am Schluß wurden nicht nur die "Machthaber", d.h. die innerparteilichen Gegner Mao Zedongs gestürzt, sondern auch deren "Machtorgane" bis auf wenige Reste zerschlagen. Schon Ende 1966 funktionierte fast keines der in der Verfassung von 1954 ausgewiesenen Staatsorgane mehr. Wo einst ein anscheinend für die Ewigkeit gebauter Bürokratiekomplex gestanden hatte, war jetzt nur noch ein Trümmerfeld geblieben, aus dessen Ruinen allerdings schon bald wieder das "Unkraut" (du cao) [56] neuer Fraktionsauseinandersetzungen hervorzusprießen begann.⁵⁷

In dieser Situation nahm das "Hauptquartier des Vorsitzenden Mao" zu seinen letzten Mitteln Zuflucht, indem es zwei Instrumente einzusetzen begann, nämlich erstens die VBA, die am 21. Januar 1967 ins "Ordnungsgefecht" entsandt wurde, und zweitens die "Revolutionskomitees", die das organisatorische Vakuum füllen und an die Stelle der "hinausgesäuberten" früheren Organe treten sollten, wobei es ihnen aufgetragen war, den früheren Bürokratismus durch "direkte Demokratie" zu ersetzen, wie er eine Zeitlang von der "Pariser Commune" praktiziert worden sei.⁵⁸

Da dieses Rätemodell jedoch nicht funktionierte (am spektakulärsten war das Versagen des nach Rätegesichtspunkten aufgebauten "Revolutionären Rebellenhauptquartiers der Shanghai-er Arbeiter"),⁵⁹ mischte sich das Militär zusätzlich auch hier noch ein und sorgte dafür, daß die einzelnen Revolutionskomitees fortan in Form von "Dreierallianzen" (san jie he) [57] aufgebaut wurden, d.h., sich aus Massenrepräsentanten, revolutionären Kadern und (!) Militärvertretern zusammensetzten.⁶⁰

Angesichts dieser Neuausrichtung begannen sich die Räteansätze schnell wieder zu verflüchtigen und einer militärischen Vorherrschaft innerhalb der jeweiligen Dreierallianzen Platz zu machen.⁶¹

Der halsbrecherische Versuch, die Keime direkter Demokratie ausgerechnet der chinesischen Gesellschaft

einzupflanzen, in der der Homo hierarchicus ja seit Jahrtausenden den Ton angegeben hatte, war von vornherein so verwegen, daß er sich kaum Chancen ausrechnen konnte. In der Tat endete er, kaum hatten die ersten Revolutionskomitees Gestalt angenommen, bereits in einer Niederlage; denn mit dem Wiederaufbau der Parteausschüsse seit November 1969⁶² wurden die neuentstandenen Räte sogleich wieder ins zweite Glied zurückgedrängt: Die Idee einer Selbstverwaltung und Selbstrepräsentanz der Massen hatte damit erneut dem Hierarchieprinzip (in Form des Führungsprimats der KPCh!) weichen müssen.

Ähnlich, wie bereits in den Jahren 1917 ff. die Petrograder und Moskauer Sowjets "bolschewisiert" worden waren, kam es jetzt zur "Parteiisierung" der Revolutionskomitees - und damit zur Umsetzung eines Musters, wie es nicht nur im Leninismus (Führungsmonopol der KP!), sondern vor allem auch in der chinesischen Tradition (gesellschaftlicher Rangabstufung!) angelegt war.

Kein Wunder, daß die Revolutionskomitees bereits in der reformerischen Verfassung von 1982 mit keinem Wort mehr erwähnt waren. Der Versuch, den Staat durch Einbau rätendemokratischer Zellen aufzuparzellieren und ihn so schließlich überflüssig zu machen, war damit gescheitert - und zwar auf spektakuläre Weise!

Um so ungenierter konnten die Reformer sogleich nach 1978 wieder daran gehen, den Staat erneut so in Szene zu setzen, wie es dem Durchschnittschinesen als "normal" erschien.

Erstaunlich, wie sich seit dieser Zeit die volksrepublikanische Staatenpraxis wieder derjenigen Taiwans anzugleichen begann - und dies um so reibungsloser, als der "reiche Verwandte" Taiwan inzwischen ja auch in Beijing als offensichtlich gelungene Spielform einer Erfolgsgesellschaft autochthonen Typs anerkannt worden war, an der sich auch die Volksrepublik orientieren konnte.

Zahlreiche Elemente des Taiwan-Modells gingen von jetzt an stillschweigend auch in das staatliche Konzept der Deng Xiaoping-Führung ein - man denke etwa an den Aufbau von Wirtschaftssonderzonen, ferner an die

festländische Investitionsgesetzgebung, die dem taiwanesischen Joint Venture-Beispiel verdächtig nahekam, darüber hinaus an die vermehrte Zulassung von Privatbetrieben, die Neubetonung des Tertiärsektors bei gleichzeitigem Abbau der ehemals im Zeichen stalinistischer Vorbilder etablierten Schwerindustrie-Priorität, an die Modalitäten der Zusammenarbeit zwischen Industrie- und Forschungsbetrieben oder an die Einführung des 6:3:3:4-Schulsystems und der neunklassigen Grundschule - um hier nur einige wenige Beispiele zu nennen, die in ihrer synergetischen Auswirkung allesamt dazu beigetragen haben, die lange Zeit so unüberwindlich erscheinende Kluft zwischen beiden Seiten der Taiwanstraße zu verringern.

Der volksrepublikanische Staat hat also seit 1978 an Gewicht wieder zugenommen, wobei die alten Unterdrückungs("Klassenkampf")-Funktionen in der Zwischenzeit hauptsächlich durch Modernisierungsaufgaben ersetzt worden sind.

5.2.1.2

Was ist von den Tianxia-Vorstellungen übriggeblieben?

Der "Guojia" hat also auch im modernen China wieder Hochkonjunktur. Was aber ist aus den alten "Tianxia"-Vorstellungen geworden?

Im vorliegenden Zusammenhang seien als pars pro toto vier Elemente hervorgehoben, die erkennen lassen, daß die Tianxia-Idee noch lange nicht zum alten Eisen gehört: Da ist zunächst die nach wie vor lebendige "Weltstaaten"-Idee, aber auch der "Impansionismus", die höchst präsent gebliebene Vorstellung von einer "Völkerfamilie" und das nach wie vor ungebrochene Modellbewußtsein des Reichs der Mitte.

5.2.1.2.1

Die Weltstaats-Idee

1884 veröffentlichte einer der damals führenden Staatsmänner, Konfuzianer - und (!) Reformers - Kang Youwei (1858 bis 1927) sein "Buch von der Großen Gemeinschaft" (Datongshu) [58], das noch einmal mit großer Geste die Vorstellungen einer zweitausendjährigen Tradition zusammenfaßte und zugleich auch auf die Moderne hinauswies, insofern nämlich der Fortschrittsgedanke, die Beschäftigung mit der Zukunft oder aber die Forderung nach Gleichheit zwischen den Geschlechtern und Rassen in den Gedankengang einbezogen wurden.⁶³

Trotz einzelner Modernisierungszugstände sind die Darstellungen Kangs allerdings dann doch bis in die letzten Gedankenverzweigungen hinein typisch "chinesisch" geblieben und werden übrigens auch heute noch so empfunden:

Da ist zunächst einmal die Bevorzugung zentralistischer Lösungen. Kang fordert z.B. den Wegfall aller Grenzen, eine weltweite einheitliche Innenpolitik, einheitliche Finanzen, einheitliche Religion, einheitliche Sprache und einheitliche Kultur, dies alles wohlgebet in globalem Ausmaß!

In typisch dialektischer Spannung steht dazu auf der anderen Seite die Betonung kleinzelliger Gebilde, die weitgehend autonom/autark zu bleiben, und die als solche der Weltregierung die Detailarbeit abzunehmen hätten. Der Erdball solle zu diesem Zweck in 100 Breitengrade aufgeteilt werden, davon je 50 Grade nördlich und südlich des Äquators; desgleichen soll eine Längeneinteilung in 100 Grade erfolgen. Jedes der so entstehenden Planquadrate möge wiederum in Minutenquadrate aufgegliedert werden usf.⁶⁴ Man fühlt sich hier einerseits an das Bild einer altchinesischen Stadt mit ihren genau rechtwinklig verlaufenden Straßen und Wohnhofquadraten erinnert, zugleich aber auch an die Danwei, d.h. die soziale Grundeinheit, in der der einzelne aufwächst, sein Leben verbringt, in der er arbeitet und konsumiert, und von der er sozial kontrolliert wird.

Typisch auch die Perspektive der *einen* Welt, die durch Aufhebung der Nationalstaaten (so Kang Youwei) oder aber durch "Absterben der Staaten" (Karl Marx) zu erreichen ist. Am Ende dieser Entwicklung gebe es keine Chinesen, Japaner oder Deutsche mehr, sondern nur noch ein "einheitliches Volk unter dem Himmel",⁶⁵ das im Laufe der Zeit auch eine einheitliche Kultur, eine einheitliche Sprache und eine einheitliche ethische Gesittung annehmen müsse.

Typisch chinesisch ist auch die Einteilungswut und Zahlenmagie, mit der Kang seinen Weltstaat entwirft: alles wird von der Zahl 10 bestimmt: Die 10 Kontinente,⁶⁶ die 10 Grade, 10 Minuten und 10 Li, 10 Yin, 10 Zhang und all jene Kästchen, in die das Land unter dem Himmel aufgegliedert werden soll.

Zentralismus, zelluläre Aufteilung der Gesellschaft, Vereinheitlichung von Religion, Sprache und Kultur, Abschaffung aller Staaten und, Hand in Hand damit, die Konstituierung einer Welt mit dem einen "Volk des Himmels": Dies alles sind Grundelemente der politischen Kultur Chinas, die als allgemeines Regulativ außenpolitischen Handelns in den Köpfen der Entscheidungsträger nach wie vor vorhanden sind und deren Einfluß mit zunehmender "Renormalisierung" im Wachsen begriffen ist.

5.2.1.2.2

"Impansionismus"

Es war das Ideal des konfuzianischen Herrschers, nicht mit Mitteln äußerer Macht (Militär, Strafrecht etc.), sondern mit "innerer" Autorität Wirkungen auszulösen. Dieses Konzept sollte nicht nur innerhalb des "Staates", sondern auch jenseits der eigenen Grenzen, nämlich im gesamten Bereich "unter dem Himmel" Anwendung finden. Außenpolitik war normalerweise nicht expansionistisch, sondern "impansionistisch" ausgerichtet, d.h., es ging nicht um Eroberung von Territorien, sondern um die "Besetzung von Gehirnen". Wieder einmal kommt hier m.a.W. die Erziehungsidee zum Durchbruch - und mit ihr die Vorstellung, daß ein Großteil der Außenpolitik sich ohne Machtausübung vollzieht, indem nämlich innere Kontrolle an die Stelle äußerer Kontrolle tritt. Man braucht nur den richtigen "Weg" - auch hier wieder das Dao! - zu gehen, um überall Aufmerksamkeit und Gefolgschaft zu finden. Macht läßt sich also, modern ausgedrückt, auch als "Wirkung durch Entwicklungsrichtigkeit" definieren. Entwicklungsrichtige Strategie, entwicklungsrichtige Außenpolitik und entwicklungsrichtiges Handeln sind es, die auf der einen Seite Solidarisierungsgefühle und auf der anderen Seite Autorität entstehen lassen. Ganz in diesem Sinne geht Mao Zedong von der Doppelnatur des "Imperialismus und aller Reaktionäre" aus: "Sie sind wirkliche Tiger und zugleich Papiertiger. Im Laufe der Geschichte war... die Klasse der Feudalherren und der Bourgeoisie eine Zeitlang voller Lebenskraft, revolutionär und fortschrittlich; damals waren sie echte Tiger. In der Folgezeit jedoch begann ihr jeweiliger Widerpart - die Bauernschaft und das Proletariat - allmählich zu erstarren. So verwandelten sie sich nach und nach in Reaktionäre, in Papiertiger

und wurden letztlich vom Volk gestürzt. Ursprünglich waren die Feinde lebendige Tiger, eisenharte Tiger, echte Tiger. Letztlich aber haben sie sich in Papiertiger, in tote Tiger, in Doufu-Tiger verwandelt."⁶⁷

Es kommt also darauf an, *richtig* zu handeln. Was aber ist die *richtige* Ideologie, die *richtige* Organisation und der *richtige* Arbeitsstil? An dieser Frage entzündeten sich in der Volksrepublik seit Ende der 50er Jahre die Fraktionskonflikte. Während Mao Zedong den Akzent auf Klassenkampf, Massenlinie und Autarkie legte, waren bei den Reformern Leistung, Expertenlinie und *Öffnung* gefragt, wobei als Kriterium für die Richtigkeit nicht irgendein vorgegebenes Dogma, sondern der sichtbare Erfolg (Wahrheit in den Tatsachen!) herausgestrichen wird.

Arbeitete Mao noch mit der Formel "Macht = Entwicklungsrichtigkeit = permanente Revolution", so setzen die Reformer auf die Gleichung "Macht = Entwicklungsrichtigkeit = Modernisierung".⁶⁸

5.2.1.2.3

Die "Völkerfamilie"

Die altehrwürdige Vorstellung, daß China als "Reich der Mitte" zugleich auch die Rolle eines Paterfamilias im Kreise der anderen Völker (zumindest aber der Nachbarn) zu spielen habe, wobei nochmals ein zusätzliches Gefälle zwischen "zivilisierten" Staaten und "Barbaren" hinzukomme, wurde im Zusammenhang mit dem "pyramidalen Analogismus" bereits ausführlich diskutiert.

Entscheidend ist nun, daß sie auch in der VR China nahezu ungebrochen weiterlebt: Auf dem Gebiet der Außenpolitik Beijings haben sich im Laufe der Zeit zwar fünf große Zielsetzungen herausentwickelt, die bald revolutionärer, nationaler und antihegemonistischer, bald aber auch modernisierungsorientierter und autoritätsbezogener Art waren.⁶⁹ Innerhalb dieses Tableaus sind aber die Autoritätsziele um so markanter hervorgetreten, je mehr sich das selbstbewußt gewordene China wieder auf seine Stellung als Reich der Mitte zurückzubedenken beginnt. Was mit der Renaissance von "Autoritäts"-Zielen gemeint ist, haben vor allem solche Staaten zu spüren bekommen, die zum Reich der Mitte jahrhundertlang "Tributbeziehungen"

unterhalten hatten, die aber nach Untergang des Kaiserreichs, vor allem aber angesichts einer neuen Weltlage, allen Ernstes geglaubt hatten, sich aus der "Familien"-Gemeinschaft mit China heimlich davonstehlen oder sich gar mit lautem Türenzuschlagen verabschieden zu können. Vietnam z.B., das sich in den Jahren zwischen 1978 und 1989 vor China nicht mehr "verbeugen", sondern ihm im Gegenteil die kalte Schulter zeigen wollte, mußte sich durch einen "Erziehungsfeldzug" (1979) und durch endlose Ermahnungen und Gardinenpredigten über sein *unrichtiges* Verhalten belehren lassen und kehrte Ende der 80er Jahre entnervt in seine Rolle als "dritter Sohn" zurück.

Höchst gespannt war das Verhältnis Chinas auch jahrzehntelang zu einem anderen "verlorenen Sohn", nämlich Südkorea, das erst 1992 wieder (und zwar äußerlich durch Aufnahme diplomatischer Beziehungen) in die "Familie" zurückkam.

Auch das Verhältnis der VRCh zu Japan steht nach wie vor im Zeichen familiärer Vorstellungen. Die Volksrepublik erwartet, daß der insulare Nachbar, der jahrhundertlang Schüler des Reichs der Mitte und dann - 1894/95 sowie 1932 ff. - dessen offener Feind war, in gewissen Abständen kleinere Verbeugungen vollzieht, "Gänge nach Canossa" unternimmt, seine Schulbücher nach chinesischen Vorstellungen ausrichtet und im übrigen ein etwas zurückhaltenderes - und hierarchiegemäßeres! - Verhalten an den Tag legt.

Wer das Verhältnis Japans, Koreas oder Vietnams ausschließlich unter westlichen Gesichtspunkten analysiert, wird sich am Ende immer mit einem Rest unbeantworteter Fragen und unaufgelöster "Rätsel" konfrontiert sehen!

5.2.1.2.4

Modellhaftigkeit

Angesichts der zweitausendjährigen Erziehungstradition und des "Wirkens durch Nichtstun" (im Sinne vorbildlichen Verhaltens) hätte es nachgerade mit einem Wunder zugehen müssen, wäre das alte Modelldenken nicht auch in der Volksrepublik sogleich wieder zu neuem Leben erwacht. In der Tat ließ die maoistische Politik jahrelang nichts unversucht, die chinesisch Spiel-

form einer marxistischen Revolution zum Vorbild für die Länder der Dritten Welt zu erklären - und so indirekten Einfluß auf das weltrevolutionäre Geschehen auszuüben. Hatte sich das traditionelle China als Zivilisationsmodell präsentiert, so sollte die Volksrepublik nun ein Revolutionsmodell liefern.

Vor allem das durch Lin Biaos Schrift "Lang lebe der Sieg im Volkskrieg" bekannt gewordene strategische Muster des "Einkreisens der Weltstädte durch die Weltdörfer" sollte von allen Völkern "unter dem Himmel" beherzigt werden.

Die Reformer schlugen nach den außenpolitischen Exzessen der Kulturrevolution zwar einen gedämpfteren Ton an und geben auch die Parole aus, daß jedes Land seinen eigenen Weg der gesellschaftlichen Entwicklung finden müsse und daß das chinesische Modell nicht einfach exportiert werden könne.

Dies waren jedoch nur Beschönigungen, hinter denen keine wirkliche Überzeugung stand. Vor allem der Eifer, mit dem die Reformer nun seit Jahren ihre in der Tat eindrucksvollen Innovationsmaßnahmen und -richtlinien propagieren, und mit dem sie vor allem immer wieder Erfolgswahlen vor aller Welt ausbreiten, zeigt, daß die Strategie des Wirkens durch nachahmenswertes Vorbild nach wie vor ein Leitmotiv der Außenpolitik Beijings geblieben ist.

5.2.1.3

Der Staatszweck: Modernisierung, Kampf gegen den Pluralismus und Einparteienherrschaft

In den ersten dreieinhalb Jahrzehnten der Volksrepublik haben sich die Staatsziele von Grund auf gewandelt: War die res publica noch zu Zeiten Mao Zedongs nichts anderes als ein Klassenkampfinstrument, mit dessen Hilfe das "Volk" seine "Feinde" unterdrücken sollte, so hat sie sich aus reformerischer Sicht mittlerweile in ein Ordnungs- und Modernisierungsinstrument verwandelt.

Der Klassenkampfcharakter des Staates kam besonders deutlich in der Präambel der kulturrevolutionären Verfassung vom 17. Januar 1975 zum Ausdruck, wo es ganz im Sinne der damaligen Sprachregelung heißt, daß die "sozialistische Gesellschaft eine ge-

schichtlich ziemlich lange Periode umfaßt. Die ganze Geschichtsperiode hindurch existieren Klassen, Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe, existiert der Kampf zwischen den beiden Wegen, nämlich dem Sozialismus und dem des Kapitalismus, existiert die Gefahr einer Restauration des Kapitalismus, existiert die Bedrohung durch Umsturz und Aggression seitens des Imperialismus und des Sozialimperialismus. Solche Widersprüche können nur durch die Theorie über die Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats und durch die von ihr angeleitete Praxis gelöst werden. "... Wir müssen daher die drei großen revolutionären Bewegungen - Klassenkampf, Produktionskampf und wissenschaftliches Experimentieren - weiterführen" usf. Außerdem wird in Art.2 das Führungsmonopol der KPCh über den Staat expressis verbis hervorgehoben. Endziel sei die Schaffung einer klassenlosen Gesellschaft und eines Neuen Menschen, die weitestgehende Partizipation der Massen und die Orientierung allen Wirtschaftens an den "Bedürfnissen des Volkes", also keineswegs Profit. Die Hauptmittel zur Erreichung dieses Ziels seien (1) Führung durch die KPCh, (2) Schaffung sozialistischen Eigentums an Produktionsmitteln mit dem Ziel der letztendlichen Aufhebung aller Eigentumschranken und (3) Gewaltenkonzentration sowie "demokratischer Zentralismus".

Diese Klassenkampforientierung wurde mit dem Reformbeschluß vom Dezember 1978 von Grund auf modifiziert, insofern nunmehr nämlich die "Partei ihren Arbeitsschwerpunkt vom Klassenkampf auf die Vier Modernisierungen verlegte."⁷⁰

Die neue Verfassung vom 4. Dezember 1982 nahm den vier Jahre vorher angeschlagenen Ton auf und hob als "grundlegende Aufgabe des Staates (guojiade genben renwu) [59] die Mission hervor, in den kommenden Jahren "alle Kräfte auf die sozialistische Modernisierung zu konzentrieren" (jizhong liliang jinxing shehuizhuyi xian-daihua jianshe) [60].⁷¹ Der Klassenkampf dürfe nur noch eine Randscheinung sein (Präambel, Abs.8). Außerdem habe der Staat die Wiedervereinigung zu betreiben und Taiwan zu reintegrieren (Präambel, Abs.9). Des weiteren müsse der Staat weiter an der Integration der Minderheiten arbeiten

und die Außenpolitik nach den fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz gestalten.

Die Mittel wurden diesen neuen Zielsetzungen angepaßt: Zwar sollte die KPCh nach wie vor das Führungsmonopol innehaben, doch ging es jetzt nicht mehr primär um Sozialisierung des Eigentums an Produktionsmitteln. Auch die Prinzipien der Machtausübung hatten sich inzwischen verändert: Gewaltenkonzentration (statt Gewaltenteilung) galt nicht mehr als *Conditio sine qua non*, und auch der "demokratische Zentralismus" sollte differenzierter eingesetzt werden - vor allem was das Verhältnis zwischen Zentrale und Regionen anbelangt.

Die oben zitierten Zielsetzungen sind apologetischer Art: sollen sie doch vor allem dazu dienen, den verblässenden Sozialismus-Mythos zu beschwören, die Sozialismus-Semantik zu verfestigen und den Eindruck von Kontinuität zu erwecken. Vor allem geht es also darum, das "sozialistische Gesicht" wenigstens nach außen hin notdürftig zu wahren.

Ein Blick auf die Verfassungswirklichkeit zeigt jedoch, daß in der Zwischenzeit längst wieder konfuzianische Vorstellungen Einzug gehalten haben - wenn auch durch die Hintertür. Man erinnere sich, daß die konfuzianische Gesellschaftslehre, ganz im Gegensatz zum Legalismus, nicht etwa die Macht (im Sinne von "Staatsraison"), sondern die sittliche Staatsidee in den Vordergrund stellt, insofern es ihr vor allem darum ging, ein möglichst tugendhaftes, d.h. den orthodoxen Moralvorstellungen verpflichtetes Denken hervorzubringen. Bei allem Moralisieren hatte die Konfuziusschule aber auch die materielle Welt durchaus nicht aus den Augen verloren und das "fu jiao" (Wohlhabenheit und Bildung) gepredigt (dazu oben 5.1.1.2).

Beide Ziele, nämlich die Aufrechterhaltung einer Ziviltheologie und die Förderung von Wohlfahrt sind auch dem modernen China treu geblieben.

Was den ersteren Punkt anbelangt, so "verstärkt der Staat" nach Art.24 der Verfassung von 1982 "den Aufbau der sozialistischen geistigen Zivilisation durch die Verbreitung der Erziehung in erhabenen Idealen, moralischen Prinzipien, Kultur, Disziplin und

Rechtssystem und durch die Förderung der Ausarbeitung und Durchführung von Verhaltensregeln und öffentlichen Vorschriften unter verschiedenen Teilen der Bevölkerung in Stadt und Land". Der Staat fördert darüber hinaus "die gesellschaftlichen Tugenden (gong de) [61] der Liebe zum Vaterland, zum Volk, zur Arbeit, zur Wissenschaft und zum Sozialismus, führt im Volk eine Erziehung im Geiste des Patriotismus, Kollektivismus, Internationalismus und Kommunismus sowie im Geiste des dialektischen und des historischen Materialismus durch und bekämpft kapitalistisches, feudalistisches und anderes dekadentes Gedankengut".

Entgegen dem ausdrücklichen "anti-feudalistischen" Bekenntnis verbreiten all diese Formulierungen konfuzianischen Geschmack (weidao) [62].

Auch die im Abschnitt 4.4 erwähnten Verhaltensanweisungen für Schüler sowie die Unterrichtsziele in den staatlichen Schulen deuten in dieselbe Richtung.

Der Ausdruck "sozialistische geistige Zivilisation" signalisiert, wie jedermann weiß, daß auch die reformerische Volksrepublik weltanschaulich keineswegs neutral sein, sondern engagiert dafür Sorge tragen will, daß ein in ihrem Sinne "tugendhafter" Staatsbürger gedeihen kann. Aus diesem Grunde auch bekämpfen Partei- und Staatsorgane voll ehrlicher Entschlossenheit nicht nur den "linken Fraktionismus",⁷² der vor allem den Reformgegnern angelastet wird, sondern auch das "Rechtsabweichertum", das sich, wie es heißt,⁷³ in "Existentialismus, Liberalismus und Pornographie, in geschmäckerlicher Skepsis gegenüber dem sozialistischen Anliegen und in anderen Formen der 'geistigen Verschmutzung' (jingshen wuran) [63]" äußert.

Bereits seit 1981 hatten die Reformen auch zum Kampf gegen die "bürgerliche Liberalisierung" geblasen, die als das exakte Gegenteil der "Vier Grundprinzipien" definiert wurde.⁷⁴ In diesem Zusammenhang hatte die KPCh ihren Scheinwerfer auf den Schriftsteller Bai Hua gerichtet, der in dem Filmdrehbuch "Bittere Liebe" die Kritik an der sozialistischen Gesellschaft so sehr auf die Spitze getrieben habe, daß der Sozialismus als solcher ange-

schwärzt worden sei. Damit aber habe der Regisseur die Abwendung vom sozialistischen Weg überhaupt gepredigt - und so eine Stimmung "bürgerlicher Liberalisierung" verbreitet. "Bürgerliche Liberalisierung" umfasse Erscheinungen wie gesellschaftlichen Pessimismus, nationalen Nihilismus, extremen Egoismus, Irrationalismus, dekadente Kunstströmungen, Sexismus, elitäres Kunstverständnis und den Wunsch nach "vollständiger Verwestlichung" (quanpan xihua) [64]. Insgesamt laufe sie auf eine Abwendung vom sozialistischen Weg hinaus - und sei deshalb zu bekämpfen, sei es nun durch Partei- oder durch Staatsorgane.⁷⁵

Auch die Reformen waren, wie diese Beispiele zeigen, weit davon entfernt, einen Pluralismus westlicher Provenienz zu tolerieren. Vielmehr neigten sie, ähnlich wie schon Mao Zedong, dazu, "richtig" und "unrichtig" in einer Art Nullsummenspiel einander gegenüberzustellen und sich damit gleichzeitig auch gegen "mittlere Ansichten" zu wenden - stets nach dem Grundsatz: Wer sich nicht für mich erklären will, ist gegen mich.

In der politischen Kultur Chinas gibt es eine lange Tradition der Monopolisierung von politischen Meinungen, die sich bis hinein ins reformerische Zeitalter erhalten hat. Hierbei spielt sich der Staat als Tugendwächter auf.

Zwar sind die Reformen - wie schon die Maoisten - nach wie vor entschlossen, abweichende Ansichten "mit Stumpf und Stiel auszurotten" (zhan cao chu gen) [65], doch verzichten sie andererseits auf jene inquisitorischen Methoden, wie sie noch während der Kulturrevolution an der Tagesordnung waren. Wer also den Staat oder die Partei nicht gerade offen herausfordert, wird meist in Ruhe gelassen. Nach dem Ordnungsverständnis der Reformen soll der pausenlose Kampf gegen "Feinde ohne Gewehre" ein für allemal der Vergangenheit angehören. Darin ist sich die neue Führung mit der Schriftstellerin Dai Houying einig, die in ihrem Roman "Die Große Mauer" die kulturrevolutionäre Anbetung des Klassenkampfes verdammt und dies in Worte faßt, die jedem ihrer Landsleute aus dem Herzen gesprochen sein dürften: "Sich dem Klassenkampf zu widmen, um Unterdrückung und Ausbeutung zu beseitigen, ist eine

notwendige, hochherzige und große Sache; künstlich Klassen zu schaffen, Volk und Familien zu spalten, nur um des Kampfes willen, das ist lächerlich und grausam."⁷⁶ "Leider ist es üblich geworden, den Klassenkampf auszuweiten, jede Art von Widerspruch zum Klassenwiderspruch hochzustilisieren und den Klassenkampf notfalls künstlich zu erzeugen."⁷⁷ "Vor einigen Jahren wagte ich nicht einmal, vor meinen eigenen Familienmitgliedern offen zu reden, da ich fürchtete, sie könnten um der Sache willen die eigenen Angehörigen ans Messer liefern..."⁷⁸

Ganz anders seit Beginn der Reformen: Nunmehr sollen um der "Harmonie" willen weder die Kritik an der Gesellschaftsordnung noch der Kampf gegen diese Kritik übertrieben werden. Beiden Seiten - der politischen Elite wie auch dem Bürger - sei mit einer solchen "mittleren Option" am besten gedient. Wie schon bei Konfuzius gilt auch heute wieder "Harmonie" als "Wert an sich" (he wei gui) [66].⁷⁹

Im traditionellen China stand die moralische Komponente mit einsamem Abstand vor allen anderen "Staatszwecken".

Das maoistische blieb dieser Ausrichtung treu und betonte deshalb auch immer den "Primat des Menschen und der Politik": Wenn der Boden nicht genügend Getreide hervorbrachte, wenn die Schießergebnisse einer Kompanie miserabel ausfielen oder wenn ein Lkw den Dienst versagte, so war daran nicht der Boden, die Waffe oder das Fahrzeug schuld, sondern der jeweils dahinterstehende Mensch, mit dessen Haltung und Engagement offensichtlich etwas nicht stimmte. Hinter jedem fachlichen Versagen wurde ein politisches Defizit vermutet - und im Zweifel auch gefunden!

Im reformerischen China spielt diese politische/moralische Betreuungsaufgabe des Staates zwar immer noch eine große Rolle, doch wird sie inzwischen längst durch staatliche Leistungsaufgaben in den Schatten gestellt.

Wie sehr der Führung inzwischen vor allem die Wirtschaft am Herzen liegt, haben zwei hochgesteckte Fernziele angezeigt, die die Reformen zuerst 1981 und dann 1985 bekanntgegeben haben. Danach sollten unter staatlicher Regie drei Modernisierungsphasen

durchgeführt werden. (1) Bis zum Jahr 2000 sei der kumulierte Bruttowert der Produktion gegenüber Landwirtschaft und Industrie gegenüber 1980 zu vervierfachen. (2) Bis zum Jahr 2020/21, also bis zum 100.Gründungsjubiläum der KPCh solle China das Entwicklungsniveau einer Mittelmacht erreicht haben, um dann (3) bis zum Jahr 2049, d.h. dem 100.Jubiläumsjahr der Volksrepublik bereits zu den mächtigsten und reichsten Staaten der Welt aufzuschließen.⁸⁰

Ähnlich wie die Konfuzianer wollen also auch die Reformer nicht nur schmalleppig und moralinsauer sein, sondern darüber hinaus die angenehmen Seiten des Lebens im Auge behalten und das "fuqiang", also das "Glücklich-und-wohlhabend-sein" fördern.

Am Ende könnte die politische Führung der Volksrepublik freilich dasselbe zwiespältige Erwachen erleben wie die Guomintang auf Taiwan. Mit wachsender Prosperität nämlich dürfte ein selbstbewußter Mittelstand entstehen, der sich den weiteren Weg partout nicht mehr von oben vorschreiben lassen, sondern sein weiteres Schicksal in die eigene Hand nehmen möchte. Die Führung hätte sich dann zumindest teilweise selbst überflüssig gemacht!

Man wende nicht ein, daß die volksrepublikanische KPCh mehr Standvermögen besitze als die GMD und sich daher auch länger am Ruder halten könne. Besitzt doch die Guomintang den gleichen inneren, d.h. leninistischen Aufbau wie ihre Todfeindin auf dem Festland. Auch sie wurde ja Anfang der 20er Jahre mit Hilfe der Komintern nach leninistischen Richtlinien aufgebaut, an denen sich bis heute prinzipiell nichts geändert hat. GMD und KPCh unterscheiden sich also keineswegs in ihrer organisatorischen Struktur, sondern nur in ihren Zielsetzungen, indem nämlich die KPCh marxistische, die GMD aber mit ebensolcher Entschlossenheit antimarxistische Ziele verfolgt. Beide ähneln sich dann allerdings wiederum darin, daß sie sich gleichermaßen einer Ziviltheologie - hier den "Mao-Zedong-Ideen", dort der Sanminjuyi - verschrieben haben und insofern viel Ideologie mit im Gepäck führen.

Die Pluralismusfeindschaft führt i.ü. dazu, daß nicht nur in der VR China, sondern auch in den anderen metakon-

fuzianischen Gesellschaften Asiens das Einparteiensystem vorherrscht - in den beiden Koreas, in Singapur, Taiwan, Vietnam und sogar in Japan. Zwar gibt es dort überall auch Konkurrenten zur "Staatspartei", doch sie haben nichts (oder allenfalls nur vorübergehend) zu sagen - und gelten übrigens darüber hinaus in der VRCh lediglich als "Massenorganisationen", die als solche (man denke an die acht nichtkommunistischen Parteien) der KPCh-Führung unterstehen!

5.2.1.4

Zentralismus

Obwohl die Volksrepublik China in den ersten Jahren ihres Bestehens in fast allen Belangen des politischen Lebens das Vorbild der Sowjetunion zu kopieren versuchte, dachte doch offensichtlich niemand auch nur einen Augenblick daran, die sowjetischen Regionalgliederungsbestimmungen zu übernehmen.

Nach Art.13 der sowjetischen Verfassung (SV) von 1936 ("Stalinverfassung") war die UdSSR ein "Bundesstaat, gebildet auf der Grundlage freiwilliger Vereinigung von 15 gleichberechtigten sozialistischen Sowjetrepubliken", die ergänzt wurden durch weitere "Autonome" Minderheitenrepubliken und "Autonome Gebiete" (Art. 22-29 S.V.). Art.14 SV grenzte die Rechte der Union und der einzelnen Republiken enumerativ (Ziff.a-x) gegeneinander ab und erklärte die Republiken für souverän, soweit die Union nicht ausdrücklich für den einen oder anderen Belang zuständig sei. Im Verhältnis zwischen Union und Republiken herrschte also der Grundsatz der Subsidiarität (Art.15 SV). Auch hatte jede Republik ihre eigene (der Union allerdings stark ähnelnde) Verfassung (Art.16). Gemäß Art.17 stand jeder Unionsrepublik auch das "Recht des freien Austritts aus der UdSSR" zu - nur theoretisch freilich, aber immerhin war eine solche Möglichkeit nicht von vornherein ausgeschlossen! Ferner hatte gem. Art.18a SV jede Unionsrepublik das Recht, unmittelbare Beziehungen zu auswärtigen Staaten aufzunehmen, mit ihnen Abkommen zu schließen und diplomatische sowie Konsularvertreter auszutauschen (in der Praxis wurden auf diese Weise die Ukraine und Weißrußland stimmberechtigte Mitglieder der UNO-Vollversammlung!).

Die begrifflich präzise Unterscheidung zwischen Union und Sowjetrepubliken spiegelte sich auch in den höchsten Staatsorganen wider; so gliederte sich beispielsweise das höchste Organ der Staatsgewalt, der Oberste Sowjet, in zwei Kammern auf, nämlich in den "Unionsowjet", dessen Abgeordnete in gleich großen Wahlkreisen von der gesamten Unionsbevölkerung und in den "Nationalitätensowjet" (Art.37 SV), dessen Mitglieder lediglich von der jeweiligen Republikbevölkerung gewählt wurden.

Diese eigenartige föderalistische Struktur ging auf die Verfassung der Schweizer Eidgenossenschaft zurück, die Lenin während seines Züricher Exils kennengelernt hatte. Das Schweizer Bundesparlament, die "Bundesversammlung", besteht ja ebenfalls aus zwei Kammern, und zwar dem "Nationalrat", der direkt vom Volk gewählten Volksvertretung, und aus dem "Ständerat", der sich aus je zwei Repräsentanten der 22 Kantone rekrutiert. Auch der Wortlaut des Art.13 SV, demzufolge sich jeder Bundesstaat der Union "freiwillig" angeschlossen hat, ging auf jenes schweizerische Selbstverständnis zurück, demzufolge der Bund der Eidgenossen allmählich von unten nach oben durch freiwilligen Beitritt zur Eidgenossenschaft (und nicht etwa durch erzwungene Vereinheitlichung) entstanden ist.

All diese Konstruktionen haben die chinesischen Kommunisten, die doch in den frühen 50er Jahren sonst alles Sowjetische nachgebetet haben, nicht im mindesten beeindruckt. Vielmehr bekannte sich die VR China von vornherein zu einem Zentralismus ohne Wenn und Aber. Der eigentliche Grund dafür lag auf der Hand: 2.000 Jahre zentralistischer Tradition konnten selbst von den innovationsbedachten "Revolutionären" nicht einfach weggewischt werden.

Nirgends in den bisherigen vier Verfassungen der Volksrepublik war daher von einer "freiwilligen Vereinigung" der Provinzen oder Regionen die Rede. China verstand sich eben nicht als "Eidgenossenschaft", deren einzelne Teile sich "von unten her" zusammengeslossen haben, sondern trat vielmehr von Anfang an als ein "von oben" geeinter Gesamtverband auf (man denke hier vor allem an die Argumentation gegenüber Tibet!), in dem die

einzelnen "nationalen Minderheiten" allerdings "gleichberechtigt" seien (so z.B. Art.4, Abs.2 der Verfassung von 1954 und Art.4 der Verf. von 1982). Von Anfang an gab es deshalb in der VRCh auch keine generell oder enumerativ ausgestalteten Zuständigkeitsabgrenzungen zwischen Gesamtstaat und Untereinheiten. Selbst in Minderheitsgebieten mit "nationaler Autonomie" können die örtlichen Staatsorgane ihre Rechte nur "im Rahmen der ihnen gesetzlich übertragenen Befugnisse ausüben".

Ferner wurde den chinesischen Provinzen, anders als den Republiken der UdSSR, von vornherein keine Möglichkeit zum Erlaß einer eigenen Verfassung eingeräumt. Auch wäre es dem chinesischen Gesetzgeber niemals in den Sinn gekommen, die Möglichkeit eines Austrittsrechts aus dem Gesamtverband auch nur anzudeuten. Vielmehr heißt es z.B. in Art.4, Abs.4 der Verfassung von 1982, daß "alle Regionen mit nationaler Autonomie *untrennbare* Bestandteile der VRCh sind".

Schließlich fehlt es in der chinesischen Verfassungsordnung an Regelungen, die es einzelnen Provinzen gestatteten, von sich aus unmittelbare Beziehungen zu auswärtigen Staaten aufzunehmen. Vielmehr liegt die gesamte auswärtige Gewalt bei der Zentrale.

Angesichts des im Reich der Mitte so selbstverständlichen Zentralstaatsgedankens bedurfte es auch keiner ausdrücklichen Bestimmung des Inhalts, daß Zentralrecht das Recht autonomer Einheiten "bricht". Überflüssig auch der Hinweis, daß den Bürgern der einzelnen regionalen Einheiten eine einheitliche Staatsbürgerschaft der VR China zustehe. Eine solche Regelung versteht sich im chinesischen Kontext ohnehin von selbst.

Was den Aufbau der Staatsorgane anbelangt, so zeigte sich der Unterschied zur UdSSR von Anfang an darin, daß beim NVK, anders als beim Obersten Sowjet, keine zwei Kammern bestehen. Vielmehr werden die Abgeordneten für den NVK einheitlich gewählt.

Insgesamt trat der zentralistische Charakter der Volksrepublik im Vergleich zum Verfassungszustand der UdSSR schon in den 50er Jahren mit unverwechselbarem Eigenprofil zutage:

- Vor allem gab es keine Unterteilungen in Form von "Gliederstaaten" mit einer jeweils höchsten unabgeleiteten Staatsgewalt (Souveränität). Anders auch als in der Bundesrepublik Deutschland, wo die Länder dem Bund rechtlich keineswegs unterworfen sind, sondern originäre Staatsgewalt besitzen und der Zentrale koordinativ gegenüberstehen, herrschte in der VR China a priori ein klares Unterwerfungsverhältnis der Provinzen und Regionen gegenüber dem Gesamtstaat. Selbst "Autonome" - d.h. Minderheiten-Gebiete - stehen zur Zentrale nicht in einem Koordinations-, sondern in einem Subordinationsverhältnis. Allerdings haben die Nationalitäten das Recht, ihre eigene Sprache und Schrift zu verwenden und ihre Sitten und Gebräuche beizubehalten (Art.4, Abs.4 und Art.121 Verfassung 1982). Außerdem bestehen noch gewisse Eigenrechte bei der Verwaltung der Finanzen, beim Erlaß von Sondervorschriften, im Erziehungs- und Gesundheitswesen, bei der Aufstellung eigener lokaler Sicherheitstruppen und bei der Rekrutierung eigener Kader.⁸¹ Im übrigen gilt jedoch nach wie vor der Grundsatz, der nirgends so deutlich ausgesprochen wurde wie in der "kulturrevolutionären" Verfassung vom 17. Januar 1975, daß nämlich "der Großnationalitätenchauvinismus ebenso zu bekämpfen ist wie der Lokalnationalismus" (Art.4, Abs.2): erneut ein Bekenntnis zum Gleichgewicht! Sogar die "Autonomie-rechte" stehen den einzelnen Minderheiten letztlich nicht originär zu, sondern leiten sich ihrerseits von der Gewalt des Zentralstaats ab.

- Ferner besitzen die 30 Einheiten auf Provinzebene als solche keine eigenen Vertretungsorgane bei der Zentrale. Theoretisch steht ihnen nicht einmal ein Veto bei der Gesetzgebung, bei einer Verfassungsänderung oder einer Neugliederung der Regionen zu. Vielmehr gibt es nur eine einzige Gesetzgebungs-, Justiz- und Verwaltungshoheit - nämlich die der Zentrale! Allerdings besitzen die einzelnen Ebenen, angefangen von den Provinzen über die Kreise bis hinunter zu den Gemeinden (xiang) ihre eigenen Volksvertretungsorgane und Verwaltungsausschüsse. Doch können diese "Volkskongresse" und "Volksregierungen" (renmin daibiao, renmin zhengfu) [67] (Art.95, Verf. 1982) ihre Machtbefugnisse nur in der vom Gesetz (d.h. von der Zentrale) festgelegten Rah-

menordnung wahrnehmen (Art.99). Darüber hinaus sind die lokalen Volksregierungen aller Ebenen, wie es heißt, Diener zweier Herren, nämlich einerseits der lokalen Organe der (zentralen) Staatsmacht und andererseits der lokalen Organe der Staatsverwaltung der jeweiligen Ebene (Art.105).

Auch hier kommt der Subordinationscharakter wiederum überdeutlich zum Ausdruck.

Nach der Verfassungstheorie ist die VRCh also ein typischer Einheitsstaat, der sich definitorisch unmißverständlich von allen Kriterien eines "föderalistischen Bundesstaates" distanziert hat.

Was im Wortlaut der bisherigen vier Verfassungen allerdings nicht zum Ausdruck kommt, ist der allzeit im Hintergrund lauernde Regionalismus sowie die empirisch nachprüfbar Tatsache, daß spätestens seit Beginn der 80er Jahre auch im politischen Alltag Chinas wieder kraftvolle Dezentralisierungstendenzen im Gange sind, die ihren Niederschlag nicht nur im täglichen Handeln, sondern sogar in Rechtsnormen finden - und so der Verfassungstheorie immer wieder "ein Schnippchen schlagen".

Daß es sich beim Regionalismus nicht nur um ein Echo aus längst vergangener Zeit, sondern um eine bis heute wirksame Dauerkonstante handelt, läßt sich auch am geschichtlichen Verlauf Chinas ablesen, wie er sich nach dem Untergang des Kaiserstaats darstellt:

Kaum nämlich war die Proklamationserklärung der "Republik China" vom 1.1.1912 verhallt, da begann sich der neue Staat auch schon in seine Teile aufzulösen, wobei sog. "Kriegsherren" (junfa) [68] als treibende Kräfte hervortraten. Es dauerte immerhin bis 1926/27, ehe im Zuge des sog. "Nordfeldzugs" (beifa) [69] einige der führenden süd- und zentralchinesischen Warlords ausgeschaltet und in Nanjing die Voraussetzungen für eine "überarbeitete" Republik China geschaffen werden konnten, deren Machtbereich allerdings auch nur auf das Yangzi-Tal und eine Reihe von zentralchinesischen Küstenstädten beschränkt war, auch wenn die Jiang Jieshi-Führung mit geschickter Propaganda den Anschein einer energischen neuen Zentralstaatlichkeit zu vermitteln wußte.

Da bereits 1937 der japanische Angriffskrieg gegen China begann, blieb der Guomindang der Beweis erspart, daß es ihr möglich gewesen wäre, ihre Rezentralisierungsversprechen auch wirklich einzulösen.

Auch nach der Niederlage der Japaner blieb China noch eine Zeitlang geteilt - diesmal in zwei Machteinflußsphären, nämlich einen GMD- und einen KPCh-Bereich. Erst nach Beendigung der Bürgerkriegsauseinandersetzungen von 1946 bis 1949 konnte unter der Führung der sinokommunistischen Sieger die "Normalität", nämlich der zentrale Einheitsstaat, wiederhergestellt werden.

Allerdings traten auch jetzt schon bald wieder Spannungen zwischen der Zentrale und den Regionen zutage: kein Geringerer als Mao Zedong trug dieser Entwicklung in einer seiner wichtigsten Politbüro-Reden Rechnung, die er am 25. April 1956 hielt, und die unter dem Thema "Über die Zehn großen Beziehungen" stand (lun shi da guanxi) [70].⁸² Das Verhältnis zwischen der Zentrale und den lokalen Ebenen wurde hierbei an vierter Stelle genannt. Ganz im Gegensatz zu seinem sonstigen Sprachgebrauch benutzte Mao allerdings nicht den Terminus "Widersprüche" (maodun) [71] - um solche handelte es sich nämlich! - sondern bevorzugte den wesentlich versöhnlicheren Ausdruck "guanxi": Es war dies eben damals eine Periode, in der Harmonie und Versöhnung statt Widerspruch und Klassenkampf angesagt waren. Freilich herrschte dieser Ton nur noch kurze Zeit vor, um dann, bereits 1958, im Zeichen der "Rechtsabweichlerkampagne", einer neuen klassenkämpferischen Redeweise Platz zu machen, die bis zum Tode des Vorsitzenden i.J. 1976 nicht mehr aus der offiziellen Kommunikationspolitik verschwand!

Besondere Sprengkraft begannen die "Widersprüche" zwischen Zentrale und Regionen aber dann nach dem Tode Maos, vor allem mit Beginn des Reformkurses zu entfalten, als nämlich die wirtschaftlich wesentlich effizienteren Südostregionen dem übrigen China innerhalb weniger Jahre auf und davon eilten. Vor allem die "Fünf Küstendraghen" Guangdong, Fujian, Zhejiang, Jiangsu und Shanghai dachten nun gar nicht mehr daran, auch jetzt noch auf die Interessen des Reichsganzen Rück-

sicht zu nehmen. Lange genug hatten sie für den schwerfälligeren Teil Chinas Opfer gebracht; sollten die "Rest-Gebiete" doch sehen, wie sie künftig selbst zurechtkamen!

Kein Wunder, daß schon Anfang der 90er Jahre überall kräftige Absetzbewegungen im Gange waren, die zwar nicht auf administrative *Abkoppelung*, wohl aber auf wirtschaftliche *Entkopplung* hinausliefen.⁸³

Auch für die Regionen sollte nun gelten, was das offizielle Beijing längst für Einzelpersonen verlangt hatte, daß nämlich nicht alle "aus demselben großen Reismpf aßen" (chi da guofan) [72], sondern daß "für jedes Essen jeweils ein besonderer Ofen aufgestellt werde" (fenzao chifan) [73]. Ganz in diesem Sinne hatten die besonders unabhängigkeitsbedachten Provinzen Fujian und Guangdong mit der Zentrale bereits einige Jahre früher regional-spezifische Steuerabgabenvereinbarungen aushandeln und sich dadurch ein zusätzliches Stück Freiheit gegenüber den anderen regionalen "Konkurrenten" sichern können.⁸⁴

Zur Speerspitze der Regionalisierungs- und Absetzbewegungen entwickelte sich Guangdong, genauer gesagt die Stadt Guangzhou und das Perlfußdelta sowie die dort seit 1979 ausgebauten "Wirtschaftssonderzonen" (Shenzhen!) und Industrieparks (Shekou!) [74].

Zu Beginn der 90er Jahre wollte auch Shanghai nicht länger auf der Stelle treten, sondern setzte zur Aufholjagd an, wobei die neugegründete WSZ Pudong die Hauptschubkraft liefern sollte.

Die mit dem Wettrennen Shanghai-Guangzhou einhergehende Regionalisierung heizte auch die Konkurrenz zwischen den anderen Provinzen neu an, vor allem zwischen den Regionen der Küste und des Hinterlands, welche letztere sich schon seit einiger Zeit in eine Aschenputtel-Situation versetzt sahen. Kein Wunder, daß sich unter diesen Umständen neue Fronten herauszubilden begannen, nämlich auf der einen Seite die unabhängigkeitsbestrebten reichen Südpvinzen, die normalerweise zwar gegeneinander arbeiteten, aber immer dann, wenn es gegen die Zentrale ging, wie Pech und Schwefel zusammenhielten, auf der anderen Seite aber die wirtschaftlich

zurückgebliebenen Regionen, die in ihrer bedrängten Situation einen Verbündeten suchten, der den weiteren Entkoppelungsversuchen der "Reichen" ebenfalls einen Riegel vorschieben wollte, nämlich die Zentrale.

Was Mao Zedong bereits in den 50er Jahren noch als "Beziehungen" bezeichnet hatte, war spätestens jetzt zu einem wirklichen "Widerspruch" geworden: Der arme "Westen" kämpfte gegen den "reichen" Südosten, um es vereinfacht auszudrücken!

Zustände dieser Art hatten nun allerdings mit dem Bild, wie es in der Verfassung vorgezeichnet ist, kaum noch etwas gemein. Beijing mußte sich fragen, wie es weitere Abkapselungs- und Abdriftungstendenzen verhindern konnte. Drei potentielle Instrumente standen ihm dafür zur Verfügung, die macht-, sozial- und finanzpolitischer Art waren:

- Der Einsatz von Machtmitteln, auch militärischer Art, ist zwar nicht neu in der chinesischen Geschichte, hätte sich aber angesichts der subtilen Entkopplungspolitik der Südostprovinzen letztlich als stumpfe Waffe erwiesen. So blieb der Beijinger Führung nichts anderes übrig, als zu feineren Instrumente zu greifen: zu diesem Zweck erließ sie erstens am 10. November 1990 ein Zirkular, in dem die Beseitigung "regionaler Blockaden", d.h. die Aufhebung von tarifären und nichttarifären Hindernissen einzelner Provinzen verlangt wurde.⁸⁵ Vor allem sollte es den einzelnen Regionen verboten werden, Zollstationen zu den Nachbarprovinzen hin zu errichten! Zweitens wurden "Kampagnen gegen Korruption" eingeleitet, und drittens Versuche gestartet, einige besonders einflußreiche "Provinz-Könige" nach Beijing "hochzuloben". Besonders bekannt geworden ist in diesem Zusammenhang die Kampagne gegen den Provinzgouverneur von Guangdong, Ye Xuanping, der durch den Beijing-treuen Spitzenkader Yuan Mu ersetzt werden sollte. Das Ringen zwischen beiden Seiten dauerte vier Jahre, von 1985 bis 1989, und führte schließlich zu einer ambivalenten Zwischenlösung: zwar gelang es der Beijinger Führung, den sich hartnäckig wehrenden Ye zum Stellvertretenden Vorsitzenden der Konsultativkonferenz in Beijing zu "befördern", doch hatte die Zentrale andererseits nicht genügend Durchsetzungsvermögen, um nun

auch noch Yuan Mu an seine Stelle zu setzen. Statt dessen kam hier ein regionaler Kandidat zum Zuge!⁸⁶

- Darüber hinaus versuchte Beijing, dem Zentrifugalisierungsprozeß mit *strukturpolitischen* Gegenmaßnahmen Einhalt zu gebieten: Da die Vertikal-methode, nämlich die zentrale Umverteilung der Mittel via Staatshaushalt, angesichts leerer Kassen nicht mehr funktionierte, hielt sich Beijing an ein eher horizontales Verklammerungskonzept, indem es nämlich versuchte, den jeweiligen Küstenstädten die Verantwortung für die Entwicklung ihrer Hinterlandsregionen aufzubürden, so z.B. dem dynamischen Shanghai die Yangzi- und dem quirligen Guangzhou die Perlfuß-Region. Versuche dieser Art, die Entwicklung "flußaufwärts" voranzutreiben, ließen sich allerdings wiederum nur durchsetzen, wenn die Reichen an der Küste auch wirklich mitziehen wollten!

- Als ähnlich ambivalent erwies sich die dritte Disziplinierungsmöglichkeit, nämlich die Festlegung von Finanzaufteilungsmodellen: hier hatte es seit den frühen 80er Jahren ohnehin Privilegien für die beiden Provinzen Guangdong und Fujian gegeben, denen sich 1988 schließlich auch noch Shanghai anschließen konnte. Da Steuern in den jeweiligen Provinzen vereinnahmt und erst von dort an die Zentrale abgeführt werden, befinden sich die Provinzen allemal in einer starken Verhandlungsposition gegenüber Beijing - und wissen diese Stärke zur Verärgerung der zentralen Führung auch reichlich zu nutzen!

Die Wohlhabenden werden im Zeichen dieses Ringens nicht etwa ärmer, sondern noch reicher!⁸⁷

Die "Tiananmen-Ereignisse" vom Juni 1989 schienen der Zentrale eine neue Chance zu liefern, dem Regionalisierungsprozeß nun energischer entgegenzutreten und dem Zurückgleiten in die "Wirtschaftsform der Lehnsfürsten" (zhuhou jing) [76] Einhalt zu gebieten. Man wolle, hieß es nun in Beijing, nicht länger eine Entwicklung hinnehmen, die wieder zurückführe zu einer "Herren-Vasallenwirtschaft", welche von "30 großen Feudalprinzen" (Provinzeinheiten!), "300 Mittelprinzen" (Bezirken) und "3.000 Kleinen Prinzen" (Kreise und Städte!) betrieben werde.⁸⁸

Statt dessen solle die chinesische Wirtschaft wieder in ein einheitliches "Schachbrett" (qipian) [77] mit überschaubaren Feldern und manipulierbaren Positionsmustern zurückgebildet werden.

Angesichts des regionalen Eigenprofils und der robusten Wirtschaftskraft, die sich in der Zwischenzeit bei den fünf "Großprinzen" an der Südostküste herausgebildet hatte, war eine solche Zielsetzung freilich nicht sehr viel mehr als Wunschdenken. Auch der "Zehnjahresperspektivplan" für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung, wie er beim 7.Plenum des XIII.ZK im Dezember 1990 verabschiedet wurde, konnte, all seinen Anti-Regionalklauseln zum Trotz, das Rad der Geschichte nicht mehr zurückdrehen.

Gleichwohl bleibt das Denken in Zentralisierungskategorien für die politische Kultur Chinas wie eh und je konstitutiv! Die Geschichte hat hier allzu tiefe Schneisen geschlagen!

5.2.2

Machtorgane

Die Grundschemata des Aufbaus der traditionellen Staatsorgane waren von stupender Einfachheit - und wiesen eine noch erstaunlichere Überlebensfähigkeit auf.

Die Zentralorgane gliederten sich nach dem 3:6:1- und die Regionalorgane nach dem 1:3:1-Schema. Es handelte sich hier also, um dies stichwortartig noch einmal aufzuführen, um die "Drei Sheng-Ämter, die sechs Ministerien und das Zensorat sowie um die Zentrale, die drei Regionalgliederungen (Provinzen, Präfekturen, Kreise) und die darunter liegende (de facto-) "Selbstverwaltungs"-ebene.

Verglichen mit diesen verblüffend simplen Traditionsmustern nimmt sich die Organstruktur der VR China geradezu chaotisch aus, und wohl in keinem anderen Bereich hat sich das politische Leben der Neuzeit so himmelweit von den traditionellen Vorbildern abgesetzt, wie gerade bei der organisatorischen Ausgestaltung.

Zwar sind die regionalen Institutionen denen der Tradition nach wie vor ziemlich ähnlich - zumindest prima facie, insofern nämlich auch jetzt noch die 1:3:1-Gliederung vorherrscht (Zentrale-Provinzen-Kreise-Gemeinden-

Selbstverwaltungsebene), doch wird bei genauerem Hinsehen bereits deutlich, daß sich die Regionalgliederungen inzwischen verschoben haben und eine Stufe weiter "nach unten gerutscht" sind: Während in der Kaiserzeit der Staat bereits auf Kreisebene endete, reicht er jetzt bis zur Gemeindeebene hinunter, so daß die Sphäre der Selbstverwaltung heutzutage weitaus tiefer angesetzt ist als in den vergangenen Jahrhunderten (Art.30, Verf. 1982) (manchmal ist auch von einem 1:4:1-Schema die Rede, wobei zu den drei erwähnten Regionalebene noch der Bezirk - qu, oder diqu [78] - mit hinzugerechnet wird).

Was andererseits die Spitzengliederungen der Zentrale anbelangt, so lassen sich nicht einmal noch äußerliche Gemeinsamkeiten feststellen. Zwar ist, wie schon in der Vor-Ming-Zeit, die "Staatskanzlei" (in diesem Fall: der "Staatsrat", guowuyuan) [79] wieder eingeführt und damit ein oberstes regierungsamtliches Leitungsorgan für die Ministerien installiert worden, doch fehlt es darüber hinaus an Organen, die den übrigen sheng-Ämtern auch nur von fern gleichen - kein Wunder, da es ja keinen Kaiser mehr gibt, sondern an seiner Stelle mehrere Einzelpersonlichkeiten sowie das Politbüro und das ZK den Ton angeben, die sich jeweils eigene Apparate zugelegt haben. Auch die Ausgestaltung der staatlichen Organe läßt jedes Déjà-vu vermissen: So wäre es, um hier nur ein Beispiel zu erwähnen, nahezu absurd, allen Ernstes des Staatspräsidenten mit dem traditionellen Huangdi in Parallele zu setzen, zumal ja die Position des Präsidenten "zwischen durch", d.h. von 1967 bis 1982, kurzerhand aus dem Verfassungsleben gestrichen und personell überhaupt nicht mehr besetzt worden war!

Auch von den alten "Sechs Ministerien" sind so gut wie keine Spuren zurückgeblieben. Ressorts wie das Ritenministerium haben sich ohnehin überlebt, während die Aufgaben der anderen fünf Ministerien inzwischen auf alle möglichen Ministerien, Kommissionen und sonstige, direkt dem Staatsrat unterstellte Ämter übergegangen sind.

Der moderne "Staatsrat" (guowuyuan), der sich seit 1954 eine Zeitlang aus zwei bis drei Dutzend Ministerien und etwa einem halben bis einem Dutzend Kommissionen zusammensetzte (die

Zahl schwankte im Lauf der Zeit erheblich), ist inzwischen allerdings, zumindest was die Zahl der Ressorts anbelangt, wieder schlanker geworden, nachdem sich zahlreiche Wirtschaftsministerien in den 80er Jahren in Konzerne umgewandelt haben, die weniger bürokratischen, als vielmehr Management-Gesichtspunkten zu folgen versuchen - man denke beispielsweise an das ehemalige Schiffbauressort oder an das halbe Dutzend Maschinenbauministerien.

Bis zu ihrer Auflösung waren die Fachressorts, allen voran die wirtschaftsbezogenen Einheiten, keine "Ministerien" im westlichen Sinne, sondern eher Konzernleitungen, deren Zuständigkeitswarrumpel dem Außenstehenden allerdings häufig Kopfzerbrechen bereitete. So gehörte beispielsweise die Produktion für bestimmte Wasserturbinen nicht etwa, wie man hätte erwarten können, zum Ministerium für Bewässerungsfragen und auch nicht zu einem der zahlreichen Maschinenbauministerien, und schon gar nicht zum Energieressort, sondern zum Ministerium für Metallurgie, soweit nämlich der mit den Turbinen erzeugte Strom für Aluminiumgewinnung Verwendung fand.

Im Gegensatz dazu glichen die "Kommissionen" - organisatorische Relikte aus der Yan'an-Zeit - eher westlichen Ministerien.

Die Ministerpräsidenten allerdings kamen dem Bild des traditionellen Staatskanzlers ausnahmsweise etwas näher als die von ihm verwalteten Ressorts den alten Ministerien. Die "Kanzler" waren schon in China der Kaiser machtvolle Gestalten und sind es auch in der Volksrepublik geblieben - man denke an Zhou Enlai (1949 bis 1975), Hua Guofeng (1975 bis 1980), Zhao Ziyang oder aber Li Peng.

Ein chinesischer Ministerpräsident hat nicht nur den politischen und administrativen Aufgabenbereich eines Premierministers westlichen Zuschnitts zu bewältigen. Er ist darüber hinaus (oder war es zumindest lange Zeit) oberster Planungschef in Wirtschaftsangelegenheiten, Chef der staatlichen Landwirtschaftsfarmen, oberster Banker, höchste Instanz des Wissenschaftsmanagements, oberster Richtliniengeber für die staatlich gelenkte Presse und darüber hinaus auch de facto oberste Gerichtsstanz und oberster Staatsanwalt.

Erst die Autonomiebewegung, die in den 80er Jahren zur Unabhängigkeit vieler Betriebe - und teilweise auch zur Trennung von Behörden und KP-Gremien - geführt hat, ließ diesen nahezu unbeschränkten Zuständigkeitsbereich etwas zusammenschumpfen. Im Jahre 1993 gab es 9 Kommissionen, 29 Ministerien, 2 Organe auf Ministerialebene (Volksbank und Rechnungshof) sowie etwa zwei Dutzend Arbeitsorganisationen direkt unter dem Staatsrat, sei es nun die Nachrichtenagentur Xinhua, die Akademie der Wissenschaften, das Staatsbüro für Meteorologie oder das staatliche Büro für Tourismus.⁸⁹

Und die Parallele zum Zensorat?

Hier hat sich in der Volksrepublik kein eigener Apparat mit demonstrativ herausgehobenen Kontrollbefugnissen entwickeln können. Vielmehr sind die Aufsichts- und Kontrollmechanismen auf mehrere Institutionen übergegangen. Angesichts des Führungsmonopols der KPCh sowie des Instrumentalcharakters von Staat, Armee und Massenorganisationen konnte dies auch gar nicht anders sein, da der Partei ja nicht nur Führungs-, sondern auch Kontrollaufgaben zukamen. Insofern hat sich hier ein gewisser Rückschritt gegenüber den Institutionen der kaiserlichen Zeit ergeben, bei denen Führung, Ausführung und Kontrolle noch stark voneinander getrennt waren.

Häufig haben die volksrepublikanischen Medien mit einem gewissen Stolz betont, daß das Konzept der Gewaltentrennung in einem Staat, der vom "Volk", d.h. von den Angehörigen der arbeitenden Klasse, getragen wird, überflüssig sei. Ein solcher Staat habe die *Einheit* des Volkes - und nicht etwa institutionelles Mißtrauen in Form einander ausbalancierender Gewalten - zum Ausdruck zu bringen.

Hatte das Zensorat durchaus noch die Möglichkeit gehabt, einen Kaiser ins Gebet zu nehmen, so wäre dergleichen nach 1949, vor allem aber im Zeichen des kulturevolutionären Spätmaoismus undenkbar gewesen: welch ein Rückschritt gegenüber der Tradition!

Gleichwohl vollzieht sich Kontrolle, wie bereits betont, nicht nur über einen einzigen Kanal, sondern ist auf mehrere Instanzen verteilt, so daß sich trotz aller Verflochtenheit am Ende

doch wieder die Möglichkeit einer Balance einstellt, auch wenn es hierbei seit 1949 extreme Ausschläge gegeben hat.

Systematisch lassen sich Partei-, Staats- und Militärkontrolle unterscheiden.⁹⁰

- Was zunächst die *Parteikontrolle* anbelangt, so beaufsichtigt der Apparat in dreifacher Weise, nämlich ganz allgemein durch die Parteausschüsse, ferner durch die "Parteigrundorganisationen", d.h. die Zellen, nicht zuletzt aber auch durch eigene "Parteikontrollausschüsse", die 1956 eingeführt, dann wieder abgeschafft und schließlich nach 1979 abermals zu neuem Leben erweckt wurden.

- *Staatskontrolle* vollzieht sich durch die Dreieinigkeit von Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichten. Das Ministerium für Öffentliche Sicherheit (gong'anbu) [80] beim Staatsrat steuert die Sicherheits(polizei)-Ämter auf allen Ebenen, wobei der Polizei nicht nur die klassische-"negativen" Aufgaben der Gefahrenabwehr (Verbrechensbekämpfung etc.) obliegen, sondern auch "positive" Aufgaben wie Propaganda, Registrierung, Statistik und - bis 1979 - auch die formelle Überwachung der sog. "Schlechten Elemente" (d.h. der Grundherren, Reichen Bauern, Konterrevolutionäre sowie die der Rechten und der Schlechten Elemente).

Daneben steht das erst 1954 gegründete "Überwachungsministerium" (jianchabu) [81], dem die Aufgabe obliegt, Amtsverstöße von Kadern aller Ebenen zu untersuchen und zu ahnden, vor allem Fälle von Korruption, Bestechung und Amtsmissbrauch.⁹¹ Dieses Ressort, das zumindest seinen Befugnissen nach dem traditionellen Zensorat noch am ehesten gleicht, war bereits fünf Jahre nach seiner Gründung - und zwar im Zuge der "Drei Roten Banner"-Kampagne - wieder abgeschafft, dann allerdings, nach Ablauf von 26 Jahren (!), am 2. Dezember 1986 wieder eingerichtet worden. Landesweit unterhält es "Überwachungsämter" (jiancha jiguan) [82], bei denen die Bevölkerung Anzeigen gegen Amtsmissbräuche erheben kann.⁹²

- Die *Militärkontrolle* schließlich ist ein Mittel, das auch jedesmal in Not- und Übergangszeiten Bedeutung erlangt hat, sei es nun in den Jahren unmittelbar nach 1949 oder aber im Zeichen der Kulturrevolution (1967 ff.).

Neben diesen Kontrollbürokratien gibt es noch einen wohlorganisierten Geheimdienst, der sich auf vier Organe verteilt, und zwar auf zwei Staats- und zwei Parteiinstitutionen, nämlich auf das bereits erwähnte "Ministerium für Öffentliche Sicherheit", des weiteren auf das "Ministerium für Staatssicherheit" (guojia anquanbu), drittens auf das "ZK-Ermittlungsbüro" (diaochabu) und nicht zuletzt auf die ZK-Kommission für Politik und Recht (zhengfa weiyuanhui) [83].⁹³

All diese "Sonderdienste" (tewu) [84] haben allerdings kaum Gemeinsamkeiten mit dem traditionellen Zensurat. Eine der Hauptaufgaben des "Ministeriums für Staatssicherheit" besteht beispielsweise darin, Kontakte zwischen ausländischen Journalisten und der chinesischen Bevölkerung zu überwachen und dadurch an der Wahrung von "Staatsgeheimnissen" mitzuwirken. Dient das Ministerium eher der Defensive, so das ZK-Ermittlungsbüro überwiegend der "Offensive" im Ausland. Zu Beginn der Kulturrevolution, 1966, entsandte diese Dienststelle beispielsweise Sonderagenten in sämtliche Botschaften der VRCh, um dort Indoktrinierungs- und Sanktionsaufgaben zu übernehmen. Im Anschluß an das Beijinger Massaker von 1989 dürfte es ähnliche Entsendungsaktivitäten gegeben haben.

Die "ZK-Kommission für Politik und Recht" schließlich ist hauptsächlich Koordinationsinstrument für das gesamte Sicherheits- und Geheimdienstwesen. Offensichtlich hat dieses Gremium die Aufgabe, u.a. auch die verschiedenen Geheimdienste so zu kontrollieren, daß sie der Spitzenführung nicht gefährlich werden können - auch dies eine Art Versuch der Balancepolitik! Man vergesse nicht, daß fast alle Reformen um Deng Xiaoping während der Kulturrevolution Opfer des Geheimdienstimperiums von Kang Sheng gewesen waren und daß es ihnen daher am Herzen liegen mußte, hier kein gegnerisches Monopol mehr aufkommen zu lassen.

Wie wirkungsvoll die chinesischen Geheimdienste arbeiten können, ist im Zusammenhang mit den Studentendemonstrationen vom Frühjahr 1989 deutlich geworden: Kein ausländischer Fernsehfilm, der nicht ausgewertet, und kein auch nur halbwegs aktiv hervorgetretener Studenten- und Arbeit-

tervertreter, der von den Spitzeln nicht auf Video festgehalten oder aber fotografiert worden wäre. Die von Yang Shangkun im Zusammenhang mit dem Massaker aufgestellte "Gruppe 6/1" hatte am Ende eine schwarze Liste von rd. 10.000 Verdächtigen zur Verfügung, die sich bei der Verfolgung der "Konterrevolutionäre" trefflich verwerten ließ.⁹⁴

In diesem Zusammenhang soll nicht unerwähnt bleiben, daß sich Geheimdienste schlecht mit dem chinesischen Danwei-Denken vertragen: sind doch die Danweis, d.h. Grundeinheiten wie Nachbarschaften, Dörfer oder Fabrikbelegschaften, so sehr auf gegenseitige Sozialkontrolle geeicht, daß sich ein Geheimpolizist, tauchte er dort tatsächlich einmal auf, wie ein Fremdkörper ausnahm - ja als solcher so gleich entdeckt und belächelt würde.

Spionage- und Geheimdienste sind also nur im Transdanweibereich sinnvoll und können dort in der Tat auch wirksame Dienste leisten.

In der VRCh hat das Zensurat also kaum Spuren hinterlassen, um so mehr dagegen in der Republik China - und hier wiederum auf Taiwan. Innerhalb der auf Sun Yixian zurückgehenden "Fünf-Gewalten-Verfassung", die auch in die Konstitution der Republik China von 1947 eingegangen ist, befindet sich bekanntlich auch ein sog. "Kontroll Yuan" (jiancha yuan) [85], der neben dem Gesetzgebungs-, dem Exekutiv-, dem Justiz- und dem Prüfungsyuan zur gegenseitigen Ausbalancierung der Gewalten beitragen soll. Wie bereits erwähnt, wurden die beiden traditionellen Aufgabenbereiche der Prüfungsüberwachung und der Kontrolle von Sun den drei aus dem Westen übernommenen klassischen Gewalten hinzugefügt.

Heutzutage ist der Kontroll Yuan neben der Nationalversammlung und dem Gesetzgebungs Yuan eines von insgesamt drei Zentralparlamenten, deren Abgeordnete direkt vom Volk gewählt werden. Auch wenn der Kontroll Yuan im Zeichen des drei Jahrzehnte dauernden Kriegsrechts nicht normal funktionieren konnte, hat sich sein Eigengewicht doch in dem Augenblick bemerkbar machen können, als die Demokratisierungsbewegung auf Taiwan Boden unter die Füße bekam.

Zurück zur VRCh: Insgesamt gibt es in der reformerischen Verfassung von 1982 sieben Staatsorgane, von denen der Staatspräsident, der Staatsrat und vielleicht auch noch die Zentrale Militärkommission gewisse Parallelen zur Tradition aufweisen.

Neu und ohne traditionelle Vorgänger sind dagegen der "Nationale Volkskongreß", die lokalen Volkskongresse, die Organe der Selbstverwaltung in Minderheitengebieten und die Justizorgane. Volkskongresse konnte es in der Tradition schon deshalb nicht geben, weil den "kleinen Leuten" keinerlei "Herrschaft" zugestanden worden war. Diese lag vielmehr ausschließlich beim Kaiser! Freilich waren die "Volkskongresse" auch in der VRCh lange Zeit nicht sehr viel mehr als bloße Akklamationskulissen. Solange übrigens die KPCh mit Erfolg auf den Fortbestand ihres Führungsmonopols pocht, bleibt die "Volksouveränität" nicht sehr viel mehr als ein bloßes Lippenbekenntnis! Insofern gibt es zwischen dem nicht existenten Volkskongreß der alten Zeit und dem "real existierenden" modernen Kongreß dann doch wieder eine gewisse Ähnlichkeit - die Machtlosigkeit nämlich!

Von den im Traditionsteil (5.1.2) erwähnten drei Dualismen sind auch im modernen politischen System nicht wenige Elemente lebendig geblieben, vor allem die Dauerspannung zwischen Zivil- und Militärapparaten (ausführlich dazu Teil 4.2 dieser Serie). Daneben haben sich auch immer wieder Ansätze zur Herausbildung von Inneren Kabinetten - und damit von Spannungen zu den "äußeren Organen" ergeben (ausführlich dazu 3.2.1). Überspitzt ausgedrückt hätte man auch hier eine Zeitlang von Widersprüchen zwischen Hof- und Staatsämtern sprechen können (ebenda).

5.2.3

Die Funktionsweise des Führungssystems der VRCh

Hauptcharakteristikum des "Nerven"-Systems der VR China - und damit der Dreiheit von Informationsbeschaffung, Beschlußfassung und Ausführungskontrolle - ist, wie schon im traditionellen Reich der Mitte, das Vorherrschen einer einzigen Partei, die dem Leitsatz des Konfuzius folgt, daß der "Edle gesellig, aber nicht parteiisch" ist (qun er bu dang) [86].⁹⁵ Das Wort "Partei" soll-

te man in diesem Zusammenhang wegen der negativen Bewertung, die ihm im konfuzianischen Sprachschatz zukommt, eher als "Clique" oder "Klünge!" wiedergeben. Hand in Hand mit dem Postulat von der Einheit zwischen Regierung und Volk sowie zwischen Staat und Gesellschaft ging in den konfuzianischen Gesellschaften auch immer schon die Ablehnung von Gruppierungen, die partikularistische Interessen vertreten.

Kein Wunder, daß auch heute noch nahezu alle metakonfuzianischen Staaten zum Einparteiensystem hin tendieren, und zwar nicht nur in den drei "realsozialistischen" Systemen Chinas, Nordkoreas und Vietnams, sondern auch in den fünf so ungemein wirtschaftsfreundlichen und offiziell westlich orientierten Gesellschaften Japans und der "Vier kleinen Tiger". Vor allem die Art und Weise, wie z.B. die singapurische "People's Action Party" mit ihren Konkurrenzparteien in den vergangenen Jahrzehnten umgesprungen ist, spricht Bände. Nirgends wird hier gegnerischen Parteien Ehrlichkeit, Integrität oder auch nur die geringste Berechtigung eigenständiger Anliegen zugetraut! Auch in Japan hält die LDP seit ihrer Gründung i.J. 1955 (bis zum -voraussichtlich kurzzeitigen - "Interregnum einer Siebenparteien-Koalition i.J. 1993) permanent die Zügel in der Hand, und selbst in Taiwan haben die im Zuge einer rasch um sich greifenden Demokratisierung neuentstehenden Parteien einen schwierigen Stand gegenüber der nach wie vor omnipotenten Guomindang!

Was nun die VRCh angeht, so gibt es dort zwar acht offiziell anerkannte nichtkommunistische Parteien, doch sind diese bei näherem Hinblicken nichts anderes als bloße Massenorganisationen, die sich letztlich am Führungsmonopol der KPCh zu orientieren haben, wenn sie nicht Gegenschläge einstecken wollen. Dieser offizielle "Monopolismus" der Führungs- und Staatsorgane will freilich keineswegs besagen, daß es im politischen System der VR China überhaupt keine Nebenkräfte gibt, die auf die Informationsbildung oder auf die Beschlußfassung einzuwirken vermögen. Wie schon im traditionellen China haben sich nämlich auch in der Volksrepublik zahlreiche informelle Gruppierungen und Seilschaften herausgebildet, die,

welches sachliche Interesse sie auch immer vorschützen mögen, zumeist um eine bestimmte Persönlichkeit herum gruppiert sind, also immer noch den uralten Gesetzen des Personalismus gehorchen.

Dieser spezifische "Monopolismus" ist bei der nachfolgenden Betrachtung der "drei Nervenstränge" stets im Auge zu behalten.

5.2.3.1

Informationswesen

5.2.3.1.1

Gegentraditionen von Yan'an

Seit die sinokommunistische Revolution i.J. 1927 von den Städten auf die Dörfer "wanderte", begannen sich auf ihrer Oberfläche schnell wieder die Fingerabdrücke traditioneller Bauernrevolutionen abzuzeichnen.

Vor allem wurden jetzt die Schranken zwischen Bürokratie und Bevölkerung, zwischen innerdienstlichem Schriftverkehr und öffentlicher Propaganda, zwischen oben und unten sowie zwischen "innen" und "außen" radikal niedergedrückt. Das Informationswesen sollte, wie Mao Zedong in seinem Geleitwort zur Zeitschrift *Kommunist* vom 4. Oktober 1939 betonte, in Zukunft "Massencharakter" tragen⁹⁶ und sich einer "volkstümlichen Sprache" bedienen.⁹⁷ "Tote Schablonen, hölzerne und abgedroschene Artikel" seien unbedingt zu vermeiden. Die Sprache müsse ernsthaft, gleichwohl aber auch auf Präzision bedacht sein und sich einer "verhältnismäßig einheitlichen" Terminologie bedienen. Noch viele Jahre später, nämlich 1949, beklagte Mao in diesem Zusammenhang, daß es während der Bodenreform sogar Auffassungsunterschiede darüber gegeben habe, was unter "Mittelbauern" und was unter "Großbauern" zu verstehen sei.⁹⁸ Die Informanten, also Kader, Schriftsteller, Künstler oder Lehrer, sollten sich nicht darauf beschränken, "vom Pferderücken aus die Blümlein auf der Erde zu betrachten", sondern "vom Pferd heruntersteigen und sich den Blumen zuneigen" (zou ma kan hua) [87].⁹⁹

Die "richtigen Ideen der Menschen" fielen nicht vom Himmel, und sie seien auch nicht angeboren, sondern ergäben sich einzig und allein aus der gesellschaftlichen Praxis, d.h. aus dem "Produktionskampf, dem Klassen-

kampf und dem wissenschaftlichen Experiment". Letztlich sei es immer wieder das "gesellschaftliche Sein des Menschen", das von seinem Denken Besitz ergreife. Sobald die so entstandenen "richtigen Ideen" einmal in die Köpfe der Massen eingegangen seien, verwandelten sie sich in eine "materielle Gewalt, welche die Gesellschaft und die Welt umgestaltet". Was aber ist "richtig"? Im allgemeinen sei "richtig", was Erfolg bringt, und falsch, was in Fehlschlägen endet. Zu einer richtigen Erkenntnis gelange man oft erst nach einer vielfachen Wiederholung und dem vielfachen Übergang von der Praxis zur Erkenntnis und wieder von der Erkenntnis zur Praxis.¹⁰⁰ Ganz in diesem Sinne wurden die Funktionäre während der Yan'an-Zeit systematisch hinunter an die "Produktionsfront" entsandt. Reste dieser Praxis lebten auch nach 1949 immer wieder auf, so die "Entsendung der Kader hinunter in die Dörfer und hinauf auf die Berge" (ganbu xia xiang shang shan) [88] in den 50er Jahren, das "dundian" [89] (wörtl.: sich zwecks Problemlösung an einen "Fleck hocken") in den frühen 60er Jahren und die Entsendung in "Kaderschulen des 7.Mai" (wuqi ganxiao) [90] in den späten 60er Jahren.

Ein solches "Hinuntersenden" von Amtsträgern wäre im kaiserlichen China undenkbar gewesen. Damals genoß der traditionelle Guan (Beamte) nicht nur höchstes gesellschaftliches Ansehen, sondern war überdies auch von der Steuerzahlung und nicht zuletzt von jenen Arbeitsdiensten befreit, wie sie sonst jedem Chinesen vom "Ministerium für Öffentliche Arbeiten" auferlegt wurden.

Undenkbar, ihn zu "gewöhnlichen Arbeiten" auf das Feld oder in einen Handwerksbetrieb zu entsenden. Ganz im Gegensatz dazu der moderne Ganbu, der in den Kampffahren die Pflicht hatte, "Vier Gemeinsamkeiten und eine Übermittlung" (si tong yi tong) [91] mitzutragen, nämlich mit den Massen gemeinsam zu essen, zu wohnen, zu arbeiten, zu diskutieren sowie die Informationen und die Beschlüsse der Partei an die Basis zu übermitteln.

Diese so typisch maoistische Politik der "Massenlinie" im Informationswesen vermochte die alten Beamtentraditionen allerdings nur für wenige Jahrzehnte beiseitezuschieben; spätestens mit Beginn der Reformen nämlich

wurde die jahrelang "erlittene" Politik des Xiafang von der Kaderschaft als so diskriminierend empfunden, daß es keine Führung mehr gewagt hätte, ihnen nochmals ähnliche "Opfergänge" zuzumuten.

Damit aber kehrte die Informationspolitik wieder zum alten dualistischen Schema zurück.

5.2.3.1.2

Informationspolitik im Zeitalter der Reformen

Hatte es bis zum Ende der Kulturrevolution noch ein Tauziehen zwischen der "Massenlinie" und der "dualen Linie" im Informationsbereich gegeben, so setzte sich spätestens mit Beginn der Reformen eindeutig das schon in der Tradition übliche Kommunikationssystem wieder durch. Die zu unterrichtende Öffentlichkeit gliederte sich jetzt erneut in amtliche (neibu) [92] und nichtamtliche Empfänger. Mehr noch: Selbst innerhalb der Bürokratie wurden die Informationen nach Rangstufen verteilt, so daß sich schon bald wieder "Informationshierarchien" herausbildeten und - weil Wissen ja Macht ist - Hand in Hand damit auch Machthierarchien.

Beibehalten wurde im übrigen eine bereits während der Yan'an-Zeit sowie in der Volksrepublik 30 Jahre lang gepflegte Praxis, nämlich die "Parteilichkeit" (dangxing) [93] der Informationsgehalte.

Im einzelnen:

5.2.3.1.2.1

Die Kommunikation zwischen Bürokratie und Bevölkerung

Bürokratien sind ihrer Natur nach öffentlichkeitsfeindlich, in China aber wird diese Tendenz noch durch eine vielhundertjährige Tradition bürokratischer Nabelschau und amtlicher Zugeknöpftheit bestärkt. Nicht nur das Reich als solches war von einer Großen Mauer umgeben, abgeschottet gab sich auch die kaiserliche Bürokratie.

Diese Tradition hat sich bis in die Volksrepublik hinein weitervererbt. Zwar gab es hier jahrzehntelang Lippenbekenntnisse zur "Massenlinie", mit deren Hilfe angeblich der "Bürokratenstil" (guanyang wenzhang) [94] beiseitigt werden sei. Eine "Öffentlichkeit" wurde damit freilich nur herbeigeredet, nicht jedoch wirklich geschaffen,

zumal ja dieser Begriff ohnehin nicht in den Kontext der chinesischen Gesellschaft hineinpassen will - auch nicht in den des Neuen Reichs der Mitte.

Bekanntlich stammt der Terminus "Öffentlichkeit" aus dem Europa des 19. Jh., in dessen Verlauf das Bürgertum als gesellschaftlich verhältnismäßig homogene Schicht ("Bildungs- und Besitzbürgertum") dem Staat gegenüberzutreten begann, um ihm Rechte und Zugeständnisse abzutrotzen. "Öffentlichkeit" wurde damit zu einer Art drittem Bereich zwischen privater und staatlicher Sphäre, der sich in Form öffentlicher Diskussionen und öffentlicher Konfliktaustragungen manifestierte. "Öffentlichkeit" konnte freilich auch hier nur unter dem Schutz von Grundrechten auf Meinungs- und Pressefreiheit ausgetragen werden.

An all diesen Voraussetzungen fehlt es in China, wo ja bekanntlich abweichende Meinungen entweder als "revolutionsverdächtig" (im kaiserlichen China) oder aber als "konterrevolutionär" (VRCh!) abgestempelt zu werden pfleg(t)en. Hinzu kommt, daß die Obrigkeit sowohl im traditionellen als auch im modernen China von Vorstellungen der "Einheit zwischen Staat und Gesellschaft" ausgeht (dazu vorher 3.2.5.1). Warum solle es angesichts einer solchen Verschmelzung zu "dualistischen" Aufspaltungen kommen!? Das Postulat der Einheit zwischen Führung und Volk gehört zu den Grundelementen des politischen Denkens im Reich der Mitte, und zwar unabhängig davon, ob die Führung von Konfuzianern oder aber von "Marxisten" wahrgenommen wird. Wer sich den Einheitsvorstellungen nicht beugt, ist ein herausstehender Nagel, den es einzuschlagen gilt.

Beim Einheitspostulat handelte es sich wieder einmal um eine jener zahlreichen Leerformeln, die bis in die Gegenwart mitgeschleppt werden. Wie nämlich ein Blick auf die Wirklichkeit zeigt, ist es geradezu absurd, von einer "Verschmelzung" zwischen Führung und Volk auszugehen. Bedürfte es dazu noch eines Beweises, so erbrächte ihn u.a. die täglich praktizierte Informationspolitik, die streng zwischen neibu-Adressaten und allgemeiner Öffentlichkeit unterscheidet. Ein Beispiel aus der Praxis des "dualen" Informationswesens möge zeigen, was hiermit gemeint ist:

1983 erschien in der amerikanischen Zeitschrift *Christian Science Monitor* ein positiv-kritischer Bericht über Taiwan, der in der Volksrepublik sogleich auf drei Ebenen weiterverarbeitet wurde:

In den *Cankao Ziliao* [95] ("Vergleichsmaterialien"), d.h. einem Presseauszugsblatt, das nur Spitzenkadern zugänglich war, erschien der Artikel ungekürzt. In den *Cankao Xiaoxi* [96] ("Vergleichsnachrichten"), einem Presdienst für Subalternbeamte sowie für Mitglieder von Massenorganisationen, waren die allzu lobbedachten Stellen durch entsprechende Streichungen retuschiert worden, und in der Fassung, wie sie schließlich in der allgemein zugänglichen Tagespresse erschien, kamen überhaupt nur noch die kritischen Anmerkungen "herüber".

Diese Veröffentlichungspolitik folgte m.a.W. dem damals im "Realsozialismus" weltweit üblichen Standardschema, demzufolge die Massenkommunikationsmittel sechs Funktionen wahrnehmen sollten, nämlich Agitation und Propaganda, Organisation, Erziehung, Information, Kritik und Selbstkritik sowie Kontrolle.¹⁰¹ Information war hier also nur noch ein unbedeutender - und häufig auch noch untergeordneter - Bestandteil der Kommunikationspolitik. Wollte jemand wirklich wissen, "was Sache ist", so hatte er gefälligst einer höheren Partei- oder Staatsgliederung anzugehören und nicht nur ein gewöhnliches Mitglied der Massen zu sein!

Kein Wunder, daß die Bevölkerung angesichts dieses ständigen Mauerns der Kommunikationspolitik die offiziellen Presseorgane schon bald nicht mehr zu Rate zog und sich, wo immer möglich, "echte Informationen" auf illegalem Wege, z.B. über das Abhören amerikanischer Radiosender, verschaffte.

Mit Veröffentlichungsfragen pflegten Partei und Staat nicht zu spaßen. Im April 1993 wurde beispielsweise ein illegaler "Verleger", der angeblich zwischen November 1988 und Juli 1989 1,8 Mio. illegale Schriften vertrieben hatte, wegen tateinheitlichen Verstoßes gegen Publikations-, Wirtschafts- und Antipornographiebestimmungen zum Tode verurteilt. Da nach dem Bericht¹⁰² als einzig wirklich greifbarer Schaden eine Steuerhinterziehung aus-

zumachen war, die für sich noch keine Todesstrafe gerechtfertigt hätte, läßt sich die Schwere des Urteils nur damit erklären, daß ein Exempel in ordnungspolitischer Hinsicht statuiert und die Öffentlichkeit erneut dafür sensibilisiert werden sollte, daß Verstöße gegen die staatliche Kontrolle im Preswesen kein Kavaliersdelikt sind!¹⁰³

Es beweist die Klarsicht und den Mut der Reformier um Zhao Ziyang, daß sie angesichts dieses beklagenswerten Verhältnisses zwischen Partei und Bevölkerung versuchten, im Rahmen der politischen Reformen, die beim XIII. Parteitag (1987) beschlossen wurden, auch "Konsultation und Dialog in der Gesellschaft" durchzusetzen. Nachdem die chinesischen "Massen" jahrzehntelang von monologisierenden Parteisekretären und Agitprop-Kadern gelangweilt worden waren, mußte es in der Tat ein vorrangiges Ziel sein, den Monolog wieder durch einen "kollektiven Dialog" zu ersetzen, der bei jeder Danwei, also z.B. in der Fabrik oder in der Nachbarschaft, beginnen und dann nach oben hin weitergeführt werden sollte. "Dialog und Konsultation" könnten, so die Erwartung der Reformier um Zhao, ein Ventil für die "kommunikative Bearbeitung" brisant gewordener Probleme liefern und so weitere Zuspitzungen abbauen helfen. "Klappt die Verständigung, so wird auch besser gearbeitet" - dies etwa war der Grundgedanke der reformerischen Vorschläge. Am 28. Januar 1989 veröffentlichte die *Renmin Ribao*¹⁰⁴ überdies die "Ausführungsregelungen für politische Konsultation und demokratische Überwachung", die von der "Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes", also dem Dachorgan der Massenorganisationen, erlassen worden waren. In den Regeln präsentierte sich die "Konsultativkonferenz" als eine Art nationaler Ombudsmann, der seine Dienste für die Vermittlung von Konflikten zwischen staatlichen Stellen, politischen Parteien und Privatleuten anbot. Diese "Regeln" hatten keinen Gesetzgebungscharakter, sondern waren als "generelles Dienstleistungsangebot" einer einflußreichen gesellschaftlichen Organisation gedacht. Alles in allem sollten sie der Entsorgung eines Dilemmas dienen, das bereits im China der Kaiser bestanden hatte, nämlich der Sprach- und Verständnislosigkeit zwischen Bürokratie und Bevölkerung. Die "Regeln" blieben allerdings praktisch in der

Schublade liegen, da es schon kurze Zeit nach ihrem Erlaß zu den Ereignissen vom Juni 1989 - und damit zu einer noch weiteren Vertiefung des Grabens - kam.

Die ohnehin systemimmanente Geheimnistuerei der "Obrigkeit", die allen "Massenlinien"-Bekennnissen und aller postulierten Einheit zwischen Führung und Volk zum Trotz weiterbesteht, wurde noch zusätzlich verstärkt durch die Gesetzgebung, die mit ihren Vorschriften über "Staatsgeheimnisse" dem Geist einer wirklich sozialistischen Gesellschaft ein weiteres Mal fundamental entgegenarbeitete. Hätte es noch eines Beweises bedurft, daß sich die chinesische Bürokratie keine Öffentlichkeit wünscht, so wäre er durch das "Gesetz zum Schutz der Staatsgeheimnisse" (baocun guojia mimifa) [97] vom 5.9.1988 erbracht worden.¹⁰⁵

Paradoxerweise heißt es dort (§ 1) in einem Atemzuge, daß der Zweck des Gesetzes darin bestehe, mit Hilfe des Geheimnisschutzes die Staatssicherheit aufrechtzuerhalten, den elastischen Fortgang der Reformen sowie die Öffnung zur Außenwelt zu ermöglichen (sic!) und so zur sozialistischen Modernisierung beizutragen. Inwiefern Geheimniskrämerei die Strukturreform und die Türöffnung fördern soll, wird wohl immer das Geheimnis des chinesischen Gesetzgebers bleiben!

Gemäß § 3 werden die Angehörigen aller Staatsorgane, militärischen Truppenteile, politischen Parteien, sozialen Organisationen und Wirtschaftseinheiten, aber auch die einzelnen Staatsbürger zum Geheimnisschutz verpflichtet. Eigene Sicherheitsorgane (guojia baomi gongzuo bumen) [98] haben Kriterien für den Geheimnisschutz auszuarbeiten und über deren Einhaltung zu wachen (§ 5). Zu den "Staatsgeheimnissen" gehören nach 8 Informationen über wichtige Staatsangelegenheiten, über die Verteidigung, die "nationale Wirtschaft und soziale Entwicklungen" (sic!), über Wissenschaft und Technologie, über Staatssicherheit u. dgl. mehr. Auch Geheimnisse "politischer Parteien" (gemeint ist hier wohl vor allem die KPCh) gelten als "Staatsgeheimnisse" in diesem Sinne! Drei Kategorien werden unterschieden, nämlich "absolut geheim", "sehr geheim" und "geheim" (§ 9). Gemäß § 10 wird der jeweilige Grad von den Ge-

heimnisschutzbehörden festgelegt, die auch die Zeitdauer des Schutzes (§ 14) sowie, wo immer möglich, eine vorzeitige Freigabe (§ 15) zu dekretieren haben. Geheimnisse dürfen nicht vervielfältigt, nicht durch die normale Post versandt und auch sonst nicht in der Öffentlichkeit angesprochen werden (§ 24). Undichte Stellen sind bei Strafe sogleich zu melden.

Da Chinas Staats- und Parteibürokraten erfahrungsgemäß - ob nun aus Opportunismus oder aber aus Überzeugung - gegenüber der "Öffentlichkeit" von abgrundlosem Mißtrauen erfüllt sind, wird jede praktisch auch nur einigermaßen substantielle Information vorsichtshalber gleich schon einmal, wie bereits in der guten alten Zeit, mit einem Geheimnisstempel versehen. Es wäre ja noch schöner, wenn sich Arbeiter oder Bauern - und nun gar Intellektuelle - eine eigene Meinung bilden könnten, die von derjenigen der Parteibürokratie abweiche! Zustände wie die vom Dezember 1986 oder aber vom Mai 1989 wären dann die Folge! Bemerkenswert in diesem Zusammenhang waren Klagen der Studenten, daß sie über die wirklichen Vorgänge in China am Ende nur durch westliche Medien instruiert würden - eine Schande sei dies! Bezeichnenderweise wurde auch die Mitteilung Zhao Ziyangs an Gorbatschow, daß nämlich innerhalb der KP-Spitzenführung der Grauen Eminenz Deng Xiaoping in allen wichtigen Fragen das letzte Wort gebühre, als "Verrat von Staatsgeheimnissen" gewertet - als ob dieses "Geheimnis" nicht auch dem letzten China-Beobachter bekannt gewesen wäre!

Kein Wunder, daß durch diesen Entzug von Öffentlichkeit die Passivität - und staatsbürgerliche Unmündigkeit - perpetuiert wird - und dies in einer Gesellschaft, die vorgibt, "sozialistisch" zu sein, also im Dienste der maximalen Partizipation der Basis zu stehen!

Offiziell obliegt den Medien - neben Agitprop, Erziehung, Organisation, Kritik/Selbstkritik und Kontrolle - auch eine *fakten-bezogene* Informationspflicht, doch schlägt in der Praxis immer wieder die *meinungs-*orientierte Mitteilungsweise durch, die nach Ansicht der KPCh-Führung wesentlich bewußtseinsstrukturierender wirkt als jede noch so gründliche Sachinformation. Vor allem in Ausnahmezeiten,

wie den Jahren der Kulturrevolution und den Wochen nach dem 4. Juni 1989, pflegt die Information von der "Agitation und Propaganda" total überschattet zu werden.

Ursächlich für den im Alltag praktizierten Informationsdualismus ist nicht nur die dem "Realsozialismus" offensichtlich inhärente Furcht vor den offiziell doch so hochgepriesenen "Massen", sondern überdies auch der Einfluß einer 2.000jährigen Bürokraten-tradition, deren Informationsgehabe ebenfalls in hohem Maße "wasserdicht" (man denke an die sprachliche Verklausulierung!), wenn nicht konspirativ war!

Aus dieser Praxis ergibt sich eine Geheimniskrämerei, die übrigens nicht nur in China, sondern auch in Japan zu Hause ist, vor allem in japanischen Großfirmen. So haben fast 90% der in japanischen Betrieben angestellten deutschen Manager 1993 die Meinung geäußert, daß die japanischen Vorgesetzten ihre Position nur behaupten, weil sie über exklusive, nur ihnen bekannte Informationen verfügten, wobei sich im konkreten Fall, nämlich bei der Beschäftigung deutscher Manager in japanischen Deutschlandfilialen, die japanische Sprache als einfachstes Abschottungsmittel erwies. Paradoxe Weise wünschen angeblich über 80% der Nippon-Unternehmen in Deutschland keine Führungskräfte mit Japanischkenntnissen. Solche Kenntnisse seien nach einem Ondit "schon fast ein Kündigungsgrund".¹⁰⁶

5.2.3.1.2.2

Duale Kommunikation auch innerhalb der Bürokratie

Mauern gibt es im modernen China (wie bereits im alten Reich der Mitte) freilich nicht nur zwischen Bürokratie und Bevölkerung, sondern auch innerhalb der Bürokratie. Hätte es für ein duales Kommunikationssystem auch innerhalb der Kaderschaft eines Beweises bedurft, so wäre er durch § 27 des oben bereits zitierten Geheimnisschutzgesetzes von 1988 erbracht worden. Dort heißt es nämlich, daß Staatsgeheimnisse auf solche Personen beschränkt bleiben müßten, die sie für ihre Arbeit brauchen. Diese Klausel (xian yu yiding fanweide ren: "begrenzt auf einen genau festgelegten Bereich von Personen") [99] trägt, wie keine andere Regelung, dazu bei, die für China so typischen Informationshie-

rarchien zu schaffen, deren Zustände kommen durch scheinweise Zuteilung von Informationen gewährleistet wird. Wenn es zutrifft, daß "Wissen Macht ist", so stellt diese Stratifizierungsmethode "via Geheimnisschutz" sicher, daß "die da oben" auf alle Fälle mächtiger bleiben als die Subalternkader oder gar die Massen, denen nur gefiltertes Material zugeht. "Staatsgeheimnisse" sind, so gesehen, weniger ein Mittel zur Geheimhaltung gegenüber dem "Ausland" als vielmehr homöopathische Dosen zur ranggemäßen Machtverteilung.¹⁰⁷

"Indiskretionen" erfolgen hier nicht durch Weitergabe an die Presse, sondern durch "Weiterflüsterung" an solche Personen und Instanzen, die nach dem internen Machtverteilungsplan eigentlich gar nicht in den Besitz solchen Wissens kommen sollten.

Streckenweise fühlt man sich hier an die Praktiken der Kangxi- und der Yongzheng-Periode zurückerinnert; denn ursächlich für die "konspirative" Nachrichtenübermittlung ist ja keineswegs nur der "leninistische" Arbeitsstil, sondern mehr noch die alte Bürokrantendition, die auch in den Köpfen der Ganbu noch weiterwirkt und die in Form der zitierten "Geheimnis"-Vorschriften eine neue Einkleidung gefunden hat. In der Tat - "Glasnost" (gongkaixing) [100] hat es nach wie vor schwer im Reich der Mitte!

Ihrer *technischen* Handhabung nach läßt sich die Kommunikation innerhalb der Bürokratie in drei Kategorien aufgliedern, nämlich in schriftliche (Dokumente), direkt-mündliche (Konferenzen) und indirekt-mündliche (Telefonkonferenzen) Mitteilungen.

Was erstens die *Dokumenten-Praxis* anbelangt, so ist die Guerillazeit der 20er und 30er Jahre mit ihrem an der "Massenlinie" orientierten Informations- und Diskussionsstil längst wieder in Vergessenheit geraten und hat altvertrauten Archivierungstraditionen Platz machen müssen.

Zwar gibt es heutzutage nicht mehr die gleiche glasklare Dokumenten-Nomenklatur, wie sie in den Kanzleien beispielsweise der Qing-Dynastie gepflegt wurde, doch mangelt es andererseits keineswegs an einer Fülle von Termini, die Assoziationen an damals wachrufen.

Ob es präzise innerbehördliche Anweisungen über die Benutzung bestimmter Bezeichnungen für bestimmte Dokumente gibt, ist dem Autor nicht bekannt. Zumindest in der *Gongbao* lassen sich solche Regelungen nicht finden - und sind dort eigentlich auch gar nicht zu erwarten, da es sich bei solchen innerbehördlichen Regelungen um typische "Neibu" ("innerministerielle")-Angelegenheiten handelt, die nicht publiziert zu werden pflegen.

Aus der Tatsache jedoch, daß immer wieder über die verwirrende Nomenklatur geklagt wird, ist zu schließen, daß sich ein definitives Schema nach wie vor nicht herausgebildet hat. Selbst bei "allgemeinverbindlichen Regelungen", die über den innerministeriellen (neibu-) Bereich hinausgehen, mangelt es immer noch an einer hinlänglich präzisen Terminologie. Für die "Zehntausende von Bestimmungen", heißt es beispielsweise in einer typischen Klage,¹⁰⁸ hätten sich in den letzten Jahren 40 bis 50 verschiedene Bezeichnungen eingeschlichen: manche hießen "Gesetze" (fa), andere "Regelungen" (tiaoli), wieder andere "Allgemeine Regeln" (tongze), "Kurzregelungen" (jianze) oder einfach "Regeln" (guizhang); wiederum andere trügen so verschiedene Bezeichnungen wie "Resolutionen" (jueyi), "Beschlüsse" (jueding), "Bestimmungen" (guiding), "Anzeigen" (zhishi), "Mitteilungen" (tongzhi), "Bekanntmachungen" (tonggao), "Methoden" (banfa), "Pläne" (fang'an), "detaillierte Ausführungsbestimmungen" (shishi xize), "Ausführungsmethoden" (shishi banfa) [101] usw.

Es ist anzunehmen, daß dieses Bezeichnungsschaos nicht nur bei allgemein verbindlichen Regelungen, sondern auch bei innerbürokratischen Verwaltungsanordnungen, Weisungen usw. besteht.

Es ist aber nicht nur die traditionelle Terminierungswut, die im modernen China nahezu ungebrochen weiterwirkt, sondern auch die alte Archivierungsbesessenheit:

In den Jahren des Umbruchs nach 1949, vor allem aber während der Kulturrevolution, war präzise Archivarbeit zwar etwas vernachlässigt worden; immerhin aber hatte es, wie die Offenlegung zahlreicher Akten und Dokumente durch Rotgardisten in den Jah-

ren 1966 ff. bewies, auch in den Jahren nach 1949 eine durchaus beachtliche Dokumentationsarbeit gegeben.

Mit dem Ende der revolutionären Stürme und der Rückkehr einer wieder betulicheren Beamtschaft hat freilich auch das ewige Schreiben und Berichten (baogao) [102] wieder zugenommen - und damit auch wieder das "ewige" Archivieren.

Im 7.Fünfjahresplan (1986/90) hieß es beispielsweise ausdrücklich, daß die Archivierungsarbeit wieder intensiviert werden müsse. Die Archive seien in den Dienst der "Vier Modernisierungen" zu stellen.

Bereits während des 6.Fünfjahresplans (1981/85) waren die ersten nachkulturrevolutionären Archive eingerichtet worden. 1985 gab es in der VRCh insgesamt 3.004 Archive auf den verschiedenen Ebenen und für die verschiedensten Fachgebiete, in denen 70 Mio. Urkunden aufbewahrt wurden.¹⁰⁹

1987 traten ein Archivgesetz und 1990 "Ausführungsbestimmungen für das Archivgesetz" in Kraft.

Inzwischen hat sich ein umfangreiches mehrschichtiges Archivnetz herausgebildet. Neben allgemeinen gibt es spezielle Staatsarchive (z.B. für Wissenschaft, Technik, Bauwesen und Filmwesen), Abteilungsarchive (in Behörden), Betriebsarchive (in Wirtschaftsunternehmen) und Institutsarchive. Von 1980 bis 1990 stieg die Zahl dieser Einrichtungen von 2.300 auf 3.522, das aufbewahrte Schriftgut von 26,6 Mio. auf 104 Mio. Stück bzw. Bände.

Waren die Archive früher für die Öffentlichkeit hermetisch verschlossen, so hat sich nach Erlaß des Archivgesetzes wenigstens ein Türspalt geöffnet: So wurden beispielsweise bis 1990 von den Allgemeinen Staatsarchiven der verschiedenen Ebenen 82 Mio. Schriftstücke an über 20 Millionen Besucher ausgeliehen.¹¹⁰ Inzwischen gibt es auch bereits einen internationalen Austausch. Ende 1991 hatte China einschlägige Beziehungen mit acht Ländern entwickelt. Auch ein Computernetzwerk befindet sich im Aufbau.

Daneben bleiben zahlreiche Archive im wesentlichen der Bürokratie vorbehalten, wie umgekehrt der "Bürokratismus im Dokumentenwesen" eine

weithin beklagte Krankheit geblieben ist. Er äußert sich meist in den allzu langsamen Schriftstück-"Reisen" durch die verschiedenen Instanzen. In der Staatlichen Planungskommission ging z.B. 1985/86 der für ein größeres Maschinenprojekt vorgesehene Plan durch die Hände von nicht weniger als 39 Amtspersonen und brauchte 88 Tage, ehe er gebilligt wurde. Ein weiteres Dokument blieb sogar 181 Tage lang im Behördengestrüpp hängen. Durchschnittlich brauchte die Prüfung für jedes größere Bauprojekt 57 Tage. Der Hauptgrund für dieses Schnecken tempo liege, wie es in einer Beschwerde heißt, darin, daß "einige führende Kader ausschließlich damit beschäftigt sind, nach Macht zu streben, statt sich um ihre eigentlichen Amtsaufgaben zu kümmern".¹¹¹ Eine ähnliche Beschwerde hätte es auch bereits 300 oder 500 Jahre früher geben können! La Chine perpétuelle!

Was die zweite Art der innerbürokratischen Kommunikation, nämlich den *mündlichen* Austausch angeht, so hat sich in seinem Bereich ebenfalls eine Fülle von Bezeichnungen eingebürgert, die als solche schon beweisen, wie wichtig das "kaihui" [103] (wörtl.: "Versammlungen abhalten") in der politischen Welt Chinas ist. Man kann geradezu von einer "Kaihui-Mentalität" sprechen. Die Formen, in denen das Kaihui stattzufinden pflegt, sind unten näher zu beschreiben.

Die dritte Spielform des Informationsaustausches, nämlich die (*indirekt-mündliche*) "Telefonkonferenz", hat, wie im Zusammenhang mit der Entscheidungsfindung noch näher darzulegen, bisher erstaunlich wenig Resonanz in der chinesischen Kaderschaft gefunden, da ihr das Salz, nämlich der *persönliche* Austausch, fehlt!

5.2.3.2

Beschlußfassung

Konspirativ wie das Informationswesen vollzieht sich in aller Regel auch die Entscheidungsfindung, die in Schlüsselfragen bei einer hauchdünnen Zahl von Personen liegt, wengleich der eigentliche Beschluß post festum von stärker besetzten Gremien offiziell abegesegnet zu werden pflegt, sei es nun vom ZK oder von dem bereits mehrere tausend Personen umfassenden Nationalen Volkskongreß.

Nichts trifft in der VRCh-Praxis weniger zu als der in allen bisherigen Verfassungen so plakativ verankerte

Grundsatz, daß "alle Macht vom Volke ausgeht"; denn die eigentlichen Entscheidungsträger werden entweder überhaupt nicht - oder zumindest nicht als solche gewählt; vielmehr leiten sie ihren Führungsanspruch - ähnlich wie schon im traditionellen China - zwar nicht gerade vom "Himmel", wohl aber von einem marxistischen Sendungsauftrag ab, der die KPCh als "Vorhut der chinesischen Arbeiterklasse, als treue Vertreterin der Interessen der Volksmassen aller Nationalitäten Chinas und als führenden Kern für die Sache des Sozialismus in China" definiert, und der als endgültiges Ziel die Schaffung des kommunistischen Gesellschaftssystems anpeilt.¹¹²

Innerhalb dieser (selbsternannten) "Vorhut" sind es einige wenige Spitzenfunktionäre, von denen in Wahrheit "alle Macht ausgeht".

Die Position dieser Machtträger läßt sich mit Hilfe eines aus vier konzentrischen Ringen bestehenden Modells veranschaulichen:

Zur allerhöchsten Führungsspitze, der man die Mitglieder des Politbüros, die Militärregionalkommandanten, die Ersten Provinzsekretäre und die Mitglieder der Zentralen Militärführung, der ZK-Bürokratie sowie der Ständigen Konferenz des Staatsrats zurechnen kann, gehören rd. 90 Personen.

Als erster Ring um diesen Kern legt sich eine Schicht von rd. 2.000 Funktionären, zu denen etwa 600 Provinzspitzenkader, darunter Stellvertretende KP-Sekretäre, 200 Vizegouverneure, die Mitglieder des Ständigen NVK-Komitees, die Minister, die Spitzenrepräsentanten der Massenorganisationen, einige Militärführer und auch noch wenige Repräsentanten aus Kunst und Wissenschaft gehören.

Den zweiten Ring bilden jene rd. 80.000 Personen, die Positionen "vom Stellvertretenden Amtsleiter und Abteilungsleiter sowie vom Stellvertretenden Divisionskommandeur aufwärts" bekleiden.

Eine dritte Schicht besteht aus etwa 450.000 Personen, die "vom Stellvertretenden Kreisdirektor aufwärts" anzusetzen wären.

An vierter Stelle schließlich folgen noch rd. 9 Millionen "Parteikader".

Bei großzügigster Auslegung kommt man also auf eine Machtelite von gerade rd. 10 Mio. Personen; faßt man den Kreis dagegen realistischerweise etwas enger, so könnte man die Begrenzungslinie für die "Entscheidungsträger" schon gleich hinter den 450.000 Kreisfunktionären ziehen.¹¹³

Ob man nun die extensive oder aber die restriktive Interpretation wählt - in jedem Fall machen die Entscheidungsträger, gemessen an der Gesamtzahl der chinesischen Bevölkerung, nur einen winzigen Bruchteil aus, d.h. etwa zwischen 0,05% und 1%!

Dies sind Zahlenwerte, wie sie bezeichnenderweise auch bereits für das kaiserliche China gegolten haben! Der Autor hat an anderer Stelle¹¹⁴ bereits ausführlich begründet, warum China nach alledem nicht als "sozialistische" Gesellschaft, sondern als "Übergangsgesellschaft auf dem Weg zum Meta-konfuzianismus" bezeichnet werden sollte.

Dieses Modell eines nach konzentrischen Ringen abgestuften Kreises von Entscheidungsträgern muß im Auge behalten werden, wenn man die nachfolgend zu skizzierenden Entscheidungsprozesse verstehen will. Ständig nämlich laufen Initiativen, Konsultationen, Beratungen, Abstimmungen und Rückversicherungsabsprachen von innen nach außen und von dort wieder zurück. Zwar fallen die Entscheidungen, wie oben erwähnt, zumeist in kleinstem Kreise, sei es nun im Ständigen Ausschuß des Politbüros, des Politbüropenums oder des ZK, in aller Regel werden sie jedoch auf Versammlungen ("Kaihui") vorbereitet und "vorabgeklärt".

Zu diesem Zweck haben sich Konferenzen der verschiedensten Machart herausentwickelt:

- Besonders beliebt sind *Arbeitskonferenzen* (gongzuo huiyi) [104], die auf allen Ebenen, besonders häufig auch zwischen Ministerien, zwischen den verschiedenen Provinzen oder aber zwischen Ministerien und Provinzen als Kommunikationsbrücken eingeschaltet werden, und die sich sowohl im Partei- als auch im Staatsrahmen bewährt haben. Eine "Arbeitskonferenz" stand beispielsweise am Anfang der schicksalhaften Reformen vom Dezember 1978. Die Zusammenkunft

war ursprünglich nur auf drei Tage anberaumt, zog sich dann aber unter heftigen Auseinandersetzungen 43 Tage lang hin, wobei es um nicht weniger als den Abschied vom maoistischen Zeitalter und den Beginn einer neuen Epoche ging!

- Häufig genannt neben den Arbeitskonferenzen werden auch *Expertentreffen* (zhuanke bumen huiyi) [105], bei denen, wie der Name schon sagt, typische Expertenfragen zur Sprache kommen, seien es nun Preis-, Energie- oder Technologietransfer-Themen.

- Beliebt sind auch *Symposien* (zuotan huiyi) [106] und *Kopf-Zusammenstoß-Konferenzen* (pengtou huiyi) [107], bei denen es, wie schon die Bezeichnung verrät, nicht immer nur harmonisch zugeht, und bei denen außerdem weniger eine bestimmte Entscheidung als vielmehr eine "Vereinheitlichung des Denkens" angestrebt wird.

- *Transmissionstreffen* (chuanda huiyi) [108] dienen vor allem der Weiterübermittlung von Informationen oder von Entscheidungen auf der Drei-Ebenen-Achse (Provinzen-Kreise/Städte-Gemeinden). Während sich diese *Transmissions- oder Übermittlungskonferenzen* eher von oben nach unten richten, ist es bei den "Erfahrungsaustauschtreffen" (jiaoliu huiyi) [109] gerade umgekehrt, da hier das empirische Wissen ausgesuchter Einheiten, die als Modelle herausgestellt werden sollen, zur Weiterverbreitung nach oben vermittelt wird.¹¹⁵

- Eine moderne Spielform des "Kaihui" ist schließlich noch die *Telefonkonferenz*, die das Kommunikationswesen innerhalb der chinesischen Bürokratie anfangs zu revolutionären schien, die aber, wie sich nach Jahrzehnten der Praxis herausgestellt hat, an den überkommenen Gedankenaustauschformen nicht allzuviel geändert hat. Vor allem fehlt es solchen Konferenzen, bei denen die einzelnen Büros über eine Konferenzschaltung untereinander kurzgeschlossen werden, am persönlichen "Feedback" (huibao) [110] und an all dem Nebenritual, das seit unvordenklichen Zeiten guanxibegründend wirkt.

Eine weitergehende Rolle scheint das System der Telefonkonferenz offensichtlich nur bei Großkampagnen gespielt zu haben, wie z.B. bei den "Drei Roten Bannern" von 1958 ff. und zu Beginn der Kulturrevolution.

Ansonsten aber neigt die bürokratische Praxis eher den alten Wegen der innerbürokratischen Kommunikation zu.

Wie all diese Konferenzinstitutionen zeigen, wird in der modernen Bürokratie nicht einfach befohlen oder gehorcht. Kein Kader in Partei oder Verwaltung, der die "im demokratischen Zentralismus" verankerte Forderung, daß die "untere Ebene der höheren zu *gehören* habe", wortwörtlich nähme. Zwar wird sich bei einem Tauziehen auf Biegen und Brechen meist die höhere Ebene durchsetzen, doch wäre dies am Ende ein Pyrrhussieg, da die unteren Ebenen ja nicht mit leeren Händen dastehen, sondern der Zentrale mit Do-ut-des-Erwartungen gegenüberstehen, sei es nun, daß sie ihre am Ende allemal unentbehrliche Kooperation anbieten, sei es, daß sie Rohstoffe besitzen oder sei es, daß sie schlimmstenfalls mit dem Zaunpfahl ihres Blockadepotentials winken.

Die verschiedenen Teile der Bürokratie befinden sich, wie schon zu Kaisers Zeiten, in einem permanenten Prozeß des Kompromisseschließens, des Mit-einanderrivalisierens und des Kuhhandels.

Den größten Teil seiner Zeit verbringt ein höherer Funktionär im Zweifel damit, für seine Grundvorstellungen Partner zu finden und gleichzeitig seine Gegner ex ante zu neutralisieren. Es gilt die Maxime: "Kratzt du meinen Rücken, kratz ich deinen Rücken".

Das permanente "Kaihui" pflegt dem Ganbu damit gleichsam zur zweiten Natur zu werden. Immer wieder hört man Klagen, daß ihm angesichts ständiger Versammlungen und Konferenzen für andere Arbeiten kaum noch Zeit bleibe. Nicht formal verwalten, sondern moderieren, abgleichen, Kompromisse schließen, Baogan-Ver einbarungen aufbauen u. dgl. mehr - dies ist der Hauptinhalt chinesischer "Verwaltungs"-praxis.

Ganz in diesem Sinne werden auch ständig Kompromiß- und Gleichgewichtslösungen zwischen Beijing und den einzelnen Provinzhauptstädten sowie zwischen Provinzen und Kreisen versucht. Selbst bei den großen Planungs-, Projektzuweisungs- und Subventionsvergaben fallen kaum jemals einseitige Entscheidungen; vielmehr setzen sich auch hier der Parteisekretär

tär und der Gouverneur einer Provinz auf der einen und der zuständige Beijinger Ressortchef auf der anderen Seite an den Verhandlungstisch. Nirgends wird mehr "geschachert" als im Verhältnis zwischen Zentrale und Provinzen.

Da viele chinesische Kader ständig mit solchen Verhandlungen und Arrangements beschäftigt sind, haben sie sich eine Verhandlungsgewandtheit zugelegt, die ausländischen Geschäftspartnern fast ausnahmslos Respekt abnötigt - und die übrigens auch gefürchtet ist, weil der chinesische Ganbu dem Grundsatz, daß "Zeit Geld ist", nur selten gehorcht.

An diesen Kaihui-Gewohnheiten läßt die Bürokratie kaum rütteln; sind sie doch fast so alt wie das chinesische Kaiserreich! Dies verkannt zu haben, war der Hauptfehler aller bisherigen Anläufe zur "Verwaltungsvereinfachung". Was "vereinfacht" werden müßte, sind nicht Aufbaustrukturen oder Personalbestände, sondern Kommunikationsmethoden; diese aber sind das Familiensilber der chinesischen Bürokratie, das sie sich unter keinen Umständen aus den Händen nehmen läßt. Selbst in den Yan'an-Jahren war die "Ermittlungsaussprache" (diaochahui) [111] die einfachste und am leichtesten durchzuführende, die sicherste und zuverlässigste Methode. "Sie hat mir", wie Mao ausdrücklich versichert,¹¹⁶ "viel Nutzen gebracht und war eine bessere Schule als jede Universität." Wann immer Mao dieses Thema anspricht, verfällt er in ein wahres Pathos: Seine Partner bei den "Ermittlungsaussprachen" seien Bauern, Kaufleute und Steuerbeamte gewesen - "sie alle waren meine geschätzten Lehrer, und ich, als ihr Schüler, pflegte mich ihnen gegenüber ehrerbietig, lerneifrig und kameradschaftlich zu verhalten; andernfalls hätten sie mit mir nichts zu tun haben wollen und mir nichts mitgeteilt, obwohl sie viel wissen... Für eine Ermittlungsaussprache braucht man nicht viele Teilnehmer: Es genügt, wenn man dazu 3-5 oder 7-8 Personen einlädt... Stets muß man sich allerdings von dem Übel der Hochnäsigkeit befreien und ein wirklich lernwilliger Schüler werden; denn die wahren Helden sind die Massen, wir selbst aber sind oft naiv bis zur Lächerlichkeit." Mao hatte damals allerdings die Hände noch wirklich am Puls der "Massen". Jahrzehnte später sind

diese "kostbaren" Aussprachemethoden zwar immer noch nicht verschwunden, inzwischen freilich nach gutem chinesischem Brauchtum fester Bestandteil des innerbürokratischen Alltags geworden.

Entscheidungen werden, wie die bisherigen Ausführungen gezeigt haben sollten, auch im modernen China noch auf möglichst behutsame Art und Weise gefällt. Dies gilt bereits für das Frühstadium des Prozesses: Kommen Anregungen von oben ("Weisungen") oder aber von unten ("Petitionen"), so beginnt zunächst einmal das Sekretariat (mishu si) [112] des zuständigen "Büros" (bangong shi) [113] mit dem Registrieren. Das Sekretariat, das ja nicht nur in seiner westlichen, sondern auch in seiner chinesischen Wortwurzel "Geheimnisse" enthält, hat seine zentrale Bedeutung, die ihm bereits in kaiserlicher Zeit zukam, bis heute beibehalten, da es nicht nur die Verteilung auf die einzelnen Abteilungen vornimmt, sondern jedes Dokument von Anfang an mit einer bestimmten Nomenklatur ("Direktive", "Zirkular", "Instruktion" etc.) einkleidet, und es außerdem abstempelt. Auch der Stempel trägt, wie schon im alten Reich der Mitte, das Gütesiegel der Autorität.

Anschließend beginnt die Unterabteilung, der das Dokument zugeleitet wurde, mit den Vorarbeiten zum Entscheidungsprozeß, indem sie von überall her Meinungen einholt. Bis zur Entscheidungsreife kann viel Zeit verstreichen. So mokiert sich die *Volkszeitung*¹¹⁷ über einen Fall der "36 Schritte", der 11 Einheiten durchlaufen mußte, ehe er nach über einem Monat endlich vorgelegt werden konnte. Die meisten der drei Dutzend "Schritte" seien schriftlich erfolgt, obwohl eigentlich auch eine telefonische Abstimmung ausgereicht hätte; die Bürokraten zögen jedoch verantwortungsscheu, wie sie nun einmal seien, den Schriftweg vor.

Die Entscheidung erfolgt im allgemeinen dadurch, daß der "führende Kader" des betreffenden Büros seine "Zustimmung" erteilt. Sodann kann das Dokument gedruckt, erneut abgestempelt und, mit verschiedenen Begleitdaten (Ort, Datum, ausfertigende Stelle, Nummernbezeichnung des Dokuments etc.) versehen, in Umlauf gehen. Viel Mühe wird im allgemeinen auch auf die präzise Festlegung des Adressaten

verwendet, da ja (aus den erwähnten "Geheimnisschutz"-Gründen) keine unbefugte Stelle in den Besitz von Informationen gelangen soll, die für sie nicht bestimmt sind.

Behutsamkeit herrscht aber nicht nur während des ganzen Beschlußverfahrens, also bei der "Eingabe" vor, sondern auch beim "Output". Wo immer möglich, wollen die Entscheidungsträger nämlich nichts von einer Endgültigkeit ihrer Entscheidungen wissen, sondern streben statt dessen *vorläufige* Lösungen an, weshalb auch vom Wort "provisorisch" (zhanxing) [114] verschwenderisch Gebrauch gemacht wird.¹¹⁸ Der Probabilismus in Form praxisorientierter Lösungsanläufe mit Hilfe von "Stichproben" (shidian) [115] feiert hier tagtäglich Triumphe und führt zu einer bewußt "weichen" Beschlußfassung.

So gibt z.B. die Zentrale eine Direktive aus, die den Handlungsrahmen für einzelne Provinzen festlegt. Daraufhin treten die Behörden der betreffenden Provinzen in Aktion, um geeignete Maßnahmen für die Ausfüllung dieser Rahmen zu treffen. Sie bilden beispielsweise einen Ad-hoc-Arbeitsausschuß, der den Zeitplan, den Personalbedarf und die Prioritäten festlegt. Falls die Aufgabe nicht sofort zu erledigen ist, wie erwähnt, werden "Stichproben" durchgeführt. In landwirtschaftlichen Angelegenheiten wird also z.B. zusätzlich auf die Verschiedenartigkeit der einzelnen Regionen Rücksicht genommen: So wählt man etwa "Stichprobengebiete" in Bergregionen, in Hügelregionen und im Flachland aus. Konzentriert sich das Programm auf rein sozialpolitische Ziele, z.B. auf Abschaffung irgendeines konkret bezeichneten "lokalen Aberglaubens" (unter diesen Begriff fallen zahlreiche örtliche Observanzen, die mit dem Makel der "feudalistischen" Vergangenheit behaftet sind), so werden verschiedene Schlüsseleinheiten mobilisiert, die sich möglichst arbeitsteilig auf "fortgeschrittene", auf "mittlere" und auf "zurückgebliebene" Regionen konzentrieren sollen.

Falls all diese Stichproben genügend Material erbracht haben, erfolgt eine Zusammenfassung und häufig auch die Aufbereitung zum "Modell" (yangban) [116].

Von den "Schlüsselgebieten" (zhong dian) [117] werden die Ergebnisse sodann auf das "Gesamtterritorium" (mian, wörtl.: "Fläche") [118] übertragen.

Damit ist die zentrale Direktive freilich noch lange nicht erledigt. Nunmehr gilt es nämlich, die vorgesetzten Behörden über die weitere Entwicklung auf dem laufenden zu halten. Die hierzu erforderlichen Berichte entstehen entweder in genau fixierten Intervallen (dingqi baogao) [119] oder aber "zwischen-durch" (bu dingqi) [120]. Manchmal entsendet die Zentrale ihre eigenen Untersuchungsteams, die dann an Ort und Stelle zusätzliche Berichte ausarbeiten (diaocha baogao) [121] und erforderlichenfalls auch die provinziellen Kader ins Gebet nehmen.

Manchmal empfiehlt es sich, Aufgaben direkt der persönlichen Verantwortung des Ersten Parteisekretärs der betreffenden Provinz zu übertragen und damit gleichzeitig an seine Loyalität zu appellieren. Außerdem besteht noch die Möglichkeit, die Mitarbeiter oder Abteilungschefs in den Provinz- und Kreisbehörden zu Arbeitskonferenzen zusammenkommen zu lassen und sie dort besonders zu schulen. Auch prophylaktische Überwachung durch permanente Indoktrination, also "innere Kontrolle", kann günstige mobilisatorische Wirkungen ausüben.

Flankiert werden die Arbeitskonferenzen bisweilen durch "Treffen" (hui), "Foren" (zuotan hui) und durch "Symposien zum Erfahrungsaustausch" (jingyan jiaoliu hui) [122].

Durch solche eng verflochtenen Maschensysteme von innerer und äußerer Kontrolle läßt sich gleichzeitig auch sicherstellen, daß keine "unabhängigen Königreiche" entstehen.¹¹⁹

Zum Abschluß dieses Kapitels sei noch darauf hingewiesen, daß die Wege der Beratung, der Informationssammlung und der Vorentscheidungen um so informeller sind, je höher die Entscheidungsebene liegt.

Auch heute noch dürfte es, wie schon zu Kaiser Kangxis Zeiten, für Spitzenfunktionäre entscheidend sein, daß sie ein Maximum an zusätzlichen informellen Nachrichten erhalten. Welchen Weg diese Informationsübermittlung allerdings nimmt, ist aus naheliegen-

den Gründen nicht bekannt. Es wäre jedoch ein Wunder, wenn die modernen Spitzenpolitiker hier wesentlich von ihren Vorgängern abwichen.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß duale Übermittlung von Informationen, konspirative Handhabung des Entscheidungsprozesses und häufige Verwendung informeller Verständigungskanäle charakteristisch für die innerbürokratische Arbeitsweise geblieben sind.

Neu ist allenfalls die Möglichkeit einer schnelleren Übermittlung von Entscheidungen durch Telefon, Telefax oder durch das Flugzeug.

5.2.3.3

Ausführungskontrolle

Beschlüsse sind das eine, ihre Durchführung das andere. Wie schon in China der Kaiser kommt es auch in der Volksrepublik China immer wieder vor, daß beides am Ende weit auseinanderklafft. Die Gründe dafür ließen und lassen sich zumeist auf drei Hauptursachen zurückführen, nämlich auf "Kosmetik", Boykott oder Unvermögen.

- *Kosmetik* ist zumeist dann an der Tagesordnung, wenn entweder (mehr oder weniger ungewollte) Fehler über-schminkt oder aber, was ungleich problematischer ist, wenn "befehlsgemäß" Jubelmeldungen abgegeben werden, wie sie beispielsweise im Zusammenhang mit dem "Großen Sprung" von 1958 und z.T. auch während der Kulturrevolution üblich waren, wobei die Vollzugsmeldungen nicht etwa schlechten Gewissens, sondern ganz im Gegenteil in dem Wunsche abgegeben wurden, auf diese Weise einer bestimmten politischen Richtung Beifall zu zollen und den hinter dieser Politik stehenden Politikern die eigene Loyalität zu bekunden.

- *Boykott* kommt zumeist dann ins Spiel, wenn der eine oder andere Ganbu, seinen "bürokratischen Giftschrank" öffnet und Strategien zu entwickeln beginnt, wie sie sich in einer Reihe gängiger "Faustregeln" niedergeschlagen haben, z.B.: "Ergreift die obere Ebene eine Maßnahme, trifft die untere Ebene eine Gegenmaßnahme" oder "Wenn du eine Maßnahme gegen mich ergreifst, ergreife ich eine gegen dich"¹²⁰ oder aber "Bu tong bu dong bu

guan" [123], d.h.: (einen Beschluß oder eine Entscheidung) "nicht durchlassen, nicht verstehen und nicht beachten".¹²¹

- Was das *Unvermögen* zur Durchführung anbelangt, so hängt es entweder mit der Unfähigkeit der einzelnen Ganbu oder mit der konkreten politisch-sozialen "Umgebung" zusammen - vielleicht aber auch mit der Undurchführbarkeit der "höheren Orts" getroffenen Entscheidung.

Noch zu Mao Zedongs Zeiten wurden alle drei Arten von Defiziten unterschiedslos über einen Leisten gezogen, nämlich den der "Politik": "Fehler" entstünden, hieß es damals, stets im Kopf und lägen nicht so sehr in der Natur der Sache. Für jedes Problem lasse sich eine Lösung finden, wenn man nur genügend engagiert ("Alles für die Revolution!") vorgehe und dabei "Eins in zwei teile". Wenn ein Soldat beim Schießen sein Ziel verfehlt, so liege der Hauptfehler genauso bei seiner mangelnden *politischen Einstellung* wie wenn ein Lkw-Fahrer mit seinem Gefährt wegen Motorschadens auf der Landstraße liegenbleibt oder aber ein Verwaltungskader einen Befehl nicht korrekt umsetzt.

Unter den Reformern hat sich diese Interpretation zwar "entpolitisiert", so daß jetzt auch *sachliche* Hindernisse anerkannt werden; letztlich freilich geht auch die reformerische Führung davon aus, daß das Fehlverhalten von Kadern nicht so sehr durch die objektive Umgebung als vielmehr durch mangelndes "Vertrauen" zwischen Bürokratie und Bevölkerung verursacht wurde. Die alte Devise des Konfuzius, daß nämlich die Kunst des Regierens in der Schaffung einer "Vertrauens"-Atmosphäre bestehe, hat hier m.a.W. eine Neuaufgabe gefunden.

Schon in der konfuzianischen Tradition gab es kein Recht auf Unvollkommenheit und auch keine "Fehlerfreundlichkeit". Pflicht war vielmehr die Richtigkeit des Selbst - und nach Möglichkeit die Selbstvervollkommnung, von der ja alles in der Welt abhing.

Die Hauptreaktionsmaßnahmen gegen mangelhafte Entscheidungsdurchführung sind daher bei Kaderverfehlungen entweder die politische Nachschulung (man denke an die kulturrevolutionären "Mao-Zedong-Studienkurse") oder aber die Werbung um das Ver-

trauen der Ganbu; kommt es doch vor allem auf eine "Erneuerung des Denkens" an, das durch "Überzeugungs- und Indoktrinierungsarbeit" herbeizuführen ist und das dazu beitragen kann, bei den Subaltern-"beamten Revancheüberlegungen oder aber jede Form von "Obstruktionismus" auszuschalten.

Auch bei der Ausführungskontrolle bleibt das "Regieren" letztlich ein "Richtigstellen", und alles Richtigstellen wiederum beginnt bei der "Selbstdisziplinierung" - dem klassischen "keji" [124].

Nachlässigkeiten im kleinen haben aus eben diesem Grunde immer auch schon ihre Auswirkungen im großen; daher die permanente Erziehung und daher auch die häufig drastisch-exemplarische Verfolgung von Einzelverstößen, die als eine Art "Generalprävention" gedacht ist.

Ex-post-Reaktionen sollen allerdings die Ausnahme bleiben. Gefragt ist statt dessen eine ex ante-Verhinderung von "Obstruktionismus" mit Hilfe "innerer Kontrolle".

Was nun die *äußere* Kontrolle der Beschlußdurchführung anbelangt, so ist hierfür ein "modernes Zensurat" zuständig, das jedoch nicht, wie noch im China der Kaiser, durch eine einzige Instanz, sondern durch mehrere Institutionen und Organisationen wahrgenommen wird, nämlich durch die oben bereits erwähnten Organe der "öffentlichen Sicherheit", der "Staatssicherheit" und der "Überwachung".

Neben diesen typisch staatlichen Organisationen gibt es auch noch Kontrollinstrumente der KPCh, nämlich zum einen den Parteivertreter (also "Politruk" oder "Politkommissar") in den einzelnen Danweis, zum anderen aber auch die Parteausschüsse und Partezellen, die eine Art "politischer Wachhund"-Funktion wahrzunehmen haben.

Nicht zuletzt hat sich aber auch die gute alte "persönliche Inspektion" am Leben erhalten, die von Parteibleuten bis hinauf zu Parteispitzenfunktionären bisweilen anonym wahrgenommen wird. So hielt sich beispielsweise das im Politbüro für Landwirtschaftsfragen zuständige Mitglied Tan Zhenlin im September 1964 einen ganzen Monat

lang in der Verkleidung eines "Professors für Landwirtschaftsfragen" bei einer Volkskommune der Provinz Hunan auf. Auch die Ehefrau des früheren Staatspräsidenten Liu Shaoqi, Wang Guangmei, begab sich fast zur gleichen Zeit unter falschem Namen in eine Volkskommune der unmittelbar an Beijing angrenzenden Provinz Hebei.

Diese Art des Vorgehens bildeten allerdings die Ausnahme, auf alle Fälle aber war sie neu: In der Vergangenheit wäre es mit der Würde eines Zensors ja kaum vereinbar gewesen, sich als Bauer oder als Handwerker zu verkleiden!

Häufiger als Einzelinspektionen sind Kontrollmaßnahmen von "Arbeitsgruppen" (gongzuo dui) [125], die im Auftrag eines Partei- oder Staatsorgans oder vielleicht auch eines einzelnen Politikers Untersuchungen durchführen und schriftliche Berichte ausarbeiten. Die regelmäßige Inspektionsarbeit freilich bleibt zumeist dem modernen Zensurat, nämlich den lokalen Parteiorganen, überlassen.

5.2.4

Das tripolare Spannungsgefüge

Bei der Analyse des "tripolaren Spannungsgefüges" ("Himmel" - "Obrigkeit" - Volk) wurde dem Beziehungsgeflecht "Himmel-Obrigkeit" im Traditionsteil (dazu 5.1.4.1) ein zentraler Stellenwert beigemessen, während die Konstellation "Obrigkeit-Volk" weniger stark zum Tragen kam. Maßgebend für diese Gewichtung waren die bekannten, in dieser Serie schon mehrfach dargelegten staatsphilosophischen Spekulationen und Praktiken im China der Kaiser.

Im Zusammenhang mit dem modernen China, das die Gewichte zumeist expressis verbis ganz auf die "Massen" hin verschoben hat, gilt es, gerade umgekehrt zu verfahren.

Gleichwohl sei das im ersten Teil benutzte Gliederungsschema aus *darstellungstechnischen* Gründen auch hier beibehalten, vor allem was die dem ersten Teil zugrunde liegenden Untergliederungen "Macht - Zeremoniell - Nachfolge" anbelangt.

5.2.4.1

Reste von Tianxia-Traditionen?

5.2.4.1.1

Die "Macht" - nach wie vor geheimnisvoll entrückt

Im Traditionsteil wurde auf die drei Haupteigenarten der chinesischen Vorstellungen von Macht hingewiesen, die sich mit den Stichworten "außermenschlich, Ausstrahlung, Selbstlegitimierung" charakterisieren lassen.

Die Auffassungen der volksrepublikanischen Führung wurden demgegenüber zwar stets höchst säkular dargestellt, doch tauchen hinter der "weltlichen" Diktion immer wieder transzendente Bezüge auf - und, verstohlen manchmal, auch religiöse Termini. Zu besonderer Berühmtheit hat es in diesem Zusammenhang ein Essay Maos aus dem Jahre 1945 gebracht, der den Titel "Yu Gong versetzt Berge" trägt, und der im Verlaufe der Kulturrevolution von jedem Schüler und von jedem Aktivisten auswendigzulernen war. Mao erzählt dort das altchinesische Gleichnis vom "närrischen Greis Yu Gong" [126], der eines Tages beschließt, jene zwei Berge, die den Weg vor seiner Haustür versperren, mit Hacke und Spaten abzutragen. Ein anderer Greis, der "Weise Alte" genannt, hält dieses Vorhaben für verrückt und für völlig undurchführbar. Yu Gong aber sagt ihm ins Gesicht: "Sterbe ich, bleiben meine Kinder; sterben die Kinder, bleiben die Enkelkinder, und so werden sich die Generationen in einer endlosen Reihe ablösen. Diese Berge sind zwar hoch, aber sie können nicht mehr höher werden." Anschließend macht er sich daran, Tag für Tag die Berge abzutragen. "Das aber rührte Gott und er schickte zwei seiner Boten auf die Erde, die beide Berge auf dem Rücken davontrugen." Mao fährt dann fort, daß "gegenwärtig ebenfalls zwei große Berge schwer auf dem chinesischen Volk lasten, nämlich der Imperialismus und der Feudalismus." Die KPCh sei entschlossen, diese beiden Berge abzutragen und "wir müssen unermüdlich arbeiten, bis wir ebenfalls Gott (shangdi) [127] rühren. Unser Gott aber ist niemand anderer als die Volksmassen Chinas. Wenn sich das ganze Volk erhebt, um mit uns gemeinsam die Berge abzutragen, warum sollen wir sie dann nicht wegschaffen können!?"¹²²

Shangdi, der "Oberste Himmelherrscher" und die "Volksmassen" werden hier also in *einem* Atemzug genannt! Passend dazu wird den "Massen" prometheische "Schöpferkraft" zugesprochen, also wiederum eine göttliche Eigenschaft, die mit der maoistischen Prämisse einhergeht, daß alles, was den Interessen der Massen dient, im tiefsten Grunde "richtig" sei - altchinesisch ausgedrückt: dem Dao entspricht!

Kein Zweifel, daß hier viele transzendente Vorstellungen zusammenschließen, gegen deren assoziierende Kraft der nach außen hin so säkulare Wortschatz nicht zu bestehen vermag!

Wer das "Richtige" tut, wird übermenschlich stark; keine Macht der Welt kann ihm Einhalt gebieten - er wird gleichsam zum Vollzieher des himmlischen Willens. Damit aber bestätigt sich erneut das alte Wortspiel des Konfuzius, daß "Regieren" nichts anderes ist als "Richtigstellen" (zheng = zheng) [128].

Kein Wunder auch, daß sich der "Mächtige", d.h. der "Exekutor des himmlischen Willens", auch in der Volksrepublik immer wieder auf "Gesetzmäßigkeiten der Geschichte" und auf "richtige Formeln" beruft: früher auf den "Himmelswillen" (tianming), zu Mao Zedongs Zeit auf die "Massenlinie" (luxian) und im Zeitalter Deng Xiaopings auf "Reform und Öffnung".

Vor allem die Berufung auf die "Massenlinie" (qunzhong luxian) [129] wirkte manchmal wie der Rückgriff auf eine "Zauberwaffe" (fabao) [130], mit deren Hilfe sich der erwünschte revolutionäre Erfolg gleichsam herbeizwingen ließ.

War in der kaiserlichen Tradition Wert auf "richtiges", d.h. li-gemäßes Verhalten gelegt worden, so hatten die Maoisten den Akzent auf den "richtigen" Arbeitsstil verschoben: "Die Meinungen der Massen sammeln und konzentrieren und sie wieder in die Massen zurücktragen, damit sie konsequent verwirklicht werden, und damit sich in der Führung richtige Ansichten herausbilden - dies ist die grundlegende Führungsmethode."¹²³ Die Prämisse, die dieser Führungsmethode zugrunde liegt, ist der Glaube an die "unbegrenzte Schöpferkraft der Volksmassen"

(wuxiande chuangzaoli) [131]. Diese gottgleiche Omnipotenz der Volksmassen, die in den Jahren der Auseinandersetzungen mit Japan und mit der Guomindang wahre Wunder gewirkt hatte, wurde vom "Vorsitzenden" vor allem 1955 wieder beschworen, als es galt, die Umwandlung bäuerlicher Betriebe in Genossenschaften schneller als ursprünglich vorgesehen voranzutreiben... und den zögerlichen Kontrahenten innerhalb der KPCh eine Gardinenpredigt zu halten, die ihnen die "wahre Macht der Massen" erneut vor Augen führen sollte:¹²⁴ Das Volk - und nur das Volk - sei die Triebkraft der Geschichte, heißt es in Maos Kommentaren zum Aufbruch der Genossenschaftsbewegung. Wenn 100 Millionen Bauern ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen - wer könnte sie dann noch bremsen!? Innerhalb von nur drei Jahren könnten sie den genossenschaftlichen Zusammenschluß durchpeitschen¹²⁵ und dabei mit ihrer Energie eine "Sturmflut entfachen, in der alle Dämonen und bösen Geister versinken".¹²⁶ Die von ihnen eingeleitete sozialistische Umgestaltung sei ein "welterschütterndes Unterfangen".¹²⁷

Aufgabe der politischen Führung sei es einzig und allein, die Massen genügend nachdrücklich über ihre *eigenen* Interessen und Intentionen aufzuklären und so den "Lebensnerv" freizulegen.¹²⁸ Die "Massenlinie" also sei es, die den "richtigen Weg" aufzeige und die millionenfache Kräfte freisetze, um in kürzester Zeit all jene Fragen einer Lösung zuzuführen, die im Laufe der Geschichte unbeantwortet geblieben seien. Auch hier wieder der indirekte Verweis auf quasi-religiöse Kräfte, auf den "richtigen Weg" und auf das oben bereits erwähnte alte Wortspiel des Konfuzius, daß "Führen nichts anderes als Richtigstellen" sei.

Im Traditionsteil wurde bereits erwähnt, daß zwischen "Macht besitzen" und "Macht ausüben" eine tiefe Kluft besteht. Bei genauerem Hinsehen verhält es sich hier im modernen China nicht sehr viel anders als im traditionellen Reich der Mitte: Auch die modernen "Kaiser" - angefangen von Jiang Jieshi über Mao Zedong bis hin zu Deng Xiaoping - leben zurückgezogen in ihren "Palästen" (in Beijing ist dies nicht zufällig der altehrwürdige Zhongnanhai-Bezirk!), wobei sie die Ereignisse aus dem Hintergrund beobachten. Anders als der westliche

Durchschnittspolitiker, der sich tagtäglich vor die Fernsehkamera oder vor das Mikrofon drängt, wahrt der moderne chinesische "Kaiser" Distanz und tritt nur selten hervor, um die falsche Linie seiner Gegner zu "korrigieren", also wiederum "durch Richtigstellen" zu "führen". Mao Zedong beispielsweise berichtigte die "revisionistische" Linie seiner Gegner 1955 (während des "Sozialistischen Aufschwungs auf den Dörfern"), 1958 (bei Einleitung der "Drei roten Banner"), 1963 (beim Erlaß der "Ersten Zehn Punkte") und 1966 (beim Start der Kulturrevolution).

In der dazwischenliegenden Zeit hatten die "Rinderdämonen und Schlangengeister" (niugui sheshen) [132] das Sagen und das - falsche! - Tun. Ähnlich verhielt sich Deng Xiaoping, der nach dem 3.Plenum des XI.ZK vom Dezember 1978 über den Wolken des Zhongnanhai verschwand und nur ab und zu mahnd hervortrat, sei es nun beim Erlaß der "Vier grundlegenden Prinzipien" im März 1979, bei den ersten Reformversuchen zur Umgestaltung des Führungssystems im August 1980, beim "Kampf gegen falsche ideologische Tendenzen" im März 1981, beim XII.Parteitag (September 1982) oder aber, zehn Jahre später, bei der erneuten Einmahnung zur "beschleunigten Durchführung der Reformen" im Februar/März 1992.

Da chinesische Spitzenpolitiker oft längere Zeit einfach weggetauchen, bringen vor allem unerfahrene Journalisten immer wieder Meldungen über eine angeblich schwere Erkrankung oder gar über "politische Erkrankungen" ans Licht. Dies aber ist falsch. Ohne ein Sich-Zurückziehen des Herrschers wäre die Gleichsetzung von Führen und Richtigstellen ja kaum darstellbar. Kein Wunder, daß in Erzählungen, Filmen und Anekdoten immer wieder das Gleichnis von der Treppe auftaucht, die oben in einem Wolkenmeer verschwindet, von woher ab und zu Blitze und Donner niedergehen.

Wie schon in kaiserlicher Zeit ist auch heutzutage die Führungsautorität durchaus akzeptabel, wenn sie schützt, wenn sie den Gewaltunterworfenen Demütigungen erspart und wenn sie, wie gesagt, auf Distanz achtet. Gleichzeitig gilt es, Fehler zu vermeiden, die den Verdacht von "Mandatsverlust"

aufkommen lassen könnten. Aus Furcht vor unangenehmen Rückschlüssen neigt deshalb der "Machthaber" auch in der VRCh dazu, entweder überhaupt nicht zu handeln oder aber - am Ende der anderen Skala - überzureagieren. Mit diesem empirisch erfahrbaren Pendeln zwischen Extremzuständen läßt sich der nicht selten anzutreffende Energieausbruch erklären, der auf eine längere Etappe der Lethargie und Apathie folgt - man denke an das Verhalten der chinesischen Führung im Frühjahr 1989, als sie den Studentendemonstrationen den ganzen Mai über tatenlos zusah und dann plötzlich in der Nacht vom 3. auf den 4. Juni aus heiterem Himmel ganze Divisionen losmarschieren und -schießen ließ - mit der Folge, daß das vorher so hell gewordene Bild der Volksrepublik über Nacht rabenschwarz geworden war.

Der "4. Juni" war freilich eher die Peripetie einer Politik, die sich auf weniger spektakuläre Weise seit 1949 schon mehrere Male zu Wort gemeldet hatte. Als pars pro toto seien hier Maßnahmen des Jahres 1982 aufgeführt: Obwohl 1979 ein Strafgesetz und eine Strafprozeßordnung erlassen worden war, die an Systematik und Präzision kaum noch Wünsche offenzulassen schienen, kam es doch im nachhinein zu höchst merkwürdigen Anwendungen, nicht zuletzt auch zu exemplarischen Massenhinrichtungen, die, obwohl politische Kampagnen seit 1979 offiziell tabuisiert worden waren, doch immer wieder hochkochten und Erinnerungen an die drei Jahrzehnte zwischen 1949 und 1978 weckten. 1982 beispielsweise ging eine Erschießungswelle über die Volksrepublik hinweg, die als Abschreckung gegen jenen Sumpf von Korruption gedacht war, der sich damals bereits wieder gebildet hatte. Überdies wurden durch Beschluß vom 8. März 1982 die StGB-Bestimmungen gegen "Wirtschaftsverbrechen" (Schmuggel, Devisenschlebung, Spekulation, Diebstahl öffentlichen Eigentums, Veräußerung von Antiquitäten ins Ausland sowie Anstiftung oder Entgegennahmen von Bestechungsgeldern) verschärft. Im Falle "erschwerender Umstände" wurden die Folgen auf Gefängnis von mindestens 10 Jahre, auf lebenslanges Zuchthaus oder aber auf Todesstrafe angehoben. Gleichzeitig verhängten die Gerichte - im Widerspruch zum ursprünglich an-

erkannten Grundsatz des "Nulla poena sine lege" - jetzt auch Todesstrafen mit Rückwirkung.¹²⁹

Wenn das Gewitter vorüber ist, hat sich auch der "Mächtige" längst wieder zurückgezogen und übt sich erneut in Geheimniskrämerei und in sibyllinischen Formeln, die der konkreten Auslegung im politischen Alltag zugänglich sein sollen.

"Macht" gilt also auch in der Volksrepublik nach wie vor als geheimnisvollentrückt, und sie besitzt außerdem ein bestimmtes "Gesicht", das deshalb als solches auch geachtet und in der "richtigen" Weise verehrt sein möchte. Die Studenten haben am 4. Juni 1989 erfahren müssen, was es heißt, gegen diese Spielregel zu verstoßen und vor "der Macht" Respektlosigkeit an den Tag zu legen. Aus den gleichen Gründen bekäme es vermutlich auch einem chinesischen Journalisten schlecht, unterstünde er sich, einen Politiker vom Range Deng Xiaopings vor laufender Kamera ins Kreuzverhör zu nehmen! Als unziemlich gelten auch politische Karikaturen und Parodien auf chinesische Politiker - vom Sakrileg eines politischen Kabaretts ganz zu schweigen! Man spielt eben nicht ungestraft mit "numinosen Mächten"!

5.2.4.1.2

Das Nachleben der Zeremonien: Der schöne Schein von Krisenimmunität
"Heute gehört uns das Zeremoniell - und morgen die ganze Welt": Obwohl nicht ausdrücklich so formuliert, bildeten Überzeugungen dieses Zuschnitts doch eine Art Grundströmung traditioneller Herrschaftspolitik - und sind es bei genauerem Hinsehen bis auf den heutigen Tag geblieben.

Bereits die Westliche Han-Dynastie, die für das nachfolgende kaiserliche China so stilprägend geworden ist, hatte aus den Fehlern des vorangegangenen Herrscherhauses der Qin neben vielen anderen Erkenntnissen auch die Einsicht gewinnen können, daß zur Machtausübung beileibe nicht nur Soldaten und Beamten, sondern auch Rituale und Zeremonien gehören, die - ergänzend zum äußeren - vor allem das innere Kontrollverhalten zu beeinflussen vermögen.

Im Zeichen dieser Grundeinsichten war der chinesische Hof seit der Han-Zeit zu einem permanenten, mehr als

2.000 Jahre überdauernden "Versailles" geworden, dessen Rituale und Zeremonien nicht nur den "Inneren Hof" beherrschten, sondern auch immer mehr auf den "Äußeren Hof" - die Beamtschaft - ausstrahlten und ihr dadurch übrigens zusätzliches Charisma in Form von "traditioneller Macht" verliehen.

Einer der Gründe, warum das Republikanische China schon so kurz nach seiner Ausrufung (1.1.1912) wieder aus dem Tritt kam, war der Mangel an Zeremoniell, der für die damaligen Revolutionäre um Sun Yixian zwar durchaus logisch gewesenensein mochte, der aber deshalb noch lange nicht in die Vorstellungswelt des Durchschnittschinesen paßte, dem schon deshalb Zweifel gekommen sein mögen, ob Herrschaft ohne Zeremoniell überhaupt legitim sei.

Kein Wunder, daß der zweite große Anlauf einer GMD-Regierungsbildung, der den Regieanweisungen Jiang Jieshis folgte und 1927 zur Begründung einer neuen Machtzentrale in Nanjing führte, von Anfang an von üppigem Zeremoniell begleitet war, wobei der Sun Yixian-Kult in den Mittelpunkt rückte. Niemand, der hier nicht sogleich Ähnlichkeiten zu den alten Kaiserkulten verspürt hätte: Vor den Toren der Hauptstadt, und zwar zu Füßen der Purpurberge, entstand damals ein architektonisch gewaltiges - und pathetisch ausgreifendes - Sun-Mausoleum. Darüber hinaus hatten alle Büros der Regierung und alle Schulen jeden Montag ein Ritual für den "Guofu" ("Vater der Republik") durchzuführen, in dessen Mittelpunkt drei tiefe Verneigungen vor dem Portrait Suns standen, das schon damals jeden offiziellen Raum schmückte. Ferner war bei dieser Gelegenheit das Testament des Guofu zu verlesen und sodann ein mehrere Minuten dauerndes Schweigen einzuhalten. Da Jiang Jieshi als "getreuer Schüler und Nachfolger" stets in unmittelbare Nähe des "Vaters der Republik" gerückt wurde, gehörte er schon in den 30er Jahren gleichsam zur Sun'schen Aura. Spätestens Ende der 30er Jahre, vor allem aber im Exil auf Taiwan, wurde Jiang schließlich selbst immer mehr Adressat eines ausschweifenden Personenkults, der es ihm schwermachte, noch Kontakt mit der Bevölkerung zu halten.

Ähnlich erging es Mao Zedong, der, nachdem er jahrzehntelang eng mit Bauern zusammengelebt, -gekämpft und -gelitten hatte, sogleich nach Ausrufung der Volksrepublik Wohnung in der einstigen "Verbotenen Stadt" bezog und seit dieser Zeit immer einsamer "in die Wolken" entrückte, so daß der nachfolgende Personenkult, der vor allem während der Kulturrevolution unfaßbare Ausmaße erreichte, letztlich nichts anderes war als eine Wiederanknüpfung an "kaiserliche" Rituale. Dies hinderte ihn und seine "engsten Kampfgefährten", die sich ebenfalls mit in den Palast zurückgezogen hatten, jedoch keineswegs daran, das Wort "Massenlinie" nach wie vor auf den Lippen zu führen - als gelte es den Nachhall eines fernen Echos zu beschwören. Zu Bestandteilen des *Kult und Kanon*¹³⁰ wurde auch das schriftstellerische Werk Mao Zedongs, an dem nicht nur kein Deut kritisiert werden durfte, sondern das überdies feierlich wie eine Bibel zu lesen war, und nach dessen Kriterien die "Abweichler" zur Rechenschaft gezogen und die Gläubigen belohnt wurden.

Während der Kulturrevolution gab es schon bald keine einzige Lebensäußerung mehr, die nicht mit Mao-Zitaten hätte geschmückt oder gar gerechtfertigt werden müssen. Darüber hinaus ergingen seit 1966 neue "Rechts"-Vorschriften, die alles andere "derogierten" und ins Abseits drängten, was je vom regulären Gesetzgeber oder aber vom ZK erlassen worden war, nämlich die "Neuesten Weisungen des Vorsitzenden". Die Personenherrschaft hatte sich hier m.a.W. auf Kosten der Gesetzesherrschaft souverän durchgesetzt.

Schwärmerische Kommentare lösen neuerdings auch "Deng Xiapings Theorien" aus, die z.B. bei einem "Symposium über Dengs Theorien" am 19. Juni 1993 in Shanghai vom Politbüro-Mitglied Ding Guan'gen als "geistiger Reichtum der chinesischen Nation" und als "Kraftquelle" für die "ganze Partei und das chinesische Volk beim unermüdlichen Einsatz für die Realisierung der sozialistischen Modernisierung" beweihräuchert wurden. Die "Bewaffnung der Partei mit Dengs Theorie" sei für den "Aufbau des Sozialismus chinesischer Prägung" unentbehrlich.¹³¹ Ähnlich wie Lin Biao noch zweieinhalb Jahrzehnte vorher empfohlen hatte, "das Mao-Zedong-Denken zu lernen und lebendig anzuwen-

den", betonte Ding, daß es entscheidend darauf ankomme, "beim Studium von Dengs Theorie ihren Hauptinhalt und ihre grundlegenden Auffassungen zu beherrschen, ihre Essenz zu begreifen und das Gelernte anzuwenden".

Auch hier taucht ein neuer Personenkult auf, wie er nach den Erfahrungen mit dem Mao-System eigentlich längst hätte erledigt sein sollen. Wie abhängig nämlich ein ganzes politisches System von einer einzigen Person werden kann, zeigte sich auf tragische, ja bisweilen groteske Art bei den Auseinandersetzungen um die Entmaoisierung in den Jahren 1978/79. Obwohl die Reformer fast einhellig der Meinung waren, daß der Mao Zedong-Weg die VRCh ins Abseits geführt hatte und daß es daher das Beste sei, den inzwischen verstorbenen "Vorsitzenden" samt seinen Ideen ein für allemal in der Versenkung verschwinden zu lassen, waren sie sich doch gleichzeitig auch bewußt, daß eine Destalinisierung nach Chruschtschow-Muster im autoritätsgläubigen China zu einer Katastrophe führen könnte. Einige "Genossen" gingen deshalb so weit, nicht nur jede "De-Maoisierung" zurückzuweisen, sondern bei der Droge Mao zu bleiben und den "Zwei-was-auch-immer-Weg" (liange fan shi) [133] zu empfehlen, d.h., auch weiterhin darauf zu pochen, daß alles, was Mao je gesagt und was er getan hatte, richtig gewesen sei.¹³²

Bekanntlich wählten die Reformer - vor diese beiden Extrempositionen gestellt - den Zhongyong(Mittel)-Weg, indem sie die Person Maos zwar tadelten, sein Denken aber mit dem ideologischen Skalpell von der Person abschälten und es zum Erfahrungsschatz *sämtlicher* sinokommunistischer Revolutionäre erklärten.

Die Angst, Hand in Hand mit dem Ritual auch die Macht zu verlieren, hatte also am Ende den Sieg über die "Entmaoisierung" davongetragen.

Hier war also, wie schon zu Kaisers Zeiten, wieder einmal neuer Wein in alte Schläuche gegossen worden, indem sich nämlich die Genossen traditioneller Kulte bedienten und sowohl die Person als auch ihr Werk kurzerhand "einschreinten". Reinszenierungsversuche dieser Art sind angestammtes chinesisches Brauchtum und haben dazu geführt, daß im Laufe der Zeit

kaum je die äußeren Formen, dafür aber um so flexibler die Inhalte verändert wurden. Immer wieder umarmen chinesische Führungen das Ritual und versuchen, sich und ihrer Politik den Mantel der Konstanz, der Prinzipienfestigkeit, des Oberflächenglanzes und vor allem der Unveränderlichkeit umzuhängen. Besonders deutlich trat dieses Verhalten im Zeichen neuzeitlicher Krisen zutage, als zwei Niederlagen historischen Ausmaßes zu verkraften und "wegzustecken" waren:

- Es begann damit, daß das kaiserliche China nach dem verlorenen Opiumkrieg in eine aussichtslose Lage geraten war und sich nun zum erstenmal auf einen wirklichen Selbsterforschungsprozeß einlassen mußte. Das Ergebnis war freilich auch jetzt keineswegs ein "fanshen" [134], d.h. ein echtes "Körperumdrehen", sondern abermals ein halbherziger Kompromiß, der mit der wohlklingenden Entschuldigungsformel "zhong ti xi yong" ("Das Chinesische als Substanz, das Westliche nur zum Gebrauch") eingekleidet wurde (Näheres dazu 1.2.2). Um den Preis einer "Lebenslüge" war also auch jetzt noch - auf der Talsohle der neuzeitlichen Geschichte - der schöne Schein von Krisenimmunität gewahrt worden.

- Mutatis mutandis wiederholte sich der gleiche Vorgang eineinhalb Jahrhunderte später: Abermals war eine Welt zusammengebrochen, und zwar diesmal die des maoistischen "Realsozialismus", und erneut legte China ein Verhalten an den Tag, das sich wie eine Re-inszenierung aus dem 19. Jh. ausnahm, und das sich, analog zur damaligen Zeit, mit "she ti zi yong" [135], d.h. also mit "Sozialismus als Substanz, Kapitalismus zum Gebrauch" charakterisieren ließe, obwohl es expressis verbis *so* nie formuliert worden war.

Bei näherem Hinsehen wurde freilich schnell deutlich, daß der Sozialismus-Begriff, wie er von den Reformern um Deng Xiaoping in den 80er Jahren zu recht formuliert worden war, mit den klassisch-marxistischen oder aber den maoistischen Vorstellungen nur noch die Worthülse gemeinsam hatte. Um so stärker pochte man dafür auf die "Mao-Zedong-Ideen", die jetzt allerdings immer mehr mit "Deng Xiapings Theorien" assoziiert und schließlich gleichgesetzt wurden, vor allem mit dem zwischenzeitlich zum Sprich-

wort gewordenen Zitat, daß "die Wahrheit in den Tatsachen liegt", daß "das Denken zur Befreiung (von überlebten Dogmen) dienen" solle und daß "das Heil nicht mehr in der Revolution oder im Klassenkampf, sondern in 'Reform und Öffnung' zu suchen" sei, zumal sich Klassenkampf ja nicht essen lasse!

Um Ordnung zu schaffen, "Stabilität" herzustellen und alle dem Regime gefährlichen Entwicklungen abzuwehren, hat seit dem Ende der "großen Stürme" auch wieder eine "Traditionalisierung" vieler Lebensbereiche begonnen, die nicht mit großer Politik, sondern mit den kleinen Instrumenten der Ritualisierung arbeitet.¹³³

Zeremonien und Rituale sind aber nicht nur für den "Hausgebrauch" und für die eigene Bevölkerung bestimmt, sondern sie werden, wie eh und je systematisch auch zur Selbstdarstellung gegenüber dem Ausland verwertet.

Ein für das chinesische Ritual besonders sensibler japanischer Journalist gab ein Stück Atmosphäre der chinesischen "Bankettpolitik" - eines wichtigen Teilstücks chinesischer Außenpolitik - mit folgenden Worten wieder: "Bankettnächte in Beijing sind eine Mischung aus Politik, Showbusiness und Gastronomie, mit der sich nicht einmal mittelalterliche Königshäuser messen könnten. Das Schauspiel beginnt mit der Ankunft der Gäste auf dem Platz vor dem Tor des Himmlischen Friedens, mit der Ansicht der erleuchteten Volkshalle, die oft mit dem Sonnenuntergang über den Westlichen Bergen zusammenfällt. Die erste Überraschung ist die Garderobe - mehr als 60 m lang und breit wie ein Fußballplatz. Das setzt den monumentalen Rahmen für alles, was nun folgt. Die große Volkshalle, 1949 in neun Monaten erbaut, ist eine kleine Stadt mit einem Saal von 10.000 Sitzplätzen und einem Bankettraum für 5.000 Personen. Im Bankettsaal, einem viereckigen Stadion, das mit Tonnen goldener und weißer Farbe bemalt ist, sind vor einer weißen Bühne Tische aufgereiht, und eine übergroße chinesische Flagge hängt neben der nationalen Fahne des Ehrengasts. Auf den hinteren Bänken bekommen die ausländischen Journalisten lange Häuse, um zu beobachten, welcher chinesischer Politiker heute anwesend ist - eine Möglichkeit, um Aufschluß im ewigen Ratespiel chinesischer Politik zu gewinnen."¹³⁴

Der Einzug der Gäste und die Sitzordnung sind nach einem ebenso ewig gleichen Ritual ausgerichtet. Selbst der Tourist unterliegt manchmal - 1977 allerdings noch wesentlich häufiger als 1993 - einem bestimmten Verbeugungsritual. Lange Zeit bekam er nur modellhafte Einrichtungen zu sehen, die ihm Stoff zum Nachdenken geben sollten. Er verneigte sich vor Mao, indem er dessen Geburtshaus oder aber andere Stätten der chinesischen Revolution besuchte; er bewunderte die Fertigkeit von Akupunkturärzten, oder er sah eine Oper, in der die Größe Chinas und der chinesischen Revolution verherrlicht wurden/werden. Erst mit der Kommerzialisierung des Tourismus Anfang der 80er Jahre haben sich hier gewisse Änderungen eingestellt. Nur höherrangige Besucher haben jetzt noch dem "Verbeugungsweg" zu folgen.

Ritualisiert ist auch der Sprachstil, in dem außenpolitische Erklärungen abgefaßt werden. Für die Beschreibung der Gesprächsstimmung im diplomatischen Verkehr haben sich 16 Formulierungen eingebürgert, die von "herzlich" über "ungezwungene Atmosphäre" bis hin zu einer "Atmosphäre inniger Freundschaft und vollständigen Einverständnisses" reichen können. Bisweilen beginnt sich die Rhetorik zu verselbständigen, merkwürdige Seitenpfade einzuschlagen und in eine ideologisch vorgefertigte Scheinwelt einzutreten - so geschehen in den vielen Jahren heftigen - und starren - Erklärungsverhalten gegenüber Ländern wie Südkorea oder Israel, mit denen Beijing dann Jahre später die herzlichsten Beziehungen einging.

Sogar Bombardierungsrituale gehören (oder gehörten zumindest lange Zeit) zum Ausdrucksrepertoire, wie u.a. die Beschießung der von Taiwan-Truppen gehaltenen Jinmen(Qemoy)-Insel i.J. 1958 gezeigt hat. Als Beijing nach wochenlangem wütenden Dauerfeuer ankündigte, daß die Beschießung künftig nurmehr an *ungeraden* Tagen fortgesetzt würde, wunderten sich nicht wenige westliche Beobachter über diese merkwürdige (manifeste) Erklärung; schien sie doch sinnlos, da die Truppen Taiwans auf Qemoy ihre Schutzmaßnahmen entsprechend dosieren konnten. Die Erklärung enthüllte aber so gleich ihren tieferen (latenten) Gehalt, wenn man sie dahingehend interpretierte, daß die Beschießung auch als

Ausdruck der Verärgerung gegenüber der Sowjetunion gedacht war, die der VRCh damals jegliche Qemoy-Hilfe verweigert hatte, nicht zuletzt aber auch als ein Signal an die eigene Bevölkerung, die ja gerade in jenen Monaten zum Großen Sprung aufgerufen worden war und die durch den Hinweis auf eine von außen drohende Gefahr zusätzlich stimuliert werden sollte.

Auch der permanent harte Ton der chinesischen Propaganda gegenüber Moskau diente jahrelang als permanentes Mittel zur Ritualisierung des gegenseitigen Verkehrs. Beijing beschuldigte die Sowjetunion der Kriegstreiberei und wollte sie damit gleichzeitig auch veranlassen, ihre friedlichen Absichten zu beweisen - dies dürfte sogar das eigentliche unterschwellige Ziel des chinesischen Anklagerituals gewesen sein.

In gewisser Weise fühlt man sich hier an die Rituale des japanischen Sumoringens erinnert: Die Gegner belauern sich, werfen Salz, um sich zu reinigen/zu stärken und die Geister des Ortes für sich zu gewinnen, und bleiben vor allem in ständigem Augenkontakt, um sich zu bedrohen, sich auszurechnen und sich gegenseitig zu verunsichern. Nach langen Vorbereitungen dauert der eigentliche Kampf dann oft nur Sekunden.

Die meisten dieser Attitüden sind dem chinesischen Kampfverhalten ebenfalls eigentümlich - mit dem Unterschied allerdings, daß der chinesische Konfliktpartner mit großen verbalen Drohungen hervortritt und andererseits den Kampf als solchen zu vermeiden sucht.

Schon für das traditionelle China war es bezeichnend gewesen, daß nach außen hin mit Worten eine scharfe Klinge geführt wurde, während man immer dann, wenn es auf Handlungen ankam, ungemein vorsichtig agierte: China verwendete ein Maximum an Psychologie bei einem Minimum an Risiken: *suaviter in re, fortiter in modo!*¹³⁵

Diese Traditionen haben sich auf die VR China weiter vererbt - man erinnere sich vor allem der beiden "Sumoring" VR China und Sowjetunion, die von 1960 bis zum Beginn der 80er Jahre, d.h. also über 20 Jahre lang, umeinander herumgegangen sind, sich haßerfüllt in die Augen geblickt und schreck-

liche Verbaldrohungen ausgestoßen haben, ohne daß es aber, wenn man von kleineren Ausnahmen wie dem Ussuri-Konflikt absieht, zu einem echten Kampf gekommen wäre.

Die chinesische Propaganda öffnete bei diesen Auseinandersetzungen ihre Pandorabüchse und versuchte, den Feind so tief wie möglich zu verletzen, indem sie vor allem seine Glaubhaftigkeit in Frage stellte, so z.B. mit den Ausdrücken "Sowjetrevisionismus", "Sozialimperialismus" oder "Hegemonismus", wobei man wissen muß, daß die chinesische Formulierung "ba-quanzhuyi" [138] Assoziationen an die schlimmsten Zeiten der chinesischen Bürgerkriege z.Z. der "Drei Reiche" hervorrief. "Baquan" ist nicht etwas Abstraktes, blutleer Klingendes (wie der in westliche Sprachen übersetzte Ausdruck "Hegemonismus"); vielmehr verbindet sich damit eine Macht, die einschüchtert, die sich überall einmischt und die unberechenbar handelt. "Ba tianxia" heißt, mit Gewalt schlechthin regieren, "ba zhan" soviel wie "mit Gewalt besetzen, annektieren", "bawang" ist ein unumschränkter Despot und "badao" heißt soviel wie "den Weg der Rohheit gehen" [137].

All dies wurde ausgerechnet einer Macht entgegengehalten, die für sich in Anspruch nahm, den Sozialismus und das bessere Erbteil der Menschheit zu verkörpern!

Sogar chinesische Politiker, deren Verhalten als besonders verwerfenswert hingestellt werden sollte, wurden verbal zu Sowjetpolitikern umstilisiert und als solche der Verachtung preisgegeben, u.a. Liu Shaoqi, der nach seinem Sturz in den Medien überall als "chinesischer Chruschtschow" (Zhongguo Heluxiaofu) auftauchte!

Indem die VR China auf diese Weise ihre Gegner ins schiefe Licht setzte und ihr Gesicht verlieren ließ, fühlte sie sich in der Richtigkeit ihres eigenen Verhaltens gleichsam rückbestätigt.

Diese Selbstvergewisserung wurde noch dadurch verstärkt, daß man es ja nicht mit einem kleinen, sondern einem wirklich mächtigen Gegner zu tun hatte. Zwar hatte die VR China auch Konflikte mit Ländern geringeren Formats, wie etwa der SR Vietnam, die sich in den 10 Jahren zwischen 1978/79 und 1989 beharrlich weigerte,

dem Oberhaupt der traditionellen asiatischen Völkerfamilie, nämlich dem Reich der Mitte, den seit Jahrhunderten üblichen Respekt weiterhin zu zollen; letztlich wurde Vietnam aber lediglich als eine Art Anhängsel der Supermacht Sowjetunion an den Pranger gestellt. Bezeichnenderweise galt Vietnam als der "kleine Hegemonist", der ein Bündnis mit dem "großen Hegemonisten" eingegangen war. Auch kam es nach der Aufhebung des Sonderverhältnisses zwischen Moskau und Hanoi in den Jahren 1989/90 zu einer schnellen Renormalisierung zwischen Hanoi und Beijing!

Wirkliche Feinschicht "kultiviert" ein Land von der Größe des "Reichs der Mitte" nur mit Großmächten, sei es nun mit den USA oder mit der Sowjetunion - allenfalls noch mit Japan oder Indien! Zeremoniell also auch noch bei der Austragung von Feindschaft!

5.2.4.1.3

Die "Nachfolge"

Einer jener wenigen politischen Bereiche, bei denen die *Unterschiede* zwischen Alt und Neu ausnahmsweise einmal stärker ins Auge fallen als die Gemeinsamkeiten, ist die bisherige Praxis der Nachfolgeregelung. Während sich hierzu im kaiserlichen China präzise Regelungen und Rites de passage eingespielt hatten, sind in der Volksrepublik noch sämtliche bisherigen Nachfolgeansätze, kaum hatten sie konkretere Formen angenommen, bereits wieder im Ansatz erschlagen worden. Selbst Deng Xiaoping, der unmittelbar nach 1978 für eine so eindrucksvolle Verrechtlichung der Zustände in China gesorgt hatte, beging Ende der 80er Jahre denselben Kardinalfehler, dem bereits Mao Zedong verfallen war, indem er nämlich viele jener "antipersonalistischen" Ansätze wieder vernichtete, die er mitaufgebaut hatte.

Bei den Nachfolgeregelungen sollte aus Zweckmäßigkeitsgründen zwischen Spitzen- und Subalternfunktionären unterschieden werden.

Was die "Führer"(lingdao)-Positionen [138] angeht, so läßt sich auch Anfang der 90er Jahre weit und breit noch keine befriedigende Lösung ausmachen.

Statt Wahlen abzuhalten, die diesen Namen wirklich verdienen, oder statt einen formalisierten Wettbewerb zwischen mehreren politischen Kräften einzurichten, wurde bisher noch einmal mit "personalistischen" Ernennungen, mit "Hinaussäuberungen" der Gegner oder mit obskuren Machtübertragungsmethoden laboriert, die in ihrer Absurdität manchmal schon peinlich wirkten - man denke etwa an die Betrauung Hua Guofengs durch Mao Zedong mit dem berühmten Satz "Ni ban shi, wo fang xin" [139] - wörtl.: "Wenn du die Sache in die Hand nimmst, bin ich beruhigt". Das Bild der beiden Parteiführer, die bei dieser "Betrauung" die Köpfe zusammensteckten, war 1977/78 überall in China ikonenhaft verbreitet, sei es nun in Bahnhofshallen oder aber in den Wandelgängen der Flughäfen. Da es bei dem "Betrauungs"-Akt auch keine Zeugen gegeben hatte - von einer Teilnahme der Massen ganz zu schweigen -, mußte das zwischen den "beiden Führern" unter vier Augen vorgenommene Zeremoniell um so schriller auf propagandistischem Wege verbreitet werden!

Auch i.J. 1993 könnte niemand ernsthaft behaupten, er wisse genau, wer eines Tages, wenn die Grauen Eminenzen um Deng Xiaoping und Chen Yun von der Bühne abgetreten sind, die Nachfolge antritt; nur soviel läßt sich vermuten, daß es nämlich die z.Z. an der Spitze von Partei und Staat stehenden Jiang Zemin und Li Peng aller Wahrscheinlichkeit nach *nicht* sind. Eine Voraussage ist nicht nur deshalb schwer, weil Kandidaten allererster Wahl oft erst über Nacht wieder zurückgestuft zu werden pflegen - man denke an die Fälle Hu Yaobang und Zhao Ziyang -, sondern auch deshalb, weil die Spitzenpositionen der derzeitigen Parteiführer, die zwar nicht formell, wohl aber informell bestehen, nicht institutioneller, sondern personalistischer Natur sind. Obwohl sich beispielsweise Deng Xiaoping 1989 von seinem letzten Posten, nämlich dem Vorsitz im ZK-Militärausschuß, getrennt hat, zieht er nach wie vor die Fäden; was zählt, sind seine Seilschaftsbeziehungen, die in Jahrzehnten geknüpft wurden. Erneut wird an dieser Stelle deutlich, daß das Postulat der Reformer, die Personenherrschaft müsse durch Gesetzherrschaft ersetzt werden, zumindest bei den Nachfolgemechanismen nach wie vor Wunschdenken geblieben ist.

Sechs große "Nachfolge"-Anläufe hat es in der Geschichte der Volksrepublik bisher gegeben, die allesamt ins Leere gingen - man denke an das Schicksal der "Kronprinzen" Liu Shaoqi in den Jahren 1959 bis 1966, Lin Biao (1966-1971), Jiang Qing (1975/76), Hua Guofeng (1976-1980), Hu Yaobang (1985-1987)¹³⁶ sowie schließlich Zhao Ziyang, der im Zusammenhang mit den Studentendemonstrationen vom Frühjahr 1989 und durch seinen Widerstand gegen das militärische Eingreifen der VBA am 4. Juni 1989 ins Straucheln geriet und dann in seinem Posten als KP-Generalsekretär von dem politischen Leichtgewicht Jiang Zemin abgelöst wurde.

Keinen aussichtsreicheren Anwärter auf die "Nachfolge" schien es ursprünglich zu geben als Hu Yaobang, der jahrzehntelang an der Spitze der Kommunistischen Jugendliga gestanden und der insofern über ein feingespinnnes Beziehungsnetz zu beinahe sämtlichen jüngeren Spitzenkadern verfügte hatte. Auch Zhao Ziyang, der mit seiner den anfänglichen Reformkurs mitbestimmender Führungsleistung in der Provinz Sichuan ein Fanal für ganz China gesetzt hatte, schien eine Idealbesetzung für das Amt des Ministerpräsidenten oder aber des Parteivorsitzenden zu sein.

Doch selbst diese beiden wurden von ihrem Ziehvater Deng Xiaoping im kritischen Augenblick "wie eine heiße Kartoffel" fallengelassen.

All diese Fälle zeigen, daß das sino-kommunistische China noch weit von "institutionellen" Nachfolgeregelungen entfernt ist, wie sie im China der Kaiser noch so selbstverständlich funktioniert haben.

Die Nachfolgefrage hat in der China-Wissenschaft zahlreiche Überlegungen entstehen lassen und Ansätze gezeitigt, die als Hilfskonstruktionen für ein provisorisches "Verstehen" der neueren chinesischen Besonderheiten dienen können:

Bereits im Zusammenhang mit der Sowjetunion war ein Nachfolgeschema mit drei Variaten elaboriert worden.¹³⁷ Gemäß dem dort vorgestellten "Totalitarismusmodell" war das individuelle Durchsetzungsvermögen eines Nachfolgers entscheidend; das "Konfliktmodell" machte den Nachfolgeausgang

dagegen eher von der Entwicklung bei den Sachauseinandersetzungen abhängig, während das "bürokratische Modell" auf die Konstellationen der Abstimmungsfronten innerhalb der bürokratischen Systeme abstellte.

Für die VR China hat Thomas W. Robinson¹³⁸ vier Annäherungsmethoden vorgeschlagen: Der "environmental approach" hält den Problemkontext für ausschlaggebend, wie er sich zur Zeit der Nachfolge gerade abzeichnet - man denke beispielsweise an außenpolitische Konflikte (lange Zeit mit der Sowjetunion!), an Nahrungsmittelengpässe oder aber an den Stand der Taiwan-Frage. Der "personality approach" stellt eher auf Einzelpersonlichkeiten, Fraktionen und Generationskonstellationen ab. Der "societal approach" hält das Wertesystem, die politische Kultur und die normative Kraft des Faktischen für determinierend. Der "politics approach" schließlich betrachtet die Politik als das entscheidende "atmosphärische" Element, von dem auch die Nachfolgefrage entscheidend mitbeantwortet werde.

Domes¹³⁹ geht davon aus, daß "kommunistische Ein-Partei-Systeme drei aufeinanderfolgende Entwicklungsstufen zu durchlaufen scheinen", nämlich (1) die Stufe der "charismatischen Führung", welche die Sowjetunion unter Lenin, China dagegen unter Mao Zedong bis zum Ende der 50er Jahre durchlief, (2) die Stufe der "transitorischen Führung", die in der Sowjetunion die Form der Alleinherrschaft Stalins annahm und die in ganz anderer Gestalt das politische System der VR China seit 1959 bestimmt, sowie (3) die Stufe der "institutionalisierten Führung". Der Übergang von der "transitorischen zur institutionalisierten" Phase manifestiert sich in einem "ständigen bürokratischen Kompromiß" zwischen mehreren "Funktionsgruppen", zu denen u.a. der Partei-, der Sicherheits-, der Militär-, der Propagandaapparat usw. gehören.

Ähnliche, wenn auch weniger strukturierte Erklärungsansätze gibt es zu Dutzenden.¹⁴⁰

Auf Einzelheiten braucht hier nicht eingegangen zu werden; sollte doch die bisherige Aufzählung lediglich verdeutlichen, daß es rechtlich institutionalisierte - und damit berechenbare - Nachfolgeprozeduren in der VR China

einstweilen noch nicht gibt, daß die Nachfolge also mehr oder weniger ein Würfelspiel bleibt. Am besten scheinen solche Kandidaten zu liegen, die eine lange Parteikarriere hinter sich haben, dem inneren Führungszirkel angehören, über eine robuste lokale Machtbasis verfügen, einen unkomplizierten Umgang mit den "Mao-Zedong-Ideen" pflegen und die es nicht zuletzt verstanden haben, die Zahl ihrer Gegner möglichst gering zu halten.

Es mag paradox anmuten, daß sich für Spitzenpositionen in der Volksrepublik zwar kein geregelter Nachfolge-, wohl aber ein ziemlich exakter *Säuberungsmechanismus* hat herausbilden können. Der Autor¹⁴¹ konnte folgende Verlaufsform feststellen: Zuerst erfolgen über Presse und Wandzeitungen indirekte Angriffe, die sich gegen ein bestimmtes literarisches Werk oder gegen eine historische Gestalt (z.B. "Konfuzius"), in Wirklichkeit aber gegen eine Einzelperson oder eine Fraktion richten. Zhou Enlai war beispielsweise 1973 als "Konfuzius" und Deng Xiaoping (1976) als "uneinsichtiger Kapitalist in den Parteireihen" angegriffen worden, ohne daß Namen gefallen wären!

In einem zweiten Stadium pflegt die Gegenwehr zu folgen, und zwar ebenfalls im Wege des "Schattenschießens", indem nämlich die angegriffene Person oder Personengruppe sog. "Arbeits-teams" mit Disziplinierungsaufträgen ausschickt, Gegenpropaganda austreut oder aber Gegendemonstrationen veranlaßt.

In einem dritten Abschnitt bahnt sich dann die Entscheidung darüber an, ob der Säuberungsversuch im Sande verläuft oder zur Ausschaltung des Angriffsziels führt. Zhou Enlai verstand es, der gegen ihn lancierten "Anti-Konfuzius-Kampagne" dadurch die Spitze abzubrechen, daß er sie auf Lin Biao umlenkte, so daß der Prozeß nunmehr plötzlich - und zur Überraschung vieler Beobachter - unter dem Namen "Bewegung zur Kritik an Konfuzius und Lin Biao" weiterlief!

Sollte das "Ziel" dem Angreifer allerdings nicht ausweichen können, so beginnt der vierte und letzte Akt, nämlich die politische Ausschaltung und Vernichtung des ursprünglichen "Nachfolgers".

Alle bisher beschriebenen Nachfolge- und Säuberungsmechanismen sind, um es nochmals zu betonen, lediglich *Hilfs*-Konstruktionen, die dazu dienen, ein Spielregeldefizit zu überbrücken, welches dadurch entstanden ist, daß traditionelle Muster ausnahmsweise einmal unbeachtet geblieben sind und insofern ein Vakuum entstehen konnte, das freilich über kurz oder lang wieder verschwinden dürfte; denn nichts ist der politischen Kultur Chinas mehr zuwider als Chaos und Unberechenbarkeit.

Zwei Nachfolgemuster hatten sich im China der Kaiser herausgebildet:

- Von diesen kommt das *dynastische* Modell (in Form der Erbfolge!) für die Volksrepublik China allerdings kaum mehr in Frage, da die Voraussetzungen dafür spätestens 1911 entfallen sind. Obwohl freilich die Geschichte hierzu längst das letzte Wort gesprochen zu haben schien, gab es auch in den nachfolgenden Jahren, wie erwähnt (3.2.1), immer wieder dynastische Anläufe, sei es nun in Form einer Jiang- oder aber - noch grotesker - einer "Mao-Dynastie", wobei im letzteren Fall paradoxerweise Kräfte mit am Werk waren, die sich vorher jahrelang als "ultralinks" profiliert hatten, nämlich die Mitglieder der späteren "Vierbände".

- Gute Chancen besitzt dagegen das andere Nachfolgemuster, das hier korrelierend *Mandarinatsmodell* genannt sei, und das Traditionselemente mit modernen westlichen Vorstellungen in sich vereint, insofern nämlich ein *Homme de lettre* durch Wahl, d.h. also direkt vom Volk bestimmt, und damit die Möglichkeit eines "mittleren Wegs" eröffnet wird.

Vorexerziert wurde diese virtuelle Form einer Nachfolge durch die i.J. 1990 in Taibei erfolgte Wahl Li Denghais zum Staatspräsidenten der Republik China. Der Gewählte hatte bis dahin eine Doppelkarriere durchlaufen, nämlich die des Gelehrten und die des Politikers, indem er zuerst in Japan, den USA und in seiner Heimat studiert sowie ein Postgraduiertenstudium abgelegt und anschließend mehrere politische Ämter - angefangen vom Oberbürgermeister von Taibei bis hin zum Gouverneur der Provinz Taiwan - wahrgenommen hatte. Gleichzeitig war er durch eigene Publikationen sowie durch eine Reihe von Übersetzungen,

u.a. von Goethes Faust, in die Fußstapfen des Beamtenliteratentums getreten.

Von der Bevölkerung wird er mit Begeisterung als "Gelehrten-Präsident" (*xuezhe zongtong*) [140] verehrt; kein Wunder, daß seine Karriere fast so etwas wie ein "Selbstläufer" war: Die Bevölkerung weiß aufgrund historischer Eigenblutimpfung spontan, daß Li der "richtige" Vertreter ist - und in der Tat hat er seit seiner Wahl ein Verhalten an den Tag gelegt, das den Erwartungen eines "Junzi" in Amt und Würden entspricht. Daß dieser Junzi nicht mehr direkt vom "Himmel beauftragt", sondern demokratisch gewählt wurde, muß der überkommenen Lehre keinesfalls widersprechen, da auch in der altkonfuzianischen Tradition Himmels- und Volkswille einander stets annähert, wenn nicht teilweise sogar gleichgesetzt worden sind.

Wahlen können kompetitiv, nichtkompetitiv oder semikompetitiv sein. Findet sich ein "richtiger" Kandidat, so muß seiner Wahl nicht unbedingt ein hart geführter Kampf vorausgehen, wie er im Westen üblich ist und wie er den Kandidaten im chinesischen Kontext viel Gesicht kosten würde. Ein gewisses Charisma freilich wird von dem Betreffenden immer ausgehen müssen, wenn die Wahlen nur "semikompetitiv" verlaufen sollen.

Was die zweite Kategorie von Funktionären, nämlich die *nachgeordneten* Kader an der Basis und im Mittelbau anbelangt, so dürfte das seit 1949 übliche Tauziehen zwischen dem Prüfungs- und dem Empfehlungssystem zwar noch eine Zeitlang weitergehen, wobei die Parteigremien mit ihrer Seilschaftspolitik immer noch das Empfehlungssystem am Leben erhalten.

Man braucht jedoch kein Prophet zu sein, um vorauszusagen, daß auf längere Sicht wieder ein Sieg des Prüfungs- über das Empfehlungssystems zu erwarten ist. Vor allem sind es zwei schlagende Argumente, die sich für diese Prognose anführen lassen, nämlich einmal die über 1.000jährige Tradition des Prüfungssystems, mit dem das Reich der Mitte ermutigende Erfahrungen gesammelt hat, zum andern aber vor allem der Sachzwang, der von der heutigen Generallinie einer möglichst schnellen Modernisierung Chinas ausgeht.

Die Renaissance des Vorrangs von Prüfungsergebnissen, die sich ja vor allem im Bereich der Oberen Mittelschule und der Hochschule schon heute wieder kräftig abzeichnet, ist keine Frage des Ob, sondern nur des Wann. Allerdings muß das Prüfungssystem den "Modernisierungs"-Anforderungen wohl noch etwas stärker angepaßt werden.

Daneben wird die moralisch-politische Komponente aber vermutlich einen weitaus höheren Stellenwert behalten, als dies vergleichsweise in westlichen Erziehungssystemen der Fall ist. Auch in Zukunft dürfte der alte konfuzianische Grundsatz gelten, daß der "Edle kein Gerät", also kein engstirniger Fachspezialist ist, sondern daß er sich vor allem eine politisch-generalistische Haltung zu eigen machen muß.

Die maoistische Forderung, daß ein Funktionär "sowohl rot als auch fachmännisch" zu sein habe, dürfte nach alledem in modifizierter Weise durchaus aktuell bleiben, wobei allerdings das "rot" durch "patriotisch-modernisierungs-engagiert" zu ersetzen wäre.

Das alte Mandarinat hat das "Politisch-Moralisch-Generalistische" auf Kosten des Expertentums genauso überbetont, wie dies beim "roten Mandarinat" in den ersten 30 Jahren der VR China geschehen war.

Angesichts der neuen Herausforderungen dürfte sich eine solche Einseitigkeit an der Schwelle des zweiten Jahrtausends kaum noch auszahlen, so daß der Kader der Zukunft nolens volens auch verstärkt Fachmann zu sein hat!

Eine Änderung dürfte sich auch bei der Beteiligung von *Frauen* ergeben, die in der chinesischen Politik jahrtausendlang zu schweigen hatten und für die auch heute nur wenig Raum ist:

Zu den 28 Politbüromitgliedern gehörten (bis September) 1985 zwei Frauen, unter ihnen die Witwe Zhou Enlais. (Auch die Ehefrauen Mao Zedongs und Lin Biaos waren früher bezeichnenderweise PB-Mitglieder gewesen: die dynastische Tradition war also 1911 noch keinesfalls ausgestorben!)

Beim XIII. (1987) und XIV. (1992) Parteitag wurde keine einzige Frau mehr ins höchste Gremium, also ins Politbüro gewählt. Auch im XIV.ZK sind die Frauen lediglich mit 7,5% ver-

treten. Immerhin gab es 1992 14 Ministerinnen (einschließlich Stellvertreterinnen) und 13 Stellvertretende Provinzgouverneurinnen sowie Oberbürgermeisterinnen in rd. 470 Städten. Alles in allem sind diese Posten freilich noch *quantité négligeable* - und lassen sowohl die Macht der Tradition als auch das Bedürfnis nach Änderung spüren.

Die künftigen Nachfolgeregelungen dürften sich nach alledem auf eine Viererformel bringen lassen - Erfolg bei den Staatsprüfungen, Besitz von Fachwissen, Priorität des "Politischen" und stärkere Berücksichtigung der Frauen. Zwei dieser Elemente stammen aus der Tradition, und zwei, nämlich die "Experten"- und die Geschlechter-Komponente, aus den Systemerfordernissen der modernen Welt. Von den mehr als 40 Jahre lang praktizierten und so ungemein chaotisch verlaufenen sinokommunistischen Nachfolgeansätzen, wie sie oben dargelegt wurden, dürfte langfristig kaum etwas übrigbleiben!

5.2.4.2

"Obrigkeit": Intraelitäre Konflikte und Kooperationsformen

Im China der Kaiser gab es innerhalb der "Obrigkeit" eine klare Zweiteilung, die bereits unter den Stichworten "Hof" und "Mandarinat" referiert wurde. Dessenungeachtet ging die offizielle Lehre aber stets von einer Einheitsfiktion aus, die vor "Dualismen" zwischen Führung und Volk oder gar innerhalb der Führung die Augen verschloß, da nicht sein konnte, was nicht sein durfte.

An dieser Dichotomie hat sich bis heute wenig geändert. Aufgrund des empirischen Datenmaterials muß auch in der Volksrepublik von "Widersprüchen" nicht nur zwischen Führung und "Massen", sondern auch zwischen innerbürokratischen Gruppen und "Seilschaften" ausgegangen werden.

In den Jahren des "Antijapanischen Widerstands" sowie des Bürgerkriegs mochten diese "Dualismen" zwar noch weniger ausgeprägt gewesen sein, sie haben sich aber spätestens seit den Auseinandersetzungen um den Aufbaukurs Ende der 50er Jahre aufs kräftigste entwickelt und während der Kulturrevolution, als die Mao-Gruppe einen regelrechten "dou-pi-gai"-Feldzug [141] ("Kampf-Kritik-Änderung") gegen die "Machthaber" innerhalb der KPCh einleitete, monströse Ausmaße

angenommen; saßen doch die "Erzfeinde" des Volkes damals angeblich direkt an den Hebeln der Macht!

Aufgrund des hier überall bestehenden Mißtrauens möchte keine Führung bei der Besetzung wichtiger Posten etwas dem Zufall überlassen. Bewährt haben sich in diesem Zusammenhang vor allem Zweifachbesetzungen. Schon die Qing-Kaiser installierten, wie oben erwähnt, jenes Doppelsystem von Generalgouverneuren und Gouverneuren, in dem jeder eifersüchtig den anderen in seine Schranken wies. Hinzu kamen häufige Inspektionen und Versetzungen. Auch heute noch gehört das Nebeneinander von Direktoren und Parteivertretern, von Kommandanten und Politikommissaren, die Entsendung von "Arbeitstrupps" und die Überwachung durch persönlich verantwortliche Funktionäre zur Tagesordnung. Häufig kommt es auch zu militärischen Reviements. Erst 1989/90 beispielsweise wurden in den sieben Militärregionen auf eine Schlag gleich sechs Oberbefehlshaber ausgetauscht - eine Folge ihrer Weigerung, im Juni 1989 auf die demonstrierende Bevölkerung zu schießen.

In kaiserlicher Zeit gab es zusätzlich das "Zensurat", eines jener drei Spitzenämter, das *una potestate* all jene Funktionen ausübte, die in der modernen westlichen Gesellschaft der öffentlichen Meinung, der Presse, der Staatsanwaltschaft und nicht zuletzt auch den Dienststrafgerichten zukommen. Diese "moralische Funktion" ist heutzutage - wie könnte es anders sein - auf die KP übergegangen, und zwar auf die Parteidisziplinkommissionen, die ebenfalls manchmal wie der Blitz aus heiterem Himmel niederfahren, wenn es etwa gilt, gegen lokale Wirtschaftsverbrecher vorzugehen oder aber "linke Elemente auszugraben".

Noch eine Reihe weiterer Einrichtungen des "institutionellen Mißtrauens" gab es im kaiserlichen China, die auch heute z.T. nachwirken, so etwa die häufige Rotation der Beamten zwischen Zentrale und lokalen Außenposten, vor allem aber das Verbot, zum Provinzgouverneur einen in eben dieser Provinz geborenen Mandarin zu ernennen. Angesichts des in China üblichen Clan- und Günstlingswesens leuchtet der Sinn dieser traditionsreichen Vorschrift auf Anhieb ein; freilich wurde das Verbot nicht selten dadurch umgangen, daß sich Anwärter auf ein

solches Amt kurzerhand von Familien aus einer anderen Provinz adoptieren ließen. Auch die heutige Praxis ist reich an solchen Verschleierungs- und Umgehungsstricks.

Wo nun verlaufen die Grenzen zwischen den verschiedenen Machtgruppierungen? Wollte man hier messerscharfe Umrißlinien zeichnen, so trüge dies eher zur Vernebelung als zur Klärung bei. Nicht einmal der Hinweis auf Konflikte zwischen "der" Zentrale und "den" Provinzen wäre geeignet, eine zutreffende Beschreibung zu liefern, da es ja zu Beginn der 90er Jahre einerseits wohlhabende Provinzen im Südosten des Reiches gibt, die sich von der Zentrale entkoppeln möchten, während andererseits die ärmeren Provinzen gerade umgekehrt an einer stärkeren Einflußnahme der Zentrale auf die abtrünnigen Regionen interessiert sind.

Auch gibt es, anders als im traditionellen China, keinen Hof-Mandarinats-Dualismus mehr, an dem sich die Konfliktlinien institutionell "verorten" ließen. Vielmehr bilden sich wechselnde Gruppen heraus, die sich mit den verschiedensten Etiketten versehen lassen, sei es nun, daß man zu Beginn der 90er Jahre pauschalisierend zwischen Reformbefürwortern und Reformgegnern unterscheidet, oder aber sei es, daß man stärker ins Einzelne geht und, wie z.B. Peter Schier,¹⁴² zwischen "orthodoxen Marxisten-Leninisten", "Sozietmodell-Sanierern", "radikalen Reformern" und "gemäßigten Reformern" unterscheidet.

Die effizienteste Vorgehensweise besteht wohl darin, die Trennung der Konfliktlinien jeweils entlang jener Fronten zu ziehen, die sich aus der Stellungnahme zur jeweiligen "Hauptfrage" einer Epoche ergeben. In den Jahren 1958 ff. lautete diese Hauptfrage noch folgendermaßen: "Bist du für oder gegen die Priorität des Klassenkampfes?" Seit sich 1978 der Wind gedreht hat, richtet sie sich dagegen darauf, ob jemand Reformbefürworter - als Anhänger des Deng Xiaoping-Flügels - oder aber Reformgegner ist.

Anhand der hierzu jeweils erteilten "Auskünfte" lassen sich sowohl in der Zentrale als auch in den einzelnen Provinzen Gruppen identifizieren, die miteinander in Konflikt stehen, ohne daß sie deshalb, wie noch zu Maos Zeiten, frontal angegriffen oder gar vernichtet werden könnten.

Die Folge dieses Patts ist die Existenz einander bekämpfender Gruppen, die sich gegenseitig nicht durch Befehl und Gehorsam von oben nach unten zum Schweigen bringen lassen, sondern die auf der Grundlage eines permanenten Gebens und Nehmens miteinander koexistieren.

Zwar werden die grundlegenden Entscheidungen über "eine Milliarde Chinesen" von nur rd. 600-700 Personen gefällt, wobei wiederum einige Politiker "gleicher" sind als die anderen. Doch lassen sich solche Entscheidungen, vor allem gegenüber den Provinzen, nur im Wege eines *Do ut des* durchsetzen. In diesem Falle aber braucht ein Einzelpolitiker oder eine Seilschaft "gute Beziehungen". An oberster Stelle politischer Entscheidungen steht daher der Personal- und Ressortexpansionismus, den eine Seilschaft betreibt, um möglichst umfassenden Einfluß zu gewinnen. Die Durchsetzung politischer Linien erfolgt nach alledem hauptsächlich mit personalistischen Winkelzügen und durch Taktieren im Verborgenen, keineswegs durch sachliche Maßnahmen und durch öffentliche Diskussion.

Ob ein Funktionär der einen oder der anderen Gruppe zugehört, läßt sich, da er nach außen strikt konform aufzutreten pflegt, nicht an offenen Stellungnahmen oder Bekenntnissen ablesen, sondern allenfalls seinen terminologischen Anleihen entnehmen, die er bei der einen oder anderen Seilschaft gemacht hat, oder aus seiner Zugehörigkeit zu bestimmten Gremien, die, wie man weiß, von dieser oder jener Seilschaft in Beschlag genommen worden sind.

Angesichts dieser Ausgangslage gibt es vor allem vier Eigenarten, die für das innerbürokratische Verhalten der chinesischen Bürokratie bis auf den heutigen Tag lebendig geblieben sind, und die sich mit den Stichworten "Festungsdenken", "Personalismus", "Kungelei" und "Ressortexpansionismus" wiedergeben lassen. Im einzelnen:

5.2.4.2.1

"Festungsdenken"

Der Ressortegoismus, der häufig mit einem Ausdruck aus der Partisanensprache, nämlich "shantou zhuyi" [142] (wörtl.: "Bergkopf-ismus" oder "Ritterburg-Mentalität") karikiert wird,¹⁴³ bezieht sich auf eine Gesinnung, der es ausschließlich um die Verteidigung des eigenen Hügels geht und der die Gesamtsituation gleichgültig ist.

Dreh- und Angelpunkt dieses partikularistischen Denkens ist das "Büro" (ting) [143], das den Grundbaustein des bürokratischen Baukastensatzes liefert und wegen seiner organisatorischen Solidität an den traditionellen Yamen erinnert. Ministerien und Kommissionen mögen vergehen, die Büros aber bleiben bestehen!

Diese Dauerhaftigkeit des Büros hängt nicht zuletzt mit dem Danwei-Charakter des "ting" zusammen, der dazu führt, daß Funktionäre häufig über viele Jahre gemeinsam im gleichen Milieu zusammenleben und mit den Büronachbarn z.T. auch gemeinsam ihre Freizeit verbringen. Aus diesem Grunde auch hat sich das Büro zum klassischen Kristallisationspunkt dichter Personalnetze entwickelt, mit deren Hilfe wesentlich mehr bewirkt und "bewegt" werden kann als mit formalen Mitteln, vor allem mit dem Herumreiten auf Paragraphen.

Deng Xiaoping beklagte in seiner bekannten Rede "Über die Reform des Führungssystems der Partei und des Staats" (vom 14. August 1980)¹⁴⁴ denn auch ausdrücklich die konspirative Haltung vieler Büro- und Unternehmensleiter, die aus ihren sozialistischen Ämtern und Betrieben Labyrinth und Oasen hätten werden lassen, in denen jeder auf Kosten des anderen Profit zu machen und den anderen ins Unrecht zu setzen versuche. Diese "mandarinäre" Arbeitsweise sei ein Überbleibsel des Feudalismus und eine Folge patriarchalischer und hierarchischer Untugenden.

Über das einzelne Büro hinaus ist es ferner das eigene "Xitong" [144] (wörtl.: "System"), das zur zusätzlichen Herausbildung eines Wir-Bewußtseins beiträgt und zur Konsolidierung jener bürokratischen Zellen führt, wie sie dem offiziell partikularismusfeindlichen Sozialismusverständnis eigentlich fremd sein müßten!

Im Zeichen des "Realsozialismus" freilich ist jeder Amtswalter eifersüchtig darauf bedacht, daß bei den anstehenden Entscheidungen die Interessen *seines* Xitong im Vordergrund stehen. Ob er nämlich eine bessere Wohnung erhält, ob ihm die Möglichkeit zu Reisen, vielleicht sogar zu Auslandsreisen offensteht, und wieweit es um sein persönliches Prestige innerhalb der Gesellschaft bestellt ist - dies alles hängt vom Stellenwert und vom Durchsetzungsvermögen *seiner* Organisation ab.

Ob die Organisation "schwarz" oder "rot" (zhi) ist, ob sie also m.a.W. schwarze oder rote Zahlen schreibt, färbt letztlich auch auf ihre einzelnen Mitglieder ab. Jeder möchte gerne einem "schwarzen System" angehören, das bei seinen Ausgaben nicht zu knausern braucht.¹⁴⁵

5.2.4.2.2

Personalismus

Zu den Standardelementen innerbürokratischen Verhaltens gehört ferner ein strikt personalistisches Denken, das zwar ganz gewiß auch in europäischen Bürokratien anzutreffen ist, dessen Aroma sich aber im chinesischen Milieu noch weitaus intensiver zu entfalten pflegt und das immer wieder für eine Fortdauer des "renquan" über das "faquan" [145], d.h. der Personen- über die Gesetzherrschaft sorgt.

Dieser Personalismus hängt mit der bereits erwähnten "chinesischen" Neigung zusammen, in erster Linie nicht Regeln und Satzungen, sondern das gegenseitige "Vertrauen" (xin) und die notorischen Guanxi ausschlaggebend sein zu lassen. Da die Bürokratie nicht nur aus Edlen (junzi) bestand und besteht, pflegt sich dieser Personalismus auch schnell in Festungsdenken niederzuschlagen.

Auch in der Volksrepublik China sind Gesetze und Vorschriften das eine, persönliche Beziehungen (guanxi) aber das andere. Guanxi sind bis heute das Öl geblieben, ohne das keine noch so wohl organisierte Rechtsmaschinerie läuft. Ob ein Gesetz auf dem Papier stehen bleibt, oder aber in Realität umgesetzt wird, hängt meist weniger von der Güte der Vorschriften als von der Qualität der persönlichen Beziehungen ab: Das eine Xitong erweist sich am Ende als gesetzestreu, das andere dagegen als gesetzesverneinend - doch auch dies kann sich wiederum von Zeit zu Zeit ändern - je nach den personellen Konstellationen.

Hinter den Mauern der Ministerien werden Entscheidungen allzu selten nach sachlichen und allzu häufig nach persönlichen Gesichtspunkten getroffen, post festum freilich sogleich mit den nötigen Sachargumenten versiegelt. Guanxi (Beziehungs)-Gesichtspunkte spielen vor allem bei der Vergabe von Posten eine ausschlaggebende Rolle.

Im Zeitalter des Maoismus, als die Rechtsstrukturen noch schwächer ausgebildet waren, wurden Privilegien

zumeist direkt übertragen, und zwar an politisch loyale Anhänger. Seit Beginn der Reformen dagegen vollzieht sich dieser Vorgang eher in juristischen Formen, nämlich über das bereits (4.3.2.4.2.2.3) beschriebene Baogan, d.h. durch Sonderabmachungen, die Rechte und Pflichten bilateral festlegen und bisweilen zu ganz anderen Ergebnissen führen, als es im Gesetz vorgesehen ist.

Wie weit der Personalismus gehen kann, läßt sich an einem Fall illustrieren: Wird beispielsweise ein Forschungsprojekt vergeben, so beauftragt man in europäischen Ländern einen bekannten Wissenschaftler mit der Oberleitung, der dann seinerseits qualifiziertes Personal aus allen möglichen Hochschulen oder Regionen hinzuoptiert. Bei einer solchen Vorgehensweise wäre das Projekt in China von vornherein zum Scheitern verurteilt oder hätte zumindest lange Anlaufzeiten, da zuerst geraume Zeit mit der personellen Integration vergehen müßte. Aus diesem Grunde erweist es sich hier als wesentlich zweckmäßiger, die Personaloption nicht nach sachlichen Qualifikationen, sondern nach persönlichen Strickmustern und nach Seilschafts Gesichtspunkten vorzunehmen. Immer ist es ja letztlich eine Person, nicht ein Paragraph, der die Funktionstüchtigkeit einer Organisation - und nun gar eines bürokratischen "Systems" - herstellt!

Deng Xiaoping beklagte in der oben erwähnten Rede eine weitverbreitete "Praxis der Stellenbesetzung nach Gesichtspunkten der Vetternwirtschaft (ren ren wei qin) [146] und des Fraktionismus (ren ren wei pai)" [147].¹⁴⁶ Nach wie vor mißbrauchten Kader ihre Befugnisse, indem sie Verwandten und Freunden den Zuzug in die Stadt ermöglichten und indem sie ihnen Positionen und Beförderungen zukommen ließen. Das "Gift patriarchalischer Vorstellungen" wirke hier ungebrochen weiter!¹⁴⁷

"Wenn jemand Beamter wird, dann nimmt er auch seine Hühner und Hunde mit in den Himmel" (yi ren dang gua, ji quan sheng tian) [148]; stürzt er dagegen ab (wörtl.: "fällt er ins Gift") (dao du) [149], dann wird dieses Schicksal "auch noch den neun Trauergraden zuteil."¹⁴⁸

Politiker, die im Transdanwei-Bereich erfolgreich sein wollen, müssen also über ein dicht geflochtenes Netz von

Guanxi verfügen. In diesem Zusammenhang tauchen immer wieder drei Begriffe auf, nämlich "Clique" (pengdang), "Fraktion" (pai) und "Verwandtschaft" (qinqi) [149a]. Die "Clique" ist eine überwiegend personen-, die "Fraktion" eine eher sachorientierte Gruppierung, deren Mitglieder jedoch beide durch "Patrone" (houtai) eingeschworen und auf diese Weise klientelisiert werden - ein Erbübel der chinesischen Gesellschaft! Ob es sich nun, je nach dem "obersten Patron", um nationale, regionale oder lokale, um "radikale" oder "pragmatische", um ministerielle oder betriebliche Cliquen handelt - stets fühlen sich Mitglieder solcher "Hornissennester" (mafengwo) [149b] zu Seilschaftstreue verpflichtet, verschaffen sich gegenseitig Karriere- deckung und pflegen Vertraulichkeit im Umgang, ob sie sich nun beim Vornamen (z.B. "Xiaoping") oder aber mit dem heiterkeitserweckenden "lao" (z.B. lao Deng, also "alter Deng") anreden [149c].

Klientelbeziehungen entstehen aus gemeinsamen Landsmannschaften (die Revolutionäre der ersten Stunde stammten z.B. mehrheitlich aus Maos Heimat Hunan), rekrutieren sich aus gemeinsamen Prüfungen oder sind ganz einfach die Folge eines "revolutionären Ritterschlags". Besonders bekanntgeworden ist in diesem Zusammenhang die Verbindung zwischen Mao Zedong und Chen Yonggui, dem Parteisekretär jener berühmten berüchtigten Dazhai-Produktionsbrigade, die den chinesischen Bauern jahrelang als Modell des revolutionären chinesischen Dorfes vor Augen gehalten wurde. Im Interesse ihres gemeinsamen Förderungsanliegens entstand zwischen Mao und Chen ein klassisches Herren-Vasallen-Verhältnis, das die drei typischen Merkmale des Klientelismus, nämlich Ungleichheit zwischen beiden Seiten, wechselseitige Treue und häufige persönliche Kontakte, erfüllte.

Klientelverhältnisse können der Förderung erhabener Ziele dienen, aber auch der Begünstigung gemeinsamer Verbrechen; die letztere Variante wurde besonders deutlich im Zusammenhang mit dem Fall des 1983 wegen Unterschlagungs- und Bestechungsdelikten hingerichteten Wang Zhong, eines Kadern aus der Provinz Guangdong, der über viele Jahre hin mit Hilfe gleich dreier Netze, nämlich seiner Verwandtschaft, seiner lokalen Clique

und seines "guten Drahts" zu einem "Patron" an der Provinzpartei Spitze, im Trüben gefischt hatte.

Klientelverhältnisse (Armee-Seilschaften) standen in der Frühzeit, Verwandtschaftsbeziehungen dagegen in der Spätzeit der sinokommunistischen Bewegung im Vordergrund. Hier hat sich gegenüber dem traditionellen China kaum etwas verändert. In der weisen Erkenntnis, daß es vor allem Verstöße von Beamten sind, die dem Staat besonders schaden, waren die Codices im traditionellen China zumeist mit beamtenstrafrechtlichen Tatbeständen angefüllt. Die §§ 344-354 des Qing-Kodex befaßten sich beispielsweise mit Bestechung und Korruption, die §§ 355-365 mit Urkundenfälschung, mit Siegelmißbrauch u. dgl. In den §§ 65 ff. befanden sich Bestimmungen über die Verletzung von Berichts- und Aktenführungspflichten. Bei Pflichtverstößen konnte ein Beamter sowohl im Wege von Strafgerichts als auch von Dienstverfahren belangt werden, wobei im letzteren Fall das Beamtenministerium zuständig war.

Es liegt auf der Hand, warum das Beamtenstrafrecht so sorgfältig auszisiert war: hatten doch viele Jahrhunderte der Verwaltungspraxis gezeigt, daß konfuzianische Ideale mit der bürokratischen Praxis selten in Übereinstimmung zu bringen waren und daß die Gefahren des Personalismus gerade dort besonders folgenreich waren, weil sie Korruptions-, Rechtsverbiegungs- und Nichtregistrierungs-Delikte zur Folge hatten.

Der allgegenwärtige Personalismus führte und führt dazu, daß Konflikte, Streitigkeiten und sogar "wissenschaftliche" Diskussionen selten unter Sach-, dafür aber um so häufiger unter Loyalitätsgesichtspunkten geführt werden. In den Darstellungen zur chinesischen Geistesgeschichte ist hier häufig von "Denkschulen" die Rede, die angeblich miteinander im Streit gelegen hätten. Bei genauerem Hinsehen handelte es sich hierbei jedoch allemal weniger um Sachals vielmehr um Personalkonflikte!

In der Tradition der chinesischen Staatsphilosophie gab es lediglich eine Schule, die mit dem Personalismus aufzuräumen und "Gesetzesherrschaft" an die Stelle von "Personenherrschaft" zu setzen versuchte - nämlich die fajia. Mao Zedong wollte während der "Anti-Konfuzius-Kampagne" von 1974 auf

diese Tradition zurückgreifen und sich selbst zu einem neuen Qin Shi huangdi stilisieren, um so dem alten Fajia-Gedankengut wieder zum Durchbruch zu verhelfen und vor allem den "Personalismus" zu begraben. Dieses Unterfangen war freilich schon deshalb zum Scheitern verurteilt, weil gerade der "Vorsitzende" zu diesem Zeitpunkt längst in eigener Person zu einem Musterbeispiel von "renquan", ja von Personenkult geworden war!

Außerdem ist das gruppenverhaftete Danwei-Denken der Bevölkerung auch heute noch so stark verbreitet, daß es danwei-übergreifende, d.h. allgemeinverbindliche Bestimmungen schwer haben, sich gegen den durch Konfuzius geheiligten Personalismus durchzusetzen.

5.2.4.2.4.3

Filzokratie

Im engen Zusammenhang mit dem personalistischen Filz stehen auch die Machenschaften der Funktionäre, die sich in ihrem Verhalten generell nicht an Gesetzen und Vorschriften, sondern an ihrem Vorsitzenden oder aber an den Interessen ihrer Seilschaft orientieren und die, wie häufig beklagt wird, in das Gesetz überhaupt erst dann hineinzuschauen pflegten, wenn es gelte, bereits begangene Fehler nachträglich zu identifizieren.

Diese Tendenz zum ständigen Verhandeln, Moderieren, Feilschen und "Kungeln", die der chinesischen Bürokratie seit unvorstellbarer Zeit eigentümlich ist, wird durch die neuerdings eingeführte "Baoganisierungs"-Praxis nicht etwa beseitigt, sondern im Gegenteil noch zusätzlich bestärkt (dazu 4.3.2.4.2.2.3).

Die Verfilzung der Bürokratie und der einzelnen Ganbus wird noch dadurch verstärkt, daß die meisten Kader in den gleichen Wohnvierteln untergebracht, in gemeinsamen Kantinen beköstigt, durch gemeinsame medizinische Einrichtungen betreut und in gemeinsam organisierten Freizeiteinrichtungen unterhalten werden. Auch hier zeigt sich wiederum die notorische Tendenz zur "Danweisierung", d.h. zur Zusammenlegung von "Produktions"- und Konsumtionswelt.

5.2.4.2.4.4

Ressortexpansionismus

Ganz auf der Linie der "politischen Einflußnahme via Personalismus" haben die volksrepublikanischen Büro-

kratie-"Systeme" (xitong) [150] im Laufe der Jahrzehnte die paradoxe Neigung entwickelt, einerseits maximalen Widerstand gegen die Übernahme weiterer Amtspflichten zu leisten, gleichzeitig aber einen fast unstillbaren Personalhunger an den Tag zu legen, der zur Folge hat, daß jedes "System" ständig damit beschäftigt ist, von seiner Nachbarorganisation Personal abzusaugen und dadurch nicht nur mehr Eigenprofil, sondern gleichzeitig auch vertieften Handlungsspielraum zu gewinnen.

In einem Beijinger Normalministerium sind durchschnittlich bis zu 500 Verwaltungskader beschäftigt, denen freilich lange Zeit Ressortabteilungen mit bis zu 10.000 Angestellten unterstanden - man denke etwa an die ehemaligen Maschinenbauministerien, die sich inzwischen größtenteils in Konzerne umgewandelt haben, ohne daß sich damit freilich ihr altes Ressortdenken wesentlich geändert hätte. Gerade weil viele Ministerien heutzutage auf unsicherem Fuße stehen und ständigen Metamorphosen unterworfen sind, erweisen sich persönliche Beziehungen als um so unverzichtbarer und unentbehrlicher. Ihr Wert liegt also erstens in ihrer Dauerhaftigkeit; zweitens aber gewinnt der Leiter einer Behörde um so größeres Gesicht, je mehr Personal ihm untersteht. Ein Amtsträger, der etwa eine "Inspektionsreise" durchführt, pflegt stets von einem Heer andächtig lauschender - und vielleicht auch jedes Wort mitnotierender - Begleiter umringt zu sein.

Kein Wunder, daß die Parteipresse solche Erscheinungsformen nasenrümpfend kommentiert und Fragen stellt wie z.B.: "Shi guan da haishi fa da?" ("Ist der 'Beamte' oder ist das Gesetz größer?") [151],¹⁴⁹ wobei der Ausdruck "Guan" wiederum auf den traditionellen Mandarinatsbeamten anspielt, dem der heutige Durchschnittskader immer näher zu rücken scheint.

In gewissen Zeitabständen wird der "Bürokratismus" (guanliao zhuyi) [152] nicht nur hinterfragt, sondern auch - wieder einmal! - bekämpft. Dies war in den Mao Zedongs-Zeiten nicht anders als im Zeitalter Deng Xiaopings.

Mao Zedong ist nicht müde geworden, immer neue Formen des "Bürokratismus" aufzuzählen, so z.B. 1956 die "20 Erscheinungsformen des Bürokratismus".¹⁵⁰

Auch Deng Xiaoping hat den Gegenstand eingekreist und vor allem fünf Mißstände aufgezählt, die es zu überwinden gelte, nämlich "Bürokratismus", "übermäßige Machtkonzentration", "patriarchalische Praktiken, lebenslange Amtsdauer und Kaderprivilegien".¹⁵¹

- Als Formen des Bürokratismus zählt Deng auf: Entscheidungen hoch über den Köpfen der Massen, Loslösung von der Realität, Phrasendrescherei, Starrheit und Festklammern an überkommenen Regeln, personelle Überbesetzung von Ämtern, Entscheidungsflucht, Verantwortungsscheu, Selbstherrlichkeit, Vetternwirtschaft, Korruption und Papierkrieg.

- "Übermäßige Machtkonzentration" (quanli guofen jizhong) [153]¹⁵² kommt dadurch zustande, daß sich die Entscheidungskompetenzen in jeweiligen Büro oder Parteikomitee zu konzentrieren pflegen - und hier wiederum in der Hand einiger weniger Sekretäre oder vielleicht überhaupt nur des Ersten Sekretärs/Büroleiters, der wie ein König schaltet und waltet.

- Eng verbunden mit dieser Überzentralisierung ist der "patriarchalische Arbeitsstil" (jiazhangzhi zuofeng) [154],¹⁵³ der vor allem "demokratischen Konsultationen" im Wege steht, wie sie beim XIII.Parteitag i.J. 1987 beschlossen wurden. Besonders ausgeprägt habe sich dieses Verhalten, so Deng, in Maos letzten Lebensjahren. Um den "Vorsitzenden" sei damals ein regelrechter Personenkult entstanden.

Ein Ausdruck des "Patriarchalismus" sei auch das Guanxi-Denken, das dazu führe, daß die Beziehungen zwischen oberen und unteren Instanzen aussehen wie die Beziehungen "zwischen Katze und Maus, zwischen Kaiser und Untertanen, Vätern und Söhnen in der alten Gesellschaft oder aber zwischen dem Anführer einer Fraktion und seinen Anhängern".¹⁵⁴ Was Deng hier anspricht, sind im Grunde genommen moderne Lehnverhältnisse!

- "Lebenslange Amtsdauer von Führungskadern" äußerte sich lange Zeit darin, daß es keine präzisen Vorschriften über Wahl, Ernennung, Abberufung, Bewertung und Sanktionierung des einzelnen Funktionärs gab: dies war ein Rückschritt gegenüber den Verhältnissen im alten China!

- Für besonders verhängnisvoll hielt Deng Xiaoping schließlich das Privilegienwesen, das die Führenden nicht

nur den Massen entfremde, sondern Betrügereien geradezu heraufbeschwöre. Allerdings hatte das von der KPCh beeinflusste Dienstrecht bereits dafür gesorgt, daß die Staatskader mit zu den Hätschelkindern der Nation gehörten.¹⁵⁵

Himmelschreiend bisweilen auch die Korruption und "Wirtschaftskriminalität" des Kaderapparats, gegen die die Führung zwar immer wieder mit amtlichen Zornesausbrüchen sowie mit der zeitweisen Verhängung von Todesurteilen (1982!) vorging, ohne daß diese Politik allerdings von jenem langen Atem bestimmt worden wäre, dessen sie bedurft hätte, wenn das Übel wirklich verschwinden sollte. Dieses Zaudern war insofern verständlich, als die meisten Wirtschaftsverbrechen auf systemimmanente Ursachen zurückgehen, sei es nun auf das Monopol der obrigkeitlichen Verfügungsgewalt über knappe Güter, das Mißbräuche aller Art geradezu heraufbeschwört, sei es durch die fehlende Kontrolle von unten her, oder sei es ganz einfach aufgrund der Tatsache, daß Einheiten, wenn sie ihre Planziele erfüllen wollen, schlechterdings nicht umhin können, "hintenherum" Rohstoffe und Maschinen zu "organisieren", wodurch "ökonomische Ersatzkreisläufe" entstehen, die als solche wiederum die offizielle Planung beeinträchtigen: den Planbuchstaben kann zumeist nur erfüllen, wer dem Geist des Plans zuwiderhandelt!

Aus dieser Diagnose ergaben sich im Handumdrehen die wichtigsten Therapiebedürfnisse, die sich auf folgende Stichworte reduzieren lassen: Kampf dem Bürokratismus durch Wiederbelebung von Kritik und Selbstkritik, Kampf dem Unwesen der übermäßigen Machtkonzentration durch eine neue Politik der Dezentralisierung, Kampf dem patriarchalischen Arbeitsstil durch Festlegung demokratischer Prozeduren, Kampf der lebenslangen Amtsdauer durch Einführung von Wahlen sowie durch Erlaß von Abberufungs- und Sanktionierungsvorschriften und Kampf nicht zuletzt dem Privilegienunwesen durch verstärkte Betonung der "Gleichheit vor dem Gesetz".

Noch im selben Jahr (1980) liefen Reformen an, in denen vor allem sechs Teilziele angestrebt wurden,¹⁵⁶ nämlich (1) die Stärkung der Volkskongresse aller Ebenen gegenüber der bisher allmächtigen Partei- und Staatsbürokratie, (2) die Trennung zwischen

Parteiausschuß und Verwaltung/Management (die Partei sollte künftig also nur noch indirekt führen und sich nicht mehr direkt in Verwaltung oder Justiz einmischen), (3) die Stärkung der örtlichen Ebenen (bis dahin galt der Grundsatz: "Je zentraler, desto sozialistischer"), (4) die Autonomie/Teilautonomie der Betriebe, (5) die Reform des Kadersystems (Wahl, laufende Kontrolle und Absetzbarkeit des Amtsträgers durch Beschlüsse der Basis) und (6) Stärkung des Rechtssystems, um so die Personenherrschaft durch Rechtsherrschaft abzulösen.

Es wäre allzu schön gewesen, hätten sich diese Vorstellungen schnell in die Praxis umsetzen lassen; denn zum erstenmal in der chinesischen Geschichte tauchte hier die Idee auf, den Bürokratismus von der Basis her mit *formellen* Mitteln unter Kontrolle zu bringen.

Die Praxis zeigte jedoch auch diesmal, daß Papier geduldig ist und daß zwischen Absichtserklärungen und ihrer Umsetzung Äonen liegen können!

5.2.4.2.4.5

Formen der innerbürokratischen Auseinandersetzung

Die oben aufgezählten "real existierenden" Eigenarten des innerbürokratischen Verhaltens zeigen, wie die eher alltäglichen Konflikte "entsorgt" werden.

Welche Formen aber nehmen Auseinandersetzungen an, bei denen es um die Kaltstellung des Widersachers geht?

Sieht man einmal von den Klassenkampfjahren der Mao Zedong-Zeit ab, die schon heute als Ausnahmeepoche gelten, so werden Konflikte im allgemeinen nicht direkt und offen ausgegossen, sondern *indirekt* und möglichst weitab von der Öffentlichkeit. Die Medien berichten über solche Kämpfe in aller Regel erst post festum, wenn die Sache entschieden - und zumeist auch der eine oder andere Führungskader auf der Strecke geblieben ist, wobei dann der Verlauf, die Ergebnisse und das Verhalten der am Streit Beteiligten ausschließlich aus der Perspektive des "Siegens" dargestellt werden.

Allerdings pflegt es schon vor dem Ausgang des Rennens versteckte Signale zu geben, z.B. überraschende Terminologiewechsel oder aber das Auftreten der betroffenen Kader in einer anderen als der gewohnten Rei-

henfolge. Jeder kann sich auf solche Anzeichen seinen Reim machen: kein Rauch ohne Feuer!

Die drei Hauptformen der indirekten Konfliktaustragung sind das Schattenschießen, das "fu di chou xin" [155], wörtl.: "Das Brennmaterial unter dem Kessel wegziehen", und die "Verwaltungsvereinfachung":

- Das "Schattenschießen" (yingshe) [156] ist eine Methode der indirekten Anspielungen, wie sie bei innerbürokratischen Anfeindungen schon im China der Kaiser üblich war (Näheres dazu 2.4.2.1.2). Während der Kulturrevolution wurde kein Geringerer als Zhou Enlai auf diese Weise zur Zielscheibe! Kein Wunder, daß die Führung alles tut, um dieses Geplänkel vor der Öffentlichkeit geheimzuhalten. Würden die Einzelheiten der Anschuldigungen und des Fallenstellens publik, so käme dadurch nicht nur das Angriffopfer, sondern die Partei insgesamt in schlechten Ruf.

Vor allem die Reformer versuchen deshalb nach außen hin, die Idylle zu wahren und haben zu diesem Zweck bereits 1980 (Beschluß des 5. Plenums des XI. ZK) "12 Richtlinien für das innerparteiliche politische Leben" erlassen, die besonders an die Parteidisziplin, an die "innerparteiliche Demokratie" und an das Bekenntnis zur kollektiven Führung appellieren. Ein disziplinierter Arbeitsstil sei "für die Partei eine Frage auf Leben und Tod".¹⁵⁷

Trotz solcher Beschwichtigungsversuche kommt es dann doch immer wieder zu peinlichen "Querschlägern". In der Überseeausgabe der RMRB erschien z.B. am 20. März 1991 ein achtzeiliges Gedicht, das nach normaler Lesart (von links nach rechts) auf eine patriotische Liebeserklärung hinausläuft, von rechts oben diagonal nach links unten gelesen aber "Li Peng, tritt zurück, damit der Zorn des Volkes beschwichtigt wird" heißt. Die letzte Zeile ergibt - vom "Diagonaltext" her gelesen - nun ebenfalls einen ganz neuen Sinn: "In Erwartung, daß der Frühling (d.h. die demokratische Bewegung) überall im heiligen Land (d.h. in China) erblühe". Angeblich stammt das Gedicht, wie es in der Überschrift heißt, von einem in den USA studierenden Studenten namens Zhu Haihong. Doch wie hätte ein solches Gedicht ausgerechnet von Amerika her in die heiligen Zeilen der *Renmin Ribao* gelangen sollen? Der Fall wurde nie

aufgeklärt, zeigt aber, mit welcher "unterschwelliger" Mitteln auch heute noch Opposition getrieben wird: ein vielsagendes Beispiel, auch wenn es sich hier nicht um einen klassischen Fall des "yingshe" handelt!

七律

元宵

留美學生 朱海洪

東風拂面催桃李，
鷓鴣舒翅展鵬程。
玉盤照海下熱淚，
游子登台思故城。
休負平生報國志，
人民有我勝萬金。
憤起急追振華夏，
且待神州遍地春。

- Einen Schritt weiter als das "Schattenschießen" geht das "Brennholz-Wegziehen": Eine der beliebtesten Methoden, seinen politischen Gegner abzuhaltern, besteht nämlich darin, den Posten abzuschaffen, dem er seinen politischen Halt verdankt.

Nicht zuletzt Deng Xiaoping wußte diese Technik besonders geschickt zu handhaben. Als es beispielsweise darum ging, seinen ehemaligen Hauptgegner, Hua Guofeng, kaltzustellen, drückte er beim XII. Parteitag im September 1982 den Beschluß durch, daß der Posten des "ZK-Vorsitzenden" abgeschafft und statt dessen ein "Generalsekretariat des ZK" eingeführt werden sollte, wie es ja in den 60er Jahren bereits einmal bestanden hatte. Im Gefolge dieser nicht nur kosmetischen Operation wurde einerseits dem "Vorsitzenden" Hua der Teppich unter den Füßen weggezogen, und gleichzeitig konnte Deng einen Generalsekretär seiner Wahl, nämlich Hu Yaobang, an die Stelle Huas setzen.

Kaum auf seinem Posten, ging Hu Yaobang sofort daran, weitere Gegner des Deng'schen Reformkurses von ihrer Machtbasis abzuschneiden, indem er vorschlug, das Politbüro abzuschaffen und seine Entscheidungsbefugnis auf ein neuzuschaffendes Ständiges Komitee des ZK zu übertragen sowie die laufende Arbeit, wie schon bisher,

beim ZK-Sekretariat zu belassen.¹⁵⁸ Das Politbüro war zu dieser Zeit, wohl gemerkt, die Hochburg der Reformgegner, deren wachem Spürsinn die hinter Hus Plänen steckenden Absichten keineswegs verborgen bleiben konnten und die deshalb Änderungen der geplanten Art vom ersten Augenblick an hintertrieben.

Gleichzeitig schlossen sich die aus ihren früheren Parteiämtern ausgeschiedenen Veteranen innerhalb des 1982 neugeschaffenen "ZK-Beratergremiums" zu einer Art Schutz- und Trutzgemeinschaft zusammen und bezogen von dort aus Stellung gegen Dengs Reformwerk. Vor allem Chen Yun, ein ehemaliger Verbündeter Dengs, der sich in den späten 80er Jahren aber zum Hauptkritiker seines alten Kampfgefährten entwickelt hatte, benutzte das Beratergremium als Forum für seine antireformerischen Attacken.

Kein Wunder, daß Deng Xiaoping auf das Beratergremium nicht gerade gut zu sprechen war und nicht müde wurde, dieses verhaßte Forum bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit wieder abzuschaffen. Am Ende hatten seine Anstrengungen tatsächlich Erfolg, als nämlich beim XIV. Parteitag (1992) die "Zentrale Beraterkommission" nicht wiederbesetzt wurde, so daß dieses Gremium zehn Jahre nach seiner Gründung wieder sang- und klanglos in der Versenkung verschwand - eine erneute Meisterleistung des damals 86jährigen!

- Eine dritte Form des Kampfes gegen innerbürokratische Gegner ist schließlich die "Verwaltungsvereinfachung", die auch im modernen China nach wie vor zum Scheitern verurteilt zu sein scheint.¹⁵⁹ Auch heutzutage ist der Angriff auf die Bürokratie jener Kampf gegen die Hydra geblieben, der er immer schon war:

In der Zeit zwischen Oktober 1949 und September 1954 unterstanden der Zentralen Volksregierung insgesamt 46 Ministerien, Kommissionen und Verwaltungsbehörden mit 23.000 Angestellten.

Nach dem Erlaß der Verfassung wurde der bisherige "Staatsverwaltungsrat" in "Staatsrat" umgetauft und erlebte ein gewaltiges Stellenwachstum: die Zahl der nachgeordneten Ressorts erhöhte sich nun auf 64 und bis 1956 sogar auf 82 mit zusammen 52.000 Angestellten.

1958, im Zeichen der "Drei Roten Banner"-Kampagne, begann die erste Verwaltungsvereinfachung: bis 1959 ging die Zahl der dem Staatsrat unterstellten Institutionen auf 60 und das Personal auf 36.000 Angestellte zurück. Mit der ersten Reformbewegung, die unter der Leitung Liu Shaoqis stattfand und die als Antwort auf die katastrophalen Resultate des Großen Sprungs gedacht war, wuchs die Bürokratie wieder an, so daß es 1965 bereits wieder 80 Staatsratsinstitutionen mit 41.000 Angestellten gab.

Wie schon 1958 kam es mit der Kulturrevolution (1966 ff.) erneut zu einer antibürokratischen Kampagne, die so weit ging, daß der Staatsrat einige Jahre nahezu lahmgelegt war und die Zahl der Institutionen bis 1970 auf 33 und die der Angestellten auf 10.000 zusammenschumpfte. Ein Großteil der Beamten hatte sich damals auf die Dörfer zu begeben und dort körperliche Arbeit zu leisten, zumeist in sogenannten Wuqi ganxiao, den "Kaderschulen des 7. Mai".

Mit dem Beginn der Reformen erfolgte eine ruckartige Gegenbewegung: Die neue Richtung, die der kulturrevolutionären Anarchie ein Ende setzen sollte, baute auf Sachverstand, auf Einführung eines Rechtssystems, und wollte vor allem Verwaltungsapparate einrichten, die wieder Ordnung schaffen und so den Vier Modernisierungen die Bahnen weisen sollten. Anstelle von Qualität explodierte jedoch vor allem Quantität; gab es doch bereits 1983 wieder 98 Staatsratsinstitutionen mit 49.000 Angestellten. Kein Wunder, daß auch die Reformen schnell wieder nach "Verwaltungsvereinfachung" riefen, zumal es nebenbei galt, auch zahlreiche "Maoisten", die in den neuen Organisationen Unterschlupf gefunden hatten, wieder zu entfernen. So kam es bereits 1982 zu einer "Strukturreform", in deren Verlauf die Zahl der Staatsratsinstitutionen auf 56 und die Belegschaften auf 32.000 Mann reduziert wurden. Zu den 56 Institutionen gehörten 41 Ministerien und Kommissionen sowie 15 dem Staatsrat direkt unterstellte Verwaltungsbehörden.

Aber auch die Auswirkungen dieser "Strukturreform" genannten Verwaltungsvereinfachung hielten nicht lange vor, so daß die Reformen immer neue Scheite nachlegen mußten. Zu Beginn der 90er Jahre rückten Maßnahmen gegen die "Kaderkorruption" in den Vordergrund, die nichts anderes waren

als der ewige Kampf gegen die Bürokratie (und vor allem gegen innerbürokratische Gegner) unter einer anderen Bezeichnung.

5.2.4.3

Bürokratie - Bevölkerung

Das Verhältnis zwischen Führung und Volk, der Widerspruch zwischen Bürokratismus und Masselinie und die Fortentwicklung des Demokratiegedankens während der reformerischen Epoche sind zentrale Diskussionsthemen, die an anderer Stelle dieser Serie (3.2.5) bereits ausführlich behandelt wurden.

Niemand in China konnte und kann sich eine Gesellschaft ohne Bürokratie vorstellen, für deren gute und schlechte Erscheinungsformen es bezeichnenderweise verschiedene Ausdrücke gibt, nämlich "guanli" ("Verwaltung") und "guanliao zhuyi" ("Bürokratismus") [157].

Letztlich kann es also bei den antibürokratischen Maßnahmen nicht um die Abschaffung der Institution als solcher gehen, sondern nur um die Beseitigung oder Verringerung pathologischer Erscheinungen und besonders schlimmer Auswüchse des bürokratischen Apparats, seien es nun Über-Zellularisierung, Über-Personalisierung, übertriebener Kuhhandel oder aber "Ressort-Hegemonismus"!

Aus dem "sozialistischen" Charakter der Volksrepublik sollte sich, möchte man meinen, eine maximale Partizipation des "Volkes" eigentlich von selbst ergeben, und zwar nicht nur in Form der Teilhabe an den Produktionsmitteln, sondern vor allem auch an den "dazugehörigen" Entscheidungen.

Doch sind solche Mitentscheidungsmöglichkeiten angesichts der Undurchschaubarkeit der Behörden mit ihren Verschachtelungen und Personalverfilzungen von vornherein auf ein Minimum beschränkt. Man muß der chinesischen Führung, vor allem den Reformern, zugestehen, daß sie immer wieder Anläufe zur Entflechtung unternommen haben, sei es nun während der maotistischen Drei-Banner-Periode sowie während der Kulturrevolution, oder sei es nach Beginn der Reformen, als (1982/83) die Staatsorgane um 43% verringert und ihr Personal um 35% abgebaut wurde.¹⁶⁰

Doch verhält es sich mit der chinesischen Bürokratie wie eh und je: Je mehr Köpfe abgeschlagen werden, um

so mehr wachsen ihr nach. Im Staats- oder Parteiapparat Transparenz schaffen zu wollen, scheint einer Quadratur des Kreises gleichzukommen. Kein Wunder, daß der einzelne Bürger dem Moloch Staat, der nach der offiziellen Verfassungstheorie ja eigentlich ihm "gehört", hilflos gegenübersteht, und daß er sich deshalb in aller Regel apolitisch benimmt.

Eine Änderung ließe sich hier nur auf dem Umweg über die Entstehung eines "Mittelstands" erwarten, der sich vor allem in den Südostprovinzen der VR China langsam herauszubilden beginnt. Auch hier scheint Wohlhabenheit also *conditio sine qua non* für demokratische Ansätze zu sein - der Präzedenzfall Taiwan läßt grüßen!

Anmerkungen:

- 54) Zitiert in Zhonghua minguo guoqing jianjie, "Kurze Darstellung der Staatsangelegenheiten der Republik China", hg. von der Regierung in Taipei 1980, S.17.
- 55) Näheres in diesem Zusammenhang Weggel, *Geschichte Chinas*, a.a.O., S.207 ff.
- 56) So ausdrücklich der Wortlaut des "Beschlusses über die Große Proletarische Kulturrevolution", auch "16-Punkte-Beschluß" genannt, vom 9.8.66, Text in RMRB, 9.8.66.
- 57) Einzelheiten ebenda, S.63 ff.
- 58) So ausdrücklich der "16-Punkte-Beschluß", RMRB, a.a.O.
- 59) Näheres dazu m.N. Oskar Weggel, *Die Partei als Widersacher der Revolutionskomitees*, Bd.34 der Mitteilungen des Instituts für Asienkunde, Hamburg 1970, S.17.
- 60) Ebenda, S.9 ff.
- 61) Ebenda, S.11.
- 62) Dazu ebenda, S.67 ff.
- 63) Das Buch ist auf deutsch erschienen unter dem Titel *Buch von der Großen Gemeinschaft*, Düsseldorf, Köln 1974.
- 64) Ebenda, S.87.
- 65) Ebenda, S.130.
- 66) Ebenda, S.86.
- 67) Mao Zedong, AW IV, a.a.O., S.99.
- 68) Näheres dazu mit Begründungszusammenhängen Oskar Weggel, *Weltgeltung der VR China zwischen Verweigerung und Impansionismus*, Hamburg 1986, S.269 ff.; zum "Impansionismus" vgl. auch die vorliegende Serie in C.a., August 1992, S.542.
- 69) Systematisch dazu Weggel, *Weltgeltung*, ebenda, S.69 ff.
- 70) RMRB, 24.12.78: Die Ergebnisse des III. Plenums werden hier in roten Schlagzeilen bekanntgegeben!
- 71) Chin. Text der Verfassung in RMRB, 15.12.82; dt. Fassung in C.a., Februar 1983, S.121-143. Es gehe darum, "ununterbrochen die sozialistischen Institutionen zu vervollkommen, die sozialistische Demokratie zu entwickeln, das sozialistische Rechtssystem zu perfektionieren, und - auf die eigene Kraft gestützt - China zu einem sozialistischen Land mit hochentwickelter Zivilisation und hochentwickelter Demokratie auszubauen" (Abs.7 der Präambel).
- 72) Näheres dazu C.a., April 1984, Ü 10, 11 und 12.
- 73) RMRB, 30.10. und 6.11.83.
- 74) So Zhao Ziyang in C.a., April 1987, Ü 13.
- 75) Ausführlich dazu Brunhild Staiger, "Der Kampf gegen die bürgerliche Liberalisierung zu Beginn des Jahres 1987" in C.a., Februar 1987, S.143-147.
- 76) Dai Houying, *Die Große Mauer*, München/Wien, 1987, S.281.
- 77) Ebenda, S.289.
- 78) Ebenda, S.331.
- 79) Lunyu I.12; Legge, S.131.
- 80) RMRB, 12.8.85.
- 81) Ausführlich dazu Art.12-122, Verfassung 1982.
- 82) Xuanji V, Beijing 1977, S.267-288.
- 83) Dazu im einzelnen Oskar Weggel, *Regionalkonflikte in China. Süd gegen Nord*, Bd. 210 der Mitteilungen des Instituts für Asienkunde, Hamburg 1992, insbesondere S.121 ff.
- 84) Ebenda, S.126, 162 ff.
- 85) DGB, Hongkong, 2.11.90, S.2.
- 86) Weggel, "Regionalkonflikte", a.a.O., S. 155 ff.
- 87) Im einzelnen dazu ebenda, S.163 ff. m.N.
- 88) Jingji yanjiu, Beijing 1990, Nr.3, S.12.
- 89) Systematisch dazu z.B. C.a., April 1993, S.393/-/5.
- 90) Ausführlich zu diesem Thema Oskar Weggel, "Kontrolle in der VR China", Verfassung und Recht in Übersee, 1971, Heft 4.
- 91) Einzelheiten dazu C.a., April 1989, S. 279 ff.
- 92) Ebenda, S.281.
- 93) Näheres dazu C.a., Juni 1989, S.428-432.
- 94) Dazu C.a., Mai 1989, S.345 m.N.
- 95) Lunyu XV.21; Legge, S.350.
- 96) Mao, AW II, S.331-344, hier 331 f.
- 97) So im Geleitwort zur Zeitschrift *Der chinesische Arbeiter* vom 7.2.1940; AW II, S.475 f.
- 98) AW IV, S.402.
- 99) Mao Zedong, Xuanji V, a.a.O., S.408.
- 100) Mao Zedong, "Woher kommen die richtigen Ideen der Menschen?" in: *Vier philosophische Monographien*, Beijing 1968, S.149 f.
- 101) Ausführlich zu diesem Thema Oskar Weggel, *Massenkommunikation in der Volksrepublik China*, Bd.38 der Mitteilungen des Instituts für Asienkunde, Hamburg 1970, S.25 ff.
- 102) GMRB und RMRB, 15.4.93.
- 103) C.a., April 1993, Ü 19.
- 104) RMRB, Überseeausgabe, 28.1.89, S.4.
- 105) GB 1988, S.621-625.
- 106) Dazu der Bericht in: *Focus*, 22/ 1993, S.140 f.
- 107) Zum Thema der Informationshierarchien vgl. auch Harro von Senger, *Der Staatsheimlichnischutz in der Volksrepublik China*, Bern 1979.
- 108) Hongqi 1986, Nr.18, 16.8.86, S.24-27, hier 26.
- 109) Vgl. dazu C.a., Februar 1987, S.131.
- 110) BRu 1991, Nr.47, S.28 f.
- 111) XNA, 28.5.86.
- 112) So Abs.1 des Parteistatuts vom 6.9.1982, dt. und chin. in: C.a., Dezember 1982, S.760-783; RMRB, 9.9.82.
- 113) Nähere Einzelheiten dazu in: C.a., Juli 1985, S.438; C.a., Januar 1987, S.37.
- 114) C.a., Juli 1985, S.432-447; C.a., August 1985, S.510-532.
- 115) Vgl. hierzu auch Parris Chang, "Research Notes on the Changing Loci of Decision-making" in: *The CCP, China Quarterly*, No. 44, October-December 1970, pp.181-194.
- 116) Mao, Xuanji, a.a.O., S.790.
- 117) RMRB, 27.12.56 und 31.11.57.
- 118) Vgl. z.B. GB 1986, S.3.
- 119) Weitere Einzelheiten in: C.a., November 1972, S.20 f.
- 120) Ausführlich dazu m.N. C.a., Februar 1985, Ü 17.

- 121) Zit. nach SWB, 12.12.88.
 122) Mao, AW III, S.321-324, hier 322; Xuanji, a.a.O., S.1102.
 123) Mao Zedong, "Einige Fragen der Führungsmethoden", AW III, S.137.
 124) Mao Zedong, AW V, S.271-309.
 125) Ebenda, S.275.
 126) Ebenda, S.280.
 127) Ebenda, S.294.
 128) Ebenda, S.292.
 129) Einzelheiten s. Oskar Weggel, "Ein juristisches Trauerspiel: Das Strafgesetzbuch von 1979 wird ergänzt" in: C.a., März 1982, S.157-159.
 130) So das gleichnamige Buch von Helmut Martin mit dem Untertitel *Entstehung und Entwicklung des Staatsmaoismus 1935-1978*, Bd.99 der Mitteilungen des Instituts für Asienkunde, Hamburg 1978.
 131) BRu 1993, Nr.27, S.4 f.
 132) Zur Polemik Deng Xiaoping gegen diesen Standpunkt vgl. Deng, Wenxuan, a.a.O., S.35 f.
 133) Als Beispiel vgl. Susan Williams O'Sullivan, "Traditionalizing China's Modern Women" in: *Problems of Communism*, November/December 1985, pp.58-69.
 134) *Japan Times*, 19.5.75.
 135) Weitere Einzelheiten zu diesen Ritualen vgl. Oskar Weggel, *Weltgeltung der VR China. Zwischen Verweigerung und Impansionismus*, Hamburg 1986, S.149-153.
 136) Hierzu C.a., Februar 1987, S.147-153.
 137) Zusammenfassung bei Carl Beck (ed.), "Political Succession in Eastern Europe" in: *Studies in Comparative Communism* 9:1 und 2, spring/summer 1976, S.35-61, 36.
 138) Thomas W. Robinson, "Political Succession in China", *World Politics* 27, 1976, S.1-38, hier S.8-12.
 139) Jürgen Domes, *Politische Soziologie der VR China*, Wiesbaden 1980, S.237 ff.
 140) Dazu Eberhard Sandschneider, "Political Succession in the People's Republic of China" in: A.S. 1985, S.638-658.
 141) Weggel, "Die Kampagne ist tot, es lebe die Strukturreform" in: C.a., Januar 1984, S.24-30, 28.
 142) Peter Schier, "Intraelitäre Gruppen und Konflikte in der Volksrepublik China", C.a., Mai 1991, S.283-296.
 143) Deng Xiaoping, Wenxuan, a.a.O., S.16.
 144) AW, a.a.O., S.345-372, hier 363.
 145) Dazu Kenneth Lieberthal und Michael Oksenberg, "Understanding China's Bureaucracy. The First Step to Better Cooperation-strategy" in: *The China Business Review*, November/December 1986, pp.24-31.
 146) Deng, Wenxuan, a.a.O., S.295.
 147) Ebenda.
 148) Ebenda, S.295.
 149) RMRB, 29.7.81.
 150) Abgedruckt in Mao Zedong, *Texte*, Bd. VI/1, 1965-1976, hg. von Helmut Martin, München 1982, S.315-318.
 151) Deng Xiaoping, Wenxuan, a.a.O., S.280-302.
 152) Ebenda, S.288.
 153) Deng, a.a.O., S.289.
 154) Ebenda, S.291.
 155) Ausführlich dazu C.a., Febr. 1987, S.128 f.
 156) RMRB, 25.11.80.
 157) BRu 1981, Nr.13, S.8; BRu 1980, Nr.14 in vollem Wortlaut.
 158) Näheres beschrieben in: Oskar Weggel, "Gesetzgebung und Rechtspraxis im nachmaoistischen China. Das Dienstrecht", C.a., Februar 1987, S.112-142, hier 118 f.
 159) Zur Geschichte der gescheiterten Anläufe vgl. C.a., Febr. 1987, S.126 f.
 160) Ausführlich dazu C.a., März 1982, S.125-132.
- [54] 稳定
 [55] 在稳定中就发展, 在发展
 中就进步
 [56] 毒草
 [57] 三结合
 [58] 大同书
 [59] 国家的根本任务
 [60] 集中力量进行社会主义
 现代化建设
 [61] 公德
 [62] 味道
 [63] 精神污染
 [64] 全盘西化
 [65] 斩草除根
 [66] 和為貴
 [67] 人民代表; 人民政府
 [68] 軍閥
 [69] 北伐
 [70] 论十大关系
 [71] 矛盾
 [72] 吃大锅饭
 [73] 分灶吃饭
 [74] 深圳; 蛇口
 [75] 浦东
 [76] 诸侯经济
 [77] 棋盘
 [78] 区; 地区
 [79] 国务院
 [80] 公安部
 [81] 监察部
 [82] 监察机关
 [83] 国家安全部; 调查部; 政
 法委员会
 [84] 特务
 [85] 监察院
 [86] 羣而不黨
 [87] 走马看花
 [88] 干部下乡上山
 [89] 蹲点
 [90] 五七干校
 [91] 四同一通
 [92] 内部
 [93] 党性
 [94] 官样文章
 [95] 参考资料
 [96] 参考消息
 [97] 保存国家秘密法
 [98] 国家保密工作部门
 [99] 限于一定范围的人
 [100] 公开姓
 [101] 法; 条例; 通则; 简则;
 规章; 决议; 决定; 规
 定; 指示; 通知; 通告;
 办法; 方案; 实施细则;
 实施办法
 [102] 报告
 [103] 开会
 [104] 工作会议
 [105] 专业部门会议
 [106] 座谈会议
 [107] 碰头会议
 [108] 传达会议
 [109] 交流会议
 [110] 回报
 [111] 调查会
 [112] 秘书司室
 [113] 办公室
 [114] 斩行
 [115] 试点
 [116] 样板
 [117] 重点
 [118] 面
 [119] 定期报告
 [120] 不定期
 [121] 调查报告
 [122] 会; 座谈会; 经验交流
 会
 [123] 不通不动不管
 [124] 克己
 [125] 工作队
 [126] 愚公
 [127] 上帝
 [128] 政; 正
 [129] 群众路线
 [130] 法宝
 [131] 无限的创造力
 [132] 牛鬼蛇神
 [133] 两个凡是
 [134] 翻身
 [135] 社体资用
 [136] 霸权主义
 [137] 霸天下; 霸占; 霸王; 霸
 道
 [138] 领导
 [139] 你办事, 我放心
 [140] 學者總統
 [141] 斗批改
 [142] 山头主义
 [143] 厅
 [144] 系统
 [145] 人权; 法权
 [146] 任人唯亲
 [147] 任人唯派
 [148] 一人当官, 鸡犬升天
 [149] 倒毒
 [149a] 朋党, 派, 亲戚
 [149b] 马蜂窝
 [149c] 老
 [150] 系统
 [151] 是官大还是法大?
 [152] 官僚主义
 [153] 权力过分集中
 [154] 家长制作风
 [155] 釜底抽薪
 [156] 影射
 [157] 管理; 官僚主义